

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Der Westen ist schuldig

Am 2. August 2013 veröffentlichte der damalige Hamburger Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie Reinhard Merkel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel unter der Überschrift „Syrien: Der Westen ist schuldig“. Sein Text begann mit den Worten: „Der Westen, wenn diese etwas voluminöse Bezeichnung gestattet ist, hat in Syrien schwere Schuld auf sich geladen – nicht, wie oft gesagt wird, weil er

Das Modell des von außen gelenkten, finanzierten und geförderten Bürgerkriegs, das der Westen in den 90er Jahren schon in Jugoslawien erprobt hatte, wurde im September 2015 durch das Eingreifen russischer Streitkräfte gestoppt. Bis heute sichert aber ein US-Kontingent im Nordosten Syriens den Ertrag der dortigen Ölquellen für den NATO-Partner Türkei. Vom November 2015 bis zum 31. Januar 2022 erteilte der



Kundgebung „Für Heizung, Brot und Frieden“ am 17. Dezember 2022 am Tierpark Berlin

mit seiner Unterstützung des Widerstands gegen eine tyrannische Herrschaft zu zögerlich gewesen wäre, sondern im Gegenteil: weil er die illegitime Wandlung dieses Widerstands zu einem mörderischen Bürgerkrieg ermöglicht, gefördert, betrieben hat. Mehr als hunderttausend Menschen, darunter Zehntausende Zivilisten, haben diese vermeintlich moralische Parteinahme mit dem Leben bezahlt. Und es werden viel mehr sein, wenn dieser Totentanz irgendwann ein Ende findet.“ Der Hochschullehrer nannte diese Strategie „eine Variante dessen, was seit der Invasion des Irak vor zehn Jahren ‚demokratischer Interventionismus‘“ genannt werde. Nur scheinbar sei das Geschehen in Syrien – den Regimewechsel nach außen hin der inneren Opposition zu überlassen – eine mildere Form des Eingreifens. In Wahrheit sei sie „die verwerflichste Spielart: nicht so sehr, weil sie neben dem Geschäft des Tötens auch das Risiko des Getötetwerdens anderen zuschiebt. Eher schon, weil sie die häßlichste, in jedem Belang verheerendste Form des Krieges entfesseln hilft: den Bürgerkrieg.“

Bundestag der Bundeswehr immer wieder das Mandat zu einer völkerrechtswidrigen Invasion in Syrien: Bis zu 1200 deutsche Soldaten – zeitweilig das größte deutsche Auslandskontingent – waren für sechs „Tornado“-Aufklärer und eine Fregatte abkommandiert. Syrien wird als rechtlose Kolonie behandelt, in der Sprache der Annalena Baerbock geschieht das aber „regelbasiert“.

Nach dem gleichen Muster verlief der Bürgerkrieg in der Ukraine. Der Sturz der frei gewählten Regierung von Viktor Janukowitsch 2014 wurde maßgeblich von den USA finanziert. Das in Kiew errichtete Regime begann sofort einen Bürgerkrieg gegen Sozialisten, Kommunisten und alle, die Russisch sprachen – im faschistischen ukrainischen Jargon abschätzig „Moskali“ genannt. Seit 2014 verbreitet sich das Abfeiern der Kollaboration mit dem Hitlerfaschismus, das in den baltischen Republiken seit deren Austritt aus der Sowjetunion zur Staatsräson gehört, von der Ukraine aus Richtung Westeuropa. Inzwischen ist der Gruß des ukrainischen Nationalhelden, des Faschistenführers Stepan Bandera, „Slawa Ukraini!“ Bestandteil von Reden des Bundeskanzlers. Das Modell Syrien praktizierte der Westen acht Jahre lang in der Ukraine. Als Bodentruppen des Westens mordeten in dem arabischen Land dschihadistische Kopfschneider, in der Ukraine erfüllten das Bataillone mit den Symbolen der SS-Division „Galizien“. Man hielt Rußland mit den Minsker Vereinbarungen hin, rüstete Kiew auf

und wurde ab 24. Februar 2022 wie sieben Jahre zuvor in Syrien mit russischen Streitkräften konfrontiert. Eine zweite Niederlage will der Westen aber nicht hinnehmen. Er fegte Anfang April 2022 einen unterzeichnungsreifen Waffenstillstand vom Tisch, verlängert und eskaliert seither den Krieg durch die Lieferung von immer schwereren Waffen. Dabei mißtraut man den eigenen Marionetten so sehr, daß US-Präsident Joseph Biden im Mai als „rote Linie“ ausgab: Die bekommen kein Kriegsgerät, mit denen sie weit in russisches Territorium schießen können. Das ändert sich an dem Tag, an dem dieser Text verfaßt wird. Am 18. Januar um 20.23 Uhr sendet die „Süddeutsche Zeitung“ als Eilmeldung: „Der Kanzler ist offenbar zur Lieferung von ‚Leopard 2‘-Panzern an die Ukraine bereit. Aber nur unter der Voraussetzung, daß auch die USA Kampfpanzer zur Verfügung stellen.“ Letzteres dürfte keine Hürde sein. Demnächst rollen mit hoher Wahrscheinlichkeit deutsche Panzer – mit leicht übermaltem Eisernen Kreuz – Richtung russischer Grenze. Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke) hatte am selben 18. Januar in der „Berliner Zeitung“ geschrieben: „Die Panzerlieferungen von heute sind die Kriegskredite von 1914.“ Dem Weltkrieg ist die Menschheit einen Schritt näher. Ukraine: Der Westen ist schuldig.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Vorwärts nimmer, rückwärts immer?	4
Nein zur Beschränkung der Meinungsfreiheit	6
USA „direkte Bedrohung“ für die Welt	7
Doppelschlag	10
Schöne neue Welt (II)	12
Implosion der EU	13
Ein Abschied	15
Wohlstand? Kann weg!	16
Flüchtlingsströme und andere Wahrheiten	17
„Asow-Neonazis“ in Israel	19
Zur Lage in Myanmar	21
Überfall der USA auf Grenada vor 40 Jahren	23
Eine Erinnerung an Patrice Lumumba	24
Der internationale Dschihadismus	26
Wem nützt die Dominanz des Westens?	28
Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf	30
Zum 17. Juni 1953	32
Der Berliner Seniorenklub	34

# Fünfundzwanzig Jahre

Mit einer Auflage von 200 Exemplaren erschien der „RotFuchs“ erstmals im Februar 1998 als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost. Das Januar-Heft 2023 trug die Nummer 300 – aus einem kleinen journalistischen Pflänzchen wurde „die größte marxistische Monatszeitschrift Deutschlands“. Sie ist „parteilich, aber kein Parteiorgan“. Das formulierte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele in seinem Nachruf auf den Gründer, Ideengeber und Chefredakteur des „RotFuchs“ Klaus Steiniger im April 2016.

Auch dieses Jubiläumsheft erreicht gemessen an seiner Auflage weit über 20 000 Leser, nicht mitgerechnet jene Tausende, die uns im Internet lesen. Die gefährliche Zuspitzung des Klassenkampfes im vergangenen Jahr hat viele zu uns geführt, die den gedruckten „RotFuchs“ regelmäßig beziehen wollen. Wir in Redaktion und Förderverein, dem Herausgeber unserer Zeitschrift, schließen daraus, daß der „RotFuchs“ nach wie vor dringend gebraucht wird. Sein Symbol ist die spitze Schnauze jenes Tieres, das in der Volksdichtung für List und Umsicht steht, seine Initialen RF sind bewußt dieselben wie die des Zentralorgans der KPD, der „Roten Fahne“. Klaus sagte einmal, er habe nicht gewagt, diesen Titel zu nehmen, weil der damit verbundene Anspruch nicht zu erfüllen sei. Auch das charakterisiert ihn ebenso wie die Genossinnen und Genossen, die am Anfang standen, und alle, die ihn im vergangenen Vierteljahrhundert mitgetragen haben: Selbstbewußtsein, aber mit beiden Beinen auf dem Boden, Klassenstandpunkt und kein Wortgeklingel. Das hat dazu geführt, daß im „RotFuchs“ zumeist über Wichtiges berichtet wurde, daß wir vieles richtig vorhergesagt haben, aber selbstverständlich auch mal kräftig danebenlagen. Für uns bleibt entscheidend und Antrieb, die Sache der Arbeiter- und der Friedensbewegung voranzubringen. Manches ist offenbar gelungen, für weniger Geglücktes bitten wir um Nachsicht. Der „RotFuchs“ wird ehrenamtlich hergestellt und vertrieben.

Im Leitartikel der „RotFuchs“-Ausgabe mit der Nummer 200 beschrieb Klaus im September 2014 unsere Motivation so: „Der Entschluß, ein solches Blatt ins Leben zu rufen, war die Antwort standhaft Gebliebener auf den unwiederbringlichen Verlust der DDR und die schwerste Niederlage in der Chronik der deutschen Fortschrittskräfte. Während stromlinienförmige Karrieristen von gestern buchstäblich über Nacht die politische Farbe wechselten und Opportunisten, die den Marxismus-Leninismus als ‚Stalinismus‘ ausgeben, die Weltanschauung der Arbeiterklasse im wörtlichen Sinne hinwegfegen wollten, sind wir – um etliche Erfahrungen reicher – nicht desertiert. Wie könnte man auch einmal als richtig Erkanntes einfach über Bord werfen und sich feige unter fremden Mänteln verkriechen?“ Dies ist der Leitfaden auch für die heutige RF-Redaktion, die Teil des geschäftsführenden Vorstands des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. ist.

In diesen 25 Jahren hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt in einer Weise gewandelt, steigerte aber auch der Imperialismus die Weltkriegsgefahr, wie es 1998 so im Einzelnen nicht vorhersehbar war. Das betrifft insbesondere den Aufstieg der Volksrepublik China zu einer ökonomischen und politischen Weltmacht und den Kurs des Imperialismus, dies durch Krieg gegen Rußland und China zunichte zu machen. In dieser gefährlichen Situation, in der der Imperialismus nicht mehr kann, wie er will, und ein großer Teil der Menschheit nicht mehr so will, wie er diktiert, kommt aus unserer Sicht alles darauf an, alle Vernünftigen, alle, die guten Willens sind, zusammenzuführen und für Frieden, vor allem für Frieden mit Rußland und China, einzutreten. Dafür wollen wir Argumente liefern, das ist unser Anliegen.

Und es entspricht unserer Herkunft: Die meisten unserer Mitstreiter haben in der DDR gelebt und gearbeitet, dem ersten deutschen Friedensstaat, oder kämpften wie Wolfgang Metzger, der erste Nachfolger Klaus Steinigers

als Chefredakteur, in einem der führenden imperialistischen Länder für das sozialistische Ziel. Wir halten die Initiativen der DDR zur Herstellung gutnachbarlicher, vernünftiger Beziehungen zur BRD im Kalten Krieg, in den Zeiten schlimmster Kommunistenverfolgung, auch heute für zukunftsweisend. Seit dem Anschluß der DDR geht aber von deutschem Boden wieder Krieg aus. Die erweiterte BRD finanzierte den ersten Irakkrieg der USA 1991 mit 17 Milliarden D-Mark. Es war folgerichtig, daß das mit Siegerjustiz, Abwicklung und Berufsverboten in ungeheuerlichem Ausmaß einherging. Wenige Jahre später zogen deutsche Soldaten wieder in Angriffskriege. Heute schließlich werden Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – auch in den Köpfen – bis zum Wahn gesteigert. In den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches schmuggelte man 2022 einen neuen politischen Straftatbestand und bedrängt linke Organisationen und Publikationen juristisch. Gleichzeitig sitzen Faschisten im Bundestag, wird ihre Gesinnung salonfähig gemacht.

Als der RF vor 25 Jahren geboren wurde, zeichnete sich das alles in großen Zügen ab. Es waren hervorragende Kommunisten, die neben Klaus Steiniger mit Weitsicht und oft internationaler Erfahrung im Klassenkampf im „RotFuchs“ davor warnten. Es würde zu weit führen, sie alle hier namentlich zu nennen. Sie wirkten daran mit, nicht wenigen, die durch Niederlage und Konterrevolution entmutigt waren, eine Heimat zu geben. Dabei spielen die Regionalgruppen des Fördervereins eine wichtige Rolle. Sie haben die Einschränkungen der Pandemie weitgehend gut überstanden und ihr Netz zwischen Ostsee und Erzgebirge wieder aufgespannt. Allen Autoren, Helfern und Unterstützern sei Dank – und wie im 200. Heft gesagt: „Der ‚RotFuchs‘ wird auch in Zukunft seine Stimme gegen Lüge und Ausbeuterei, chauvinistischen Größenwahn und imperialistischen Krieg erheben.“

**Arnold Schölzel**

## Die „RotFuchs“-Versandgruppe

Wenn zu Beginn jedes Monats bei tausenden Abonnenten, Interessenten, Parteien und Vereinen der „RotFuchs“ im Postfach landet, dann haben daran nicht nur die ehrenamtlich wirkenden Autoren und die Redaktion ihren Anteil, sondern auch die etwa 20 bis 25 ebenso ehrenamtlich tätigen Helfer des Versandkollektivs.

Durch ihre Hände geht jedes einzelne Exemplar der Zeitschrift, um in einer Versandtasche auf die Reise zum Empfänger geschickt zu werden. Dabei liegt das Durchschnittsalter der Helfer bei über 70 Jahren, manche haben auch schon die 80 überschritten, erscheinen aber jeden Monat unverdrossen, um den RF auf die Reise zu schicken. Wurden die ersten Exemplare der Zeitschrift noch in der Küche oder im Wohnzimmer der von Beginn an

tätigen Enthusiasten eingetütet, so arbeiten wir heute in der „Kulturkantine“ in der Saarbrücker Straße, um die mehr als 7000 Briefe zu füllen und auf den Weg zu bringen.

Viele der Mitwirkenden sind auch noch in anderen Vereinen engagiert, so daß es zur gegenseitigen Information über Veranstaltungen der GRH, von ISOR, der Friedensglockengesellschaft e. V. und anderen kommt. Dadurch finden sich „RotFüchse“ in einem breiten Spektrum fortschrittlicher Aktivitäten vernetzt, informieren dort über den Förderverein und werben um neue Abonnenten für unsere Zeitschrift.

**Allen Helfern, auch dem Verbindungsmann zur Druckerei, Jörg, gilt Anerkennung und Dank für ihren Einsatz.**



**Fertig zum Versand – ca. 5 Millionen „RotFuchs“-Seiten werden jedes Jahr gedruckt, verpackt, verschickt ...**



**Mitglieder der Versandgruppe, November 2008**

# Die Entscheidung

Am Morgen des 2. Februar 1943 befahl Generalmajor Martin Lattmann, Kommandeur der 389. Infanteriedivision, abgestimmt mit Generalleutnant Arno von Lenski, Kommandeur der 24. Panzerdivision, die Übergabe des Nordkessels von Stalingrad an die Rote Armee. Beide – später Generale bewaffneter Organe der DDR – handelten aus eigenem Entschluß, gegen den Durchhaltenur-Soldaten, Generaloberst Karl Strecker, der als Kommandierender General des schon nicht mehr existierenden XI. Armeekorps den Nordkessel befehligte.

Die Schlacht an der Wolga, wie sie auch bezeichnet wird, begann am 17. Juli 1942, als die Vorhuten der 6. Armee, die gemäß dem „Fall Blau“ bzw. der „Operation Braunschweig“ vorstießen, im großen Donbogen auf Vorausabteilungen der sowjetischen 62. und 24. Armee trafen. Es war der Auftakt der sowjetischen strategischen Verteidigungsoperation als erste Periode der Schlacht. Am 19. November 1942 leitete die Rote Armee mit der „Operation Uranus“ die zweite Periode der Schlacht (bis 2. Februar 1943) ein. Am 23. November vollendete sie mit ihren Kessel von Stalingrad, indem sie eine der kampfkraftigsten operativen Gruppierungen der Wehrmacht, die 6. Armee mit rund 330 000 Mann (einbezogen Teile der 4. Panzerarmee von Generaloberst Hermann Hoth sowie Verbündete) einschloß. Nachdem ehrenhafte Kapitulationsangebote zurückgewiesen wurden, ging die Rote Armee zur Liquidierung des Kessels über. In der „Operation Kolzo“ wurde er ab 10. Januar 1943 in zunächst zwei (bis 25. Januar) und dann drei (bis 29. Januar) Teile aufgespalten.

Der Befehlshaber der 6. Armee, der noch am 30. Januar 1943 mit der indirekten Aufforderung zum Selbstmord („Ein deutscher Generalfeldmarschall ergibt sich nicht!“) zum höchsten militärischen Dienstgrad beförderte Friedrich Paulus, war schon am 31. Januar in seinem Hauptquartier, dem Stalingrader Kaufhaus, in sowjetische Kriegsgefangenschaft gegangen. Paulus, der maßgeblich an der Ausarbeitung des Planes „Barbarossa“ zum Überfall auf die UdSSR beteiligt war, hatte nicht die Kraft, seinen Truppen in der ausweglosen Situation die Kapitulation zu befehlen. Hin- und hergerissen zwischen dem (von Hitler seinerseits längst gebrochenen, weil immer zweiseitigen) Eid und den Einsichten in die katastrophale militärische Lage war er außerstande, dem preußischen Generalleutnant Yorck zu folgen, der am 30. Dezember 1812 gegen Frankreich die Seiten gewechselt und dann an der Befreiung des deutschen Volkes von der napoleonischen Fremdherrschaft teilgenommen hatte. Paulus, eher trockener Generalstäbler als Truppenführer, bestand erst später seine Bewährungsprobe: In der Kriegsgefangenschaft trat er dem antifaschistischen Bund Deutscher Offiziere (BDO) bei, wurde Zeuge der Anklage bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, bekannte sich zu Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion und wurde loyaler Bürger der DDR. Das brachte

dem „Vaterlandsverräter“ den unversöhnlichen Haß seiner in Westdeutschland lebenden, z.T. an neuen Kriegsvorbereitungen beteiligten ehemaligen „Kameraden“ ein.

Nachdem die Waffen schwiegen, begaben sich über 91 000 Mann, darunter 2500 Offiziere, 21 deutsche und zwei rumänische Generale sowie ein (erstmalig in der deutschen Militärgeschichte) Generalfeldmarschall in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Mehr tot als lebendig, halberfroren, fast verhungert, verlaust, schwer verwundet an Körper und Seele die allermeisten. Für sie konnte es kaum Rettung geben. Bis zu 40 000 lebten schon nicht mehr bis zur offiziellen Registrierung. Fast ausschließlich deshalb und nicht wegen mangelnder Sorge der Sieger (wie unbelehrbare Verlierer und ihre Apologeten bis heute stets unterschwellig behaupten) kehrten nur 6000 nach Hause zurück. Zur Erinnerung: In deutscher Kriegsgefangenschaft kamen 60 Prozent der Sowjetsoldaten um, umgekehrt 14 Prozent.

In 200 Tagen der Schlacht an der Wolga verlor der faschistische Block 1,5 Millionen Soldaten – ein Viertel der an der sowjetisch-deutschen Front eingesetzten Kräfte. Auch die sowjetischen Verluste waren unermeßlich. Offiziell stellt die Russische Föderation heute den oben genannten Verlusten 1 129 619 eigene gegenüber. Das sagt längst nicht alles. Bis zum Herbst 1942 hatte die Rote Armee bereits 2,64 Millionen Gefallene und zusätzlich 1,66 Millionen Verwundete zu beklagen. 10 300 Panzer, ca. 40 000 Geschütze und Granatwerfer und mehr als 7000 Flugzeuge waren vernichtet. Der siegewohnte hochgerüstete Feind stand tief im europäischen Teil der UdSSR, hatte industrielle und landwirtschaftliche Kerngebiete erobert. Nach der gewonnenen Schlacht vor Moskau im Herbst/Winter 1941/42 hatte die Sowjetarmee im Mai/Juni 1942 die strategische Initiative wieder verloren. Vor und an der Wolga würde es um alles gehen. Deshalb Stalins Befehl Nr.227 in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für Verteidigung am 28. Juli 1942: „Nicht einen Schritt zurück!“, obwohl mittlerweile rund 11 Millionen Rotarmisten unter Waffen standen, die Hälfte aber noch kaum ausgebildet und kampferprobt. Die Wehrmacht und ihre Verbündeten umfaßten an der Ostfront rund 6,2 Millionen Mann.

Bei der Verteidigungsoperation von Stalingrad zählte die Rote Armee 324 000 Mann an Toten und 320 700 an Verwundeten. Der Gegner verlor zusammen etwa 700 000.

Die Behauptung einer Gesetzmäßigkeit des Sieges der UdSSR – an der Wolga und im Krieg insgesamt – muß revidiert werden. Der Sieg bei Stalingrad ist zurückzuführen auf die allergrößte Anspannung der Kräfte und Mittel des Sowjetstaates und seiner bewaffneten Kräfte an dem von der politischen und militärischen Führung der UdSSR völlig richtig erkannten Hauptabschnitt der Front; den tatsächlichen Masseneroismus des Sowjetvolkes und seiner Armee für den Überlebenskampf der Heimat;

ein überragendes Beispiel der Kriegskunst der Führung der Roten Armee (nach und trotz ihres furchtbaren Aderlasses im Terror 1937/38, bei dem ein große Teile des Offizierskorps „repressiert“, viele sogar liquidiert wurden), bei Eingehen eines außerordentlich hohen militärischen Risikos: Am 19. November 1942 standen in der Stalingrader Richtung 1,1348 Millionen Mann der Roten Armee 1,0115 des Gegners gegenüber, und auch bei der Kampftechnik war man eigentlich viel zu weit von der notwendigen klassischen Überlegenheit von 3:1 für Offensivhandlungen entfernt – weswegen man diese meisterhaft an den Durchbruchabschnitten an den schwächsten Stellen des Gegners (3. und 4. rumänische Armee) schuf;

die Unterschätzung des Gegners durch das faschistische Regime und seine Generalität, schon mit dem „Fall Barbarossa“ überhaupt und dann weiter im Sommer 1942 mit dem „Fall Blau“, der zur Aufspaltung des faschistischen Feldzuges im Süden mit der Heeresgruppe B auf Stalingrad und mit der Heeresgruppe A zum Kaukasus führte, schließlich die krassen, von extremem Abenteuererturn getriebenen (glücklicherweise), politischen und militärischen Fehlentscheidungen der Aggressoren, besonders nach Schließung des Kessels von Stalingrad.

Die Schlacht vor Moskau im Winter 1941/42 leitete die Wende im Großen Vaterländischen Krieg ein, die Schlacht an der Wolga 1942/43 vollzog die Wende, die Schlacht von Kursk im Juli 1943 vollendete die Wende, indem sie sie mit der dauerhaften Erringung der strategischen Offensive unumkehrbar machte (nachdem die von der Roten Armee verlorene dritte Schlacht um Charkow im Februar/März 1943 noch einmal die existenziellen militärischen Gefahren verdeutlicht hatte). Diese drei unter riesigen militärischen, aber auch zivilen Opfern erkämpften strategischen Siege der UdSSR waren zugleich die entscheidenden für den Sieg der Antihitlerkoalition im Zweiten Weltkrieg in Europa überhaupt.

Nach der NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999 gibt es nun einen zweiten großen Krieg in Europa. Er wird militärisch ganz anders geführt als der Große Vaterländische, was die Militärwissenschaftler noch Jahrzehnte beschäftigen wird.

Erklärungen dazu werden aber viel leichter fallen, als die Verwirrungen um den politischen Charakter des Ukrainekrieges aufzulösen, die in einem Umfeld eines fast ungehemmten politischen, medialen und Wirtschaftskrieges, auch von Menschen, denen Stalingrad offenbar noch immer in den Knochen steckt, emotionalisierter Oberflächlichkeit und völlig übereilter Vorfestlegungen entstanden sind. In einem Umfeld dazu, in dem die Frage nach dem Standort des Hauptfeindes anders beantwortet wird als von Karl Liebknecht. Vielleicht kann das Jubiläum des Großen Sieges an der Wolga vor 80 Jahren zu klareren Erkenntnissen beitragen.

**Dr. Lothar Schröter**

## Vorwärts nimmer – rückwärts immer?

Selbst die bürgerliche Geschichtsschreibung hat die Schlacht um und in Stalingrad mit der Vernichtung der deutschen 6. Armee und ihrer verbündeten Truppen als psychologischen Wendepunkt des im Juni 1941 vom Deutschen Reich begonnenen deutsch-sowjetischen Krieges eingestuft. Als am 3. Februar 1943, also vor genau 80 Jahren, General Paulus die Kapitulation, begleitet vom Wutgeheul Adolf Hitlers, unterzeichnete, hatte diese Schlacht mehr als eine Million Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten der Roten Armee gekostet. In Wolgograd, dem damaligen Stalingrad, befindet sich eine eindrucksvolle Gedenkstätte mit der Statue einer Frau auf dem Gipfel des Mamai-Hügels: Mutter Heimat (Abb. 1). Das Schwert in ihrer Hand symbolisiert den Widerstand und den Willen des ganzen Volkes, die Heimat zu verteidigen. Ein zweites Mahnmahl steht in Berlin, im Treptower Park: ein Soldat mit nunmehr gesenktem Schwert und einem Kind im Arm steht auf einem zertrümmerten Hakenkreuz (Abb. 2). Er verkörpert den Sieg über die faschistische Barbarei. Eine dritte Skulptur steht vor dem UNO-Gebäude in New York. Sie zeigt einen Mann, der mit einem mächtigen Hammer sein Schwert bearbeitet (Abb. 3). Auf dem Sockel steht ein Satz, der auf die Vision des Propheten Micha zurückgeht: „Wir werden die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden.“ Alle drei Kunstwerke wurden vom sowjetischen Bildhauer Jewgeni Wutschetitsch

(1908–1974) geschaffen und fügen sich, auf drei Staaten verteilt, zu einem Triptychon mit der Botschaft an alle Völker: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Als aber dieses Werk 1948 der UNO übergeben wurde, hatte die westliche Fraktion der Antihitlerkoalition – nicht zuletzt mit der berühmten „Eisernen-Vorhangs“-Rede Churchills – bereits ihre Mitgliedschaft im Bündnis aufgegeben und schiedete unter Anleitung der USA ganz andere Pläne. Die schon nach dem Ende des ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution zum Hauptfeind erklärte Sowjetunion sollte mit dem Hebel nuklearer Erpressung gezwungen werden, ihr alternatives Gesellschaftsmodell aufzugeben. Das aber funktionierte nicht, weil der neue Staat, getragen auch von einer weltweiten Sympathiewelle, zum Verdruss der USA völlig unerwartet schnell eine eigene Atomwaffe in Stellung brachte. Was folgte, war dennoch ein Krieg, dem nur deshalb das Attribut „kalt“ verliehen wurde, weil die atomare Option vorerst ad acta gelegt werden mußte, was den Atomphysiker Otto Hahn zur Aussage veranlaßte, daß dadurch die Kriegsgefahr etwas eingedämmt worden sei. Doch die Hoffnung auf eine von der UNO-Charta getragene Entwicklung einer friedlichen Koexistenz erfüllte sich nicht. Mit dem Blick nur in den Rückspiegel blieb der Krieg als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Ziele bis in die Gegenwart eine taugliche Konstante. Er hatte sich nur anders kostümiert: Putsche und Regime

Changes gegen „ungehorsame“ Regierungen und Sanktionen als notgedrungener Ersatz für Massenvernichtungswaffen.

Es ist das zweifelhafte Verdienst eines deutschen Politikers und Obersten im Generalstabdienst der Bundeswehr, gleich drei Fliegen mit einer Klappe erschlagen zu haben: Roderich Kiesewetter. Er sprach mit dem Satz: „Die Russen müssen die Niederlage lernen, so wie einst die Deutschen 1945!“ vielen seiner CDU-Parteifreunde und u. a. der gegenwärtigen Außenministerin Annalena Baerbock aus dem Herzen. Seine erste Fliege: Ihm ist das Schicksal der Ukraine schnuppe, Hauptsache die Russen erleiden eine Niederlage. Zweitens: Für ihn hat die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945 nichts mit einer Befreiung zu tun. Drittens: Er bestätigt alle Analysen nicht zuletzt die der DDR-Historiker, die über die bestens dokumentierte unheilvolle Allianz zwischen bundesdeutschem Revanchismus und dem US-Imperialismus geschrieben haben.

Beim Motto: „Vorwärts nimmer – rückwärts immer!“ kommt man an der Volksrepublik China nicht vorbei. Eine US-China-Studie mit dem sperrigen Titel „The Elements of the China Challenge. The Policy Planning Staff. Office of the Secretary of State.“ Washington 2020, enthält ein in weiten Teilen bizarres Sortiment von Bedrohungsvarianten, in denen es heißt, daß die Kommunistische Partei Chinas nicht nur „die Weltordnung grundlegend umgestalten



will“, sondern daß sie sich in diesem Prozeß in den Mittelpunkt stellt und ihre autoritären Ziele und hegemonialen Ambitionen durchsetzen will. Dem setzt das Papier einen Maßnahmenkatalog entgegen, mit dem der seit dem 18. Jahrhundert bestehenden westlichen Hegemonie ein Ewigkeits-Status gesichert werden soll.

Dazu gehören u. a. die folgenden Punkte:

- Beibehaltung der kollektiven wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit,
- Schutz des globalen Status des US-Dollars ,
- Aufrechterhaltung einer überwältigenden konventionellen militärischen Abschreckung und Verhinderung jeglicher unannehmbarer Verschiebung des strategischen nuklearen Gleichgewichts,
- Verhinderung jeder chinesischen territorialen Expansion, insbesondere der gewaltsamen Wiedervereinigung mit Taiwan,
- die derzeitige regelbasierte liberale internationale Ordnung zu verteidigen (und wenn nötig zu reformieren),
- die liberale internationale Ordnung und, was besonders wichtig ist, ihre ideologischen Grundlagen, einschließlich zentraler demokratischer, Werte zu festigen.

Die Frage, wie dies angesichts der stetig wachsenden Macht Chinas zu erreichen sei, wird in dem Papier mit verblüffender Schlichtheit in Kombination mit selbstbeweihräucherndem Größenwahn beantwortet: „Der primäre Weg, auf dem die Vereinigten Staaten versuchen können, diese Ziele zu erreichen (und gleichzeitig ihre eigenen Kernvorteile zu schützen), besteht darin, Chinas Ziele und Verhalten zu ändern“, heißt es. Und dann folgt der grandiose Satz: „Das übergeordnete politische Ziel sollte darin bestehen, Chinas Führungselite kollektiv zu dem Schluß zu bringen, daß es im besten

Interesse des Landes ist, weiterhin innerhalb der bestehenden liberalen internationalen Ordnung unter Führung der USA zu agieren, anstatt eine konkurrierende Ordnung aufzubauen, und daß es im besten Interesse der Partei ist, wenn sie im eigenen Land an der Macht bleiben will, nicht zu versuchen, Chinas Grenzen auszudehnen oder ihr politisches Modell über Chinas Grenzen hinaus zu exportieren.“ Bleibe im Land und nähre dich redlich, eine Hand Reis wird's doch wohl tun, oder wie?

Kishore Mahbubani (Singapur) vertrat als international geschätzter Diplomat sein Land bei den Vereinten Nationen zwischen 1984 und 2004. Danach war er als Publizist und Buchautor tätig. Er steht auf dem Standpunkt, daß die USA zwar theoretisch eine offene Gesellschaft seien, deren Intellektuelle „die Ansichten des Rests der Welt“ mit echtem Interesse zur Kenntnis nähmen. In der Praxis seien jedoch die Vereinigten Staaten „eine offene Gesellschaft mit verschlossenem Geist“. Als Mahbubani jüngst vom „Handelsblatt“ befragt wurde, warum die westlichen Bemühungen, China „demokratischer“ zu machen, nicht zum Erfolg geführt hätten, antwortete er: „Warum sollte ein Land wie China mit seiner 4000 Jahre alten Kultur sagen: ‚Hey komm, laß uns so werden wie der Westen!‘?“ In Asien frage man sich eher, warum „eine Minderheit von zwölf Prozent der Weltbevölkerung den Rest der Welt bevormunden will“.

Es springt förmlich ins Auge, daß parallel zur NATO-Osterweiterung der kollektive Westen versucht, seinen Wertekanon der Welt nachdrücklich als einzig gültigen Stempel aufzudrücken: Rede- und Meinungsfreiheit, die Kultur einer offenen und kontroversen Diskussion, die Achtung vor Religion und dem kulturellen Erbe etc. Im krassen Widerspruch zu diesem Anspruch steht aber, daß genau diese Werte sich mit der Nazi-Rhetorik des Ukraine-Regimes amalgamiert haben. Die krankhafte Russophobie, der militante Antikommunismus, Meinungsintoleranz und

Forderungen nach Abriß jeder Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg (den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion) bestimmen zunehmend die Reden der politischen Eliten. Die Sprache des noch vor nicht allzu vielen Jahren geächteten Nationalismus und Faschismus sowie auch die des ethnischen Chauvinismus sind auch im „Wertewesten“ wieder salonfähig geworden. In seinem Beitrag „Ende der Dominanz“ (jW, 6. Januar) schrieb Jörg Kronauer: „Das Jahr 2022 markiert den Wendepunkt: Der Westen verabschiedet sich als Hauptdarsteller von der Weltbühne.“ Und derselbe Autor am 10. Januar, auch in der jW: „Die Zeiten, in denen westliche Politiker nach Kolonialherrenart um den Globus fliegen und aller Welt den Gang der Dinge diktieren konnten, sind – ob einem das gefällt oder nicht – vorbei.“ Wang Wen, Dekan des Chongyang-Instituts für Finanzstudien an der Renmin-Universität in Beijing, schrieb, die „De-Westernisation“ werde in die Geschichte eingehen als das „Jahr der Entwestlichung“. Doch Vorsicht! Der Verzicht auf Unipolarität setzt eine Abkehr von einer jahrhundertlangen kolonialen Denkweise, mithin so etwas wie eine „Einsicht in die Notwendigkeit“, voraus. Ein Beispiel aus der Musik soll dies verdeutlichen. Der Kontrapunkt ist eine Kompositionsart, bei der die Einzelstimmen melodisch selbständig sind und dabei eine Funktion im Zusammenklang aller Stimmen ausüben. Homophonie ist eine Kompositionsweise, die der Hauptstimme die Vorherrschaft im Satzgefüge zuweist. „J. S. Bach, übernehmen Sie!“ möchte man ihn auffordern – als Anregung, damit sich die gleichberechtigte Wertung von Homophonie und Kontrapunkt in ihrem produktiven Konflikt auch in der Politik durchsetzt, um das, was vor Jahrzehnten mit dem Begriff der „friedlichen Koexistenz“ versucht wurde, Grundlage internationaler Beziehungen wird. Und dann darf es vielleicht auch wieder heißen: Vorwärts immer – rückwärts nimmer!

Hans Schoenefeldt

## Moskau will keine „Entukrainisierung“ des Nachbarlandes, sondern Sicherheitsgarantien

Der Ständige Vertreter Rußlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, hat sich bei der jüngsten Sitzung des UN-Sicherheitsrats in der Nacht zum Samstag über die Ziele der Sonderoperation in der Ukraine geäußert. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Regierung in Kiew habe sich Moskau niemals zum Ziel gesetzt, das Nachbarland zu „entukrainisieren“ und zwanghaft zu „russifizieren“.

„Es ist wichtig zu verstehen, daß wir nicht gegen das ukrainische Volk, sondern gegen das verbrecherische nationalistische Regime kämpfen, das im Jahr 2014 infolge eines vom

Westen unterstützten verfassungswidrigen Umsturzes an die Macht gekommen ist und einen Kurs auf die Entrussifizierung der Ukraine und die Verherrlichung von Nazi-Handlangern eingeschlagen hat.“

In diesem Zusammenhang erklärte Nebensja, daß die russische Sonderoperation erst dann enden werde, wenn von der Ukraine keine Gefahr mehr für Rußland ausgehen und man die russischsprachige Bevölkerung im Nachbarland nicht mehr diskriminieren werde.

„Wenn sich dieses Ergebnis auf dem Verhandlungsweg erzielen läßt, sind wir dazu

bereit. Wenn nicht, dann werden alle vorgegenommenen Ziele mit militärischen Mitteln durchgesetzt.“

Alles hätte anders enden können, wenn die Regierung in Kiew die Minsker Abkommen erfüllt hätte. Der Plan von Präsident Wladimir Selenskij und seinem Vorgänger sei jedoch offenbar anders gewesen. Der Westen habe seinerseits die Minsker Abkommen mißbraucht, um die Ukraine mit Waffen zu beliefern und sie gegen Rußland aufzuhetzen, erklärte Nebensja.

Quelle: RTDE, 14.1.23

# Die ignorierte letzte Chance

## Das Schweigen von USA und NATO auf Rußlands Briefe vom 17. Dezember 2021

30 Länder sind mittlerweile Mitglied der NATO. Die NATO hat im Programm, den Absatz 5 so zu ändern, daß auch Präventiv-Schläge möglich sind. Nun ist Rußland diesem Ziel der NATO am 24. Februar 2022 zugekommen. Vor genau einem Jahr formulierte Rußland unmißverständlich seine Sicherheitsinteressen. Die Reaktion des Westens: Fehlanzeige!

Was das direkte bilaterale Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen angeht, so war letzterer, und hier in erster Linie USA und NATO, jahrzehntelang in Sachen Eskalation aktiv. Das Sündenregister:

- Fünf NATO-Erweiterungen seit 1999 bis direkt an die Grenze Rußlands mit insgesamt 14 neuen Mitgliedern;
- Nichtratifizierung bzw. Kündigung fast aller Verträge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle wie des A-KSE-Vertrages über die Abrüstung von Streitkräften und Waffensystemen in Europa, des ABM-Vertrages zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (2001);
- Kündigung des INF-Vertrages, der die Herstellung und Stationierung landgestützter Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 500 Kilometern verbot (2019) und des Open-Skies-Vertrag, der im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen durch Überflugrechte beiden Seiten „Glasnost“ ermöglichen sollte (2020);
- völkerrechtswidrige Angriffskriege wie gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (1999) und den Irak (2003);
- expansive Auslegung von UN-Mandaten wie im Falle Libyen 2011 oder höchst kreative Interpretationen der NATO-Rußland-Grundakte (2016), die die permanente Stationierung westlicher Truppen und Waffensysteme vor der russischen Haustüre untersagt;
- Aufbau des weltweiten Raketenabwehrsystems Aegis mit angriffsfähigen Modulen in Rumänien und Polen;
- Regime Change-Versuche im postsowjetischen Raum, am offensichtlichsten in der Ukraine (2013/2014).

Ende 2021, am 17. Dezember, ergriff Rußland dann die diplomatische Initiative und definierte gegenüber NATO und USA seine sicherheitspolitischen Interessen, inclusive Roter Linien, klar und unmißverständlich.

### Was Rußland der NATO vorschlug ...

- Beide Seiten sollten bestätigen, sich nicht als Gegner zu betrachten;
- Rückkehr zu den Prinzipien der „gleichen und unteilbaren Sicherheit“;
- Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt;
- Verzicht, Situationen zu schaffen, die eine Seite als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit ansehen könnte;
- Zurückhaltung bei militärischen Planungen und Übungen zur Vermeidung von gefährlichen Zwischenfällen, insbesondere in der Ostseeregion und über dem Schwarzen Meer;
- Wiederbelebung des NATO-Rußland-Rates und anderer bi- und multilateraler Gesprächsformate;
- Transparenz bei militärischen Übungen und Manövern;
- Einrichtung von Hotlines für Notfallkontakte (Revitalisierung des „Roten Telefons“);
- Rückzug der westlichen Streitkräfte und Waffensysteme auf das Niveau vor der ersten NATO-Osterweiterung;
- Verzicht der Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen in Gebieten, von denen aus sie das Hoheitsgebiet der anderen Partei angreifen könnten;
- keine weitere Ausdehnung der NATO (insbesondere nicht um die Ukraine);
- Verzicht der NATO auf militärische Aktivitäten auf dem Gebiet der Ukraine, sowie anderer Staaten Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens;
- Einrichtung eines weitgehend entmilitarisierten Korridors zwischen NATO und Rußland.

### ... und den USA

Der an die USA gerichtete Vertragsentwurf enthielt darüber hinaus folgende Vorschläge:

- Bekräftigung der Erklärung, daß ein Atomkrieg keinen Sieger haben kann und daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, diese Gefahr abzuwenden;
- Verzicht auf gegen die andere Seite gerichtete kriegsvorbereitende Maßnahmen auf dem Territorium von Drittstaaten;
- Verzicht der USA auf die Einrichtung von Militärstützpunkten und eine bilaterale militärische Zusammenarbeit in und mit den Staaten des postsowjetischen Raums, die keine NATO-Mitglieder sind;
- beidseitiger Verzicht auf die Stationierung von Streitkräften und Waffensystemen außerhalb ihrer Hoheitsgebiete, die die andere Seite als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit ansehen könnte;
- Verzicht auf Flüge schwerer Bomber und die Anwesenheit von Überwasserkampfschiffen in Regionen, von denen aus sie Ziele im Gebiet der anderen Vertragspartei treffen könnten;
- Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes sowie Rückführung entsprechender Waffensysteme und Zerstörung der entsprechenden Infrastruktur in Drittstaaten;
- keine Schulungen von Personal im Umgang mit Atomwaffen und keine Militärübungen für deren Einsatz in Ländern, die diese nicht besitzen.

NATO und USA wären dringend beraten gewesen, die beiden Vertragsentwürfe als klare Formulierung russischer Sicherheitsinteressen zu lesen, sie genauestens zu prüfen und als Ausgangspunkt für Verhandlungen zu nutzen, deren Ziel eine deutliche Verbesserung der Sicherheitslage sämtlicher Vertragsstaaten – und vor allem Europas! – auf möglichst niedrigem militärischen Niveau gewesen wäre.

**Leo Ensel**

*Redaktionell gekürzt*

*Quelle: Geschichte, Medienkritik, Militär, Politik, 16. Dezember 2022*

## Antikriegs- und Friedensbündnis – Gebot der Stunde

Wir sollten uns nicht täuschen lassen und glauben, der SPD-Kanzler Scholz habe eine pazifistische Gesinnung, wenn ihm von allen Seiten militante Zögerlichkeit vorgeworfen wird. Bis zur Stunde und lange davor haben er und seine Partei nie ernsthaft diplomatische Lösungen gesucht, vorgeschlagen oder in Angriff genommen. Es dürfte eine Finte sein, daß dieses Deutschland und sein Kanzler auf das Schlachtfeld getragen werden müßten.

Die Interessenlage heute, einer imperialistischen Welt, in der alle gegen Rußland und China mit klaren Vorstellungen über die Neuordnung der Welt angetreten sind, wirft Fragen danach auf, wer führt, wer dient, wer in wessen Interesse handelt. Unter diesem Aspekt erleben wir gegenwärtig, wie sich Staaten um Rußland herum mehr oder weniger als Kriegstreiber lautstark fordernd gebärden. Eines ist, wie es Sevim Dagdelen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt am

14. Januar deutlich machte, unbedingt zu unterstreichen: Ein Antikriegs- und Friedensbündnis, das den dritten Weltkrieg derzeit noch verhindern könnte, hat nur eine Chance mit politisch übergreifenden lauten aktions- und proteststarken Forderungen gegen die Sanktionen und für Verhandlungen, Diplomatie mit Rußland auf der Basis der Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten.

**Roland Winkler**

Aue

# Die USA sind eine „direkte Bedrohung“ für die Welt

Nach der Bewilligung des US-Verteidigungshaushalts für das Haushaltsjahr 2023 erklärte das chinesische Verteidigungsministerium, daß die USA die Militärausgaben nur deshalb erhöhten, um ihre globale Herrschaft zu bewahren. Dabei würden sie die internationale Ordnung bedrohen. In der Erklärung heißt es weiter, die USA hatten in Verfolgung ihrer eigenen Interessen mehrfach entweder Kriege gegen andere Länder geführt oder Konflikte ausgelöst, die zu hohen Opferzahlen und zur Vertreibung unschuldiger Zivilisten führten. Der 858 Milliarden Dollar schwere US-Militärhaushalt für das Haushaltsjahr 2023 bewilligt 10 Milliarden Dollar an Sicherheitsunterstützung und eine beschleunigte Waffenbeschaffung für Taiwan. Damit stelle er eine weitere Provokation dar, die „den Frieden und die Stabilität in der Straße von Taiwan ernsthaft gefährden und das Risiko einer militärischen Konfrontation zwischen China und den USA erhöhen.“ Die Insel Taiwan ist seit 1949 selbstverwaltet, hat aber nie offiziell ihre Unabhängigkeit von Peking erklärt. Die Spannungen zwischen Peking und Taipeh haben seit dem Taiwan-Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi im August letzten Jahres erheblich zugenommen. Washington müsse seinen „alten Trick der einseitigen Einschüchterung gegenüber Peking aufgeben“, sagte der chinesische Außenminister Yi in einem Telefonat mit US-Außenminister Antony Blinken. „Das hat in der Vergangenheit mit China nicht funktioniert und wird auch in Zukunft nicht funktionieren.“

## Druck auf Beijing steigt

Das Jahr 2022 war für China vor allem außenpolitisch ungewöhnlich ereignisreich. Es begann sogleich mit Zwist. Der Anlaß: die Olympischen Winterspiele, die am 4. Februar in Beijing starteten und – wie inzwischen jedes sportliche Großevent, das nicht von den westlichen Staaten oder ihren engsten Verbündeten abgehalten wird – vom Westen genutzt wurden, um eine globale Negativ-PR-Kampagne gegen den Gastgeber zu lancieren. Ein kompletter Boykott unterblieb, die USA sowie ihr engster Anhang, von Großbritannien über die baltischen Staaten bis Japan, verkündeten allerdings einen diplomatischen Boykott, um Beijing wenigstens kräftig zu brüskieren. Mit Blick auf die anschwellenden westlichen Aggressionen nutzten China und Rußland die Olympischen Spiele, um unmittelbar zu deren Auftakt einen weltpolitischen Schulteranschlag zu zelebrieren und sich in einer gemeinsamen Erklärung „starke gegenseitige Unterstützung gegen Attacken Dritter“, gemeint war der Westen, zuzusagen. Die stetigen transatlantischen Angriffe hatten Moskau und Beijing trotz all ihrer Interessenunterschiede Seite an Seite gebracht.

## Kampagne zu Taiwan

Eine höchst folgenreiche Weichenstellung, die der Krieg in der Ukraine brachte, war eine gewisse Annäherung zwischen China und Indien. Neu-Delhi, das sich noch am

diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele beteiligt hatte, ging – unter beträchtlichem Druck des Westens, sich gegen Rußland zu wenden – Schritt um Schritt auf Beijing zu und ermöglichte damit einen Aufschwung der BRICS (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) und der SCO, denen jeweils Indien, China und Rußland angehören. Die Bündnisse helfen, die Dominanz des Westens zurückzudrängen. Daß letztere bröckelt, zeigte Ende 2022 zudem der pompöse



**Das Jahr 2022 brachte eine Annäherung von Indien und China: Premierminister Modi und Präsident Xi beim BRICS-Treffen 2017**

Empfang Xis in Saudi-Arabien, das bislang als loyaler, exklusiver Vasall Washingtons galt. Gewaltig angeschwollen ist im Laufe des letzten Jahres die westliche Kampagne zu Taiwan. Unter Führung der Vereinigten Staaten werteten immer mehr Staaten ihre Beziehungen zu der Insel in Chinas Südosten mit Besuchen von Parlamentariern und Ministern sukzessive auf. Die USA schickten im August in Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses, die protokollarische Nummer drei in der US-Hierarchie nach Taipeh. Die Kampagne zielt darauf, die Abspaltungskräfte auf Taiwan systematisch zu befeuern und ist eine offene Attacke gegen die territoriale Souveränität der Volksrepublik. Für den Westen böte sie die Möglichkeit, China in einen Krieg zu treiben, denn Beijing hat sich gesetzlich festgelegt, eine Sezession Taiwans nicht hinzunehmen und, wenn nötig, mit allen Mitteln darauf zu reagieren. Die USA bereiten taiwanische Militärs auf einen Untergrundkrieg gegen die Volksbefreiungsarmee vor. Beijing wiederum hat mit seiner Reaktion auf Pelosis Besuch in Taipeh bewiesen, daß es im Fall der Fälle auch anders als mit einer Entsendung von Truppen auf die Insel antworten könnte, nämlich mit einer See- und Luftblockade. Unter Zugzwang stünde dann der Westen.

## Rote Linien

Der Westen hat den Druck auf die Volksrepublik im vergangenen Jahr auch anderweitig erhöht. Im Oktober weiteten die Vereinigten Staaten den Sanktionskrieg vor allem gegen die chinesische Halbleiterbranche aus. Seitdem dürfen die fortgeschrittensten Hochleistungschips ebenso wenig nach China geliefert werden wie Maschinen zu ihrer Produktion, und US-Bürger wie auch Inhaber eines festen Aufenthaltstitels in den USA dürfen für chinesische Firmen, die auf dem Sektor tätig

sind, nicht mehr arbeiten. Der Schritt zielt vor allem darauf, die Forschung zu Künstlicher Intelligenz und insbesondere deren Anwendung zu unterbinden. Gelingt dies, würde die Volksrepublik nicht nur in ihrer ökonomischen Entwicklung zurückgeworfen, sondern auch auf militärischem Feld. Zuletzt zeichnete sich ab, daß China antworten könnte, indem es in riesigen Mengen billige Halbleitermassenprodukte auf den Weltmarkt wirft, die technologisch nicht besonders anspruchsvoll sind, die aber für allerlei Gerätschaften – von Waschmaschinen bis Autos – in großer Zahl benötigt werden. Dies würde Gewinne generieren, mit denen die Chipindustrie die überaus teure Spitzenforschung finanziert. Wenn der Branche außerhalb Chinas diese Gewinne fehlen, wird es für sie eng. Wer sich Illusionen gemacht haben sollte, es könne im Verhältnis zwischen China und dem Westen vielleicht doch auch ein wenig Entspannung geben, wurde im letzten Quartal des Jahres 2022 eines Schlechteren belehrt. US-Präsident Joseph Biden teilte Mitte Oktober mit, er gehe fest davon aus, die Welt stehe „im erbitterten Machtkampf zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik am Beginn des entscheidenden Jahrzehnts“. Mitte November trafen Biden und Xi am Rande des G20-Gipfels auf Bali zu einem Gespräch zusammen, bei dem sie sich unter anderem über die „roten Linien“ ihrer beiden Staaten austauschten. So etwas tut man, wenn zumindest eine Seite weiter zu eskalieren gedenkt und sichergehen will, nicht aus Versehen eine „rote Linie“ zu überschreiten, sprich: einen bewaffneten Großkonflikt zu provozieren.

Unmittelbar nach dem Treffen gingen die USA daran, ihre militärischen Positionen auf den Philippinen und in Australien auszubauen. Auch das überaus eng mit den USA verbündete Japan kündigte eine seit 1945 beispiellose Aufrüstung an. Bei all den äußeren Erschütterungen hat die Volksrepublik im Innern Kontinuität gewahrt. Im Oktober bestätigte der 20. Parteitag die Führungsstellung von Xi Jinping und schuf damit die Voraussetzung dafür, daß Beijing inmitten der globalen Umbrüche keine größeren politischen Umwälzungen im Innern riskieren muß. Bestätigt wurde auch die ökonomische Grundsatzentscheidung, Gewicht vor allem auf die Binnenwirtschaft zu legen und ihr die Außenwirtschaft tendenziell unterzuordnen, die gegen Sanktionen und weitere Attacken des Westens besonders anfällig ist. Ein gewisser Umbruch begann allerdings im Dezember, als Beijing breiten Protesten nachgab und den Ausstieg aus der Null-Covid-Politik, den es ursprünglich noch eine Weile hatte hinauszögern wollen, beschleunigte. Das Jahr 2023 dürfte deshalb wohl eher holgrig und mit einigem Unmut beginnen. Die großen Stürme, vor denen Xi zuletzt gewarnt hat, drohen China freilich von außen – aus dem globalen Westen.

Jörg Kronauer

Redaktionell gekürzt

Aus: junge Welt, 24.12.22

# Wie die Kriegsmaschine die Demokratische Partei der USA übernommen hat

*Warum ist es unmöglich geworden, Krieg und die massiven Rüstungsausgaben in Frage zu stellen? Warum kann ein Demokrat, vor allem in einer Zeit wirtschaftlicher Not und enormer Defizite, nicht fragen, wieviel für den Krieg in der Ukraine abgezweigt wird, der bereits 60 Milliarden Dollar verschlungen hat?*

*Der ehemalige Präsidentschaftskandidat **Dennis Kucinich** sprach im **Chris Hedges Report** unter anderem darüber, wie die Kriegsmaschine die Demokratische Partei erobert hat.*

**Chris Hedges:** Es gab einmal einen Flügel der Demokratischen Partei, der sich der Kriegsindustrie entgegenstellte. J. William Fulbright, George McGovern, Gene McCarthy, Mike Gravel, William Proxmire und natürlich Dennis Kucinich. Aber das ist weitgehend Jahrzehnte her.

Die neuen Demokraten, insbesondere unter der Präsidentschaft von Bill Clinton, wurden zu Handlangern der Rüstungsindustrie. Kein Waffensystem ist zu kostspielig. Es gibt keinen Krieg, egal wie katastrophal er ist, der nicht finanziert wird.

Der gewaltige Militärhaushalt – 858 Milliarden Dollar an Militärausgaben für das Haushaltsjahr 2023 – liegt 45 Milliarden Dollar über dem Haushaltsantrag der Biden-Regierung und fast 80 Milliarden Dollar über dem Betrag, den der Kongreß für das laufende Haushaltsjahr bewilligt hat. Und es werden immer mehr.

Als 30 Mitglieder der progressiven Fraktion der Partei vor kurzem Joe Biden zu Verhandlungen mit Wladimir Putin aufforderten, wurden sie von der Parteiführung und den kriegslüsternen Medien gezwungen, einen

Rückzieher zu machen und ihr Schreiben zurückzuziehen.

Inwieweit sind diese Konflikte, und dazu zähle ich auch die Ausweitung der NATO, von der Gier der Kriegsindustrie und der Waffenhersteller getrieben?

**Dennis Kucinich:** Als ich im Kongreß saß, habe ich eine Gesetzgebung eingebracht, die es den Vereinigten Staaten verbietet, in einen von der NATO geführten Krieg einzutreten, weil ich der Meinung war, daß dies eine Untergrabung des Verfassungsgrundsatzes in Artikel 1, Abschnitt 8, ist, der besagt, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten die Befugnis hat, unser Land aus einem Zustand des Friedens in einen Krieg zu führen. So stand es in der Verfassung. Die NATO hat sich weiterentwickelt. Nach Clinton wurde sie zu einer offensiven Organisation. Und jetzt ist sie eine Art Marionette für westliche Mächte geworden, insbesondere für mein eigenes Land, die Vereinigten Staaten. Infolgedessen überschätzt die NATO ihr Gewicht und gibt Erklärungen ab, die unrealistisch sind. Ich sage voraus, daß es als Ergebnis der Rolle der NATO und der EU, diesen Krieg in der Ukraine anzuzünden, in ein paar Jahren keine NATO und keine EU mehr geben wird.

**Chris Hedges:** Und warum?

**Dennis Kucinich:** Wir alle wissen aus dem Jahr 2014, wie die USA einen Staatsstreich inszeniert, die ukrainische Regierung gestürzt und eine Regierung eingesetzt haben, die den Interessen der USA diene, nämlich die Macht der russischsprachigen Wählerschaft in der Ostukraine zu brechen. Sie wollten mit allen

Mitteln verhindern, daß diese die Politik in der Region beeinflusst, was ihnen auch gelang. Schätzungen zufolge wurden zwischen 2014 und 2021 14 000 russischsprachige Ukrainer getötet. Die meisten Amerikaner haben davon keine Ahnung.

Doch die Regierung, die Geheimdienste erklärten: Wir können Rußland auf diese Weise ausschalten. Wir werden Rußland wirtschaftlich vernichten. Diese Sanktionen werden Rußland aus dem Weg räumen. Und die EU hat sich darauf eingelassen. Und was ist das Ergebnis? Der Krieg geht weiter. Aber in der Zwischenzeit haben die Sanktionen zu einem dramatischen Anstieg der Energiekosten geführt. Außerdem haben sie die Pipeline in die Luft gejagt. Das ist ein weiterer Anstieg der Energiekosten.

Ich habe von Leuten in Europa gehört, daß sich die Energiekosten auf das Sechsbis Neunfache des früheren Preises erhöhten. Die Unternehmen können das nicht überleben. Einzelpersonen sind in Bedrängnis. Der Druck wird auf die Regierungen zurückfallen. Das wird eine Menge Probleme mit der EU verursachen. Und die NATO wird weiter als Werkzeug für den Krieg benutzt. Ich könnte mir vorstellen, daß es in Europa bereits erste Proteste gibt, bei denen die Menschen sagen: Raus aus der EU, raus aus der NATO, denn sie zahlen jetzt einen wirtschaftlichen Preis für die Fehleinschätzung der europäischen Behörden, die von den USA dazu überredet wurden.

*Redaktionell gekürzt*

*Quelle: Chris Hedges, The Real News Network. 18.12.2022*

## Washington verlängert das Leiden der Ukraine

*Der pensionierte Colonel der United States Army, Politikwissenschaftler und Militärtheoretiker **Douglas Macgregor** über den außenpolitischen Kurs der Biden-Administration:*

Wenn es um die Außenpolitik Washingtons schlecht bestellt ist, schöpfen die wahren Gläubigen der großen Sache stets tief aus dem Brunnen der ideologischen Selbsttäuschung, um sich für die letzte Schlacht zu wappnen. Blinken, Klain, Austin und der Rest der Kriegspartei versprechen weiterhin ewige Unterstützung für Kiew, koste es, was es wolle. Sie sind bereit, Realismus dem Wunschdenken zu opfern und sich bei einem öffentlichen Besuch in der Ukraine nach dem anderen im Rausch der Publicity und Selbstdarstellung zu suhlen.

Dieses Spektakel erinnert auf erschreckende Weise an die Ereignisse vor mehr als 50 Jahren, als Washingtons Stellvertreterkrieg in Vietnam scheiterte. Die Zweifler innerhalb

der Johnson-Administration, ob es klug sei, vor Ort zu intervenieren, um Saigon vor der sicheren Zerstörung zu bewahren, versteckten sich. Im Jahr 1963 hatte Washington bereits 16 000 Militärberater in Vietnam. Der Gedanke, daß Washington eine Regierung in Südvietnam unterstützte, die möglicherweise nicht gegen Nordvietnam gewinnen würde, wurde von vornherein abgelehnt.

Die bedingungslose Unterstützung der Regierung Biden für das Selenski-Regime in Kiew erreicht einen strategischen Wendepunkt, der dem des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson im Jahr 1965 nicht unähnlich ist. So wie dieser 1964 plötzlich feststellte, daß Frieden und Sicherheit in Südostasien ein wesentliches strategisches Interesse der USA darstellten, so argumentiert die Biden-Administration jetzt ähnlich für die Ukraine.

Wie Südvietnam in den 60er Jahren ist die Ukraine dabei, ihren Krieg mit Rußland zu verlieren. Washingtons Stellvertreter in Kiew

hat sein Humankapital und die beträchtliche westliche Hilfe in einer Reihe von selbstzerstörerischen Gegenoffensiven vergeudet. Als sich die US-Streitkräfte schließlich aus Südostasien zurückzogen, dachten die Amerikaner, Washington würde mehr Zurückhaltung üben, die Grenzen der amerikanischen Macht erkennen und eine weniger militante und realistischere Außenpolitik betreiben. Damals haben sich die Amerikaner geirrt, aber heute wissen Amerikaner und Europäer, daß Washingtons Weigerung, Rußlands legitime Sicherheitsinteressen in der Ukraine anzuerkennen und über ein Ende dieses Krieges zu verhandeln, der Weg zu einem langwierigen Konflikt und noch mehr menschlichem Leid ist.

*Redaktionell gekürzt*

*Vollständiger Text erschien am 20. Dezember 2022 auf The American Conservative*

# Friede auf Erden – aber Krieg gegen Rußland

Der falsche Pastor Steinmeier hatte schon in seiner Weihnachtsbotschaft zum Ukrainekrieg gesäuselt: Es sei ein Gebot der Stunde, daß „wir“ der Ukraine beistehen. Die Waffen-Lobbyistin von der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, redet Klartext und möchte „vor die Welle kommen“ und der Ukraine schweres Gerät präventiv liefern. Der Schein-Linke und SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat sich nachdrücklich gegen Friedensverhandlungen ausgesprochen, auch er will die Ukraine weiter militärisch unterstützen mit dem Ziel, daß sie „später einen gerechten Frieden“ verhandeln könne.

## 200 Milliarden Euro für „Abwehrschirm“

Nein, noch haben sich Steinmeier oder Strack-Zimmermann nicht selbst an die Front gemeldet. Den echten, blutigen Krieg der NATO gegen Rußland sollen die Ukrainer tragen. Aber den Wirtschaftskrieg gegen Rußland, den sollen die zivilen Deutschen schon finanzieren. Die sogenannte „Gaspreisbremse“, ein 200-Milliarden-Euro-„Abwehrschirm“ zugunsten der Großverbraucher in der Chemie- und Energie-Industrie, soll die russische Wirtschaft in die Knie zwingen. Die Wahrheit: Die „Bremse“ ist ein Tritt aufs Gaspedal der Inflation. Daß zwei Millionen Menschen dieses Jahr die „Tafeln“ haben aufsuchen müssen und um Essen und Trinken betteln mußten, ist der sichtbarste soziale Erfolg dieser Politik.

## „Der Russe“ ist für alles verantwortlich

Ein reiches Land und betteln? Dieses unschöne Bild wird mit aggressiver Propaganda übermalt: Keinesfalls darf die Regierung als verantwortlich für das soziale Desaster begriffen werden. Deshalb ist „der Russe“ für alles verantwortlich: Dafür, daß die Bundesregierung den Kauf des preiswerten Gases aus Rußland unterbindet, wo sie nur kann und dafür, daß ein Attentat auf die Gaspipeline Nord Stream 2 verübt wurde, das allerdings nur den USA nützlich war. Dem Russen wird die Rolle eines allmächtigen Geistes zugewiesen, wie man ihn nur aus Schauermärchen kennt: Mal ist er in der Ostsee und sprengt seine eigene Gasleitung in die Luft,

dann wieder taucht er in Berlin auf und zwingt Scholz, Habeck & Co. die guten alten Gasversorgungsverträge zu zerreißen – wahrscheinlich mit vorgehaltener Kalaschnikow – um die beiden dann auf die Betteltour in die katarische Diktatur zu schicken.

## Kriegs-Ertüchtigungsinitiative: 2 Milliarden Euro

Deutschland hat für den Haushalt des laufenden Jahres im Rahmen der sogenannten Ertüchtigungsinitiative seine Mittel auf insgesamt zwei Milliarden Euro aufgestockt. Ursprünglich stammt der nette Begriff „Ertüchtigungsinitiative“ aus der Entwicklungshilfe. Jetzt geht der größte Teil des Geldes im Rahmen der NATO-Hilfe an die Ukraine: Bisher hat man direkt 500 Fliegerabwehrraketen STINGER, 3 000 Patronen „Panzerfaust 3“ zuzüglich 900 Griffstücke, 16 Millionen Schuß Handwaffenmunition und 50 Bunkerfäuste in die Ukraine geliefert. Ganz zu schweigen von Panzern und Haubitzen, die im sogenannten Ringtauschverfahren in den Krieg geliefert wurden. Aber die ukrainischen Nazis organisieren auch private Hilfe. Von ihrer Botschaft in Tschechien aus wirbt die Ukraine im Netz um Waffenspenden. Zum Beispiel kostet dort ein „volles 30-Runden-Magazin, 7,62 x 39 Kaliber, für das AK-47-Sturmgewehr“ nur acht Euro.

## „Jeder Schuß ein Ruß“

„Das AK-47-Sturmgewehr ist die am meisten hergestellte Handfeuerwaffe aller Zeiten. Obwohl es sich um ein Nachkriegsdesign handelt, gewährleistet ein einfacher und funktionaler Mechanismus die korrekte Funktion aller Komponenten selbst unter unerwünschten Bedingungen. Für diesen Betrag kaufen Sie der ukrainischen Armee ein volles 30-Runden-Magazin, 7,62 x 39 Kaliber. Wir sammeln nur Geld für die ukrainische Armee. Von Ihrem Beitrag werden wir Waffen und Ausrüstung für die Ukraine kaufen – bitte seien Sie sich dessen bewußt. Dies ist kein Spiel, sondern unsere Art, Sie spüren zu lassen, wie viel unser Frieden wirklich kostet.“ „Jeder Schuß ein Ruß“ wäre die Kurzfassung.

## Waffen für den Frieden

Der wichtigste Freund der Rüstungsindustrie, der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sagt es nur geschwollener: „Es mag paradox klingen, aber militärische Unterstützung für die Ukraine ist der schnellste Weg zum Frieden.“ Waffen für den Frieden: Das ist die Logik von Kühnert bis Stoltenberg. Ganz vorne in der Suchmaschine liegen die von der Propaganda mißbrauchten Kinder: 123 000 000 Ergebnisse spuckt die Suchmaschine in 0,43 Sekunden aus, wenn die Stichworte „Kinder, Ukraine“ eingegeben werden. Die Zahlen beziehen sich auf die Medien und die von ihnen referierten angeblichen Verbrechen der Russen. Die Stichworte „Friedensverhandlungen, Ukraine“ erzielen nur 171 000 Treffer.

Wer will schon Frieden, wenn der Boom der Rüstungsindustrie andauern soll? Damit diese perverse Logik von den Deutschen verinnerlicht wird, drehen die TV-Sender voll auf: In den TV Programmzeitungen wimmelt es geradezu von „Sonder-Sendungen“ zum Ukraine-Krieg. Wer sich an die Sondermeldungen des Reichsrundfunks im Zweiten Weltkrieg erinnert, der könnte sich auch an die deutsche Niederlage in Stalingrad erinnern, die am Ende der Sondermeldungen stand.

## Manipulation ist zu durchbrechen

Eine US-Kanadische Kooperation setzte jüngst folgende Frage in einen angeblich weltweiten Umlauf: „Wenn Sie an die kommende Dekade denken, wird die NATO einen positiven Einfluß auf das Weltgeschehen haben?“ An der Fragestellung, die keine negative Meinung zur NATO kennt, ist die primitive Absicht der Manipulation schnell zu erkennen. Daß sich trotzdem nur 51 Prozent der Deutschen für einen „positiven Einfluß“ entschieden haben, läßt hoffen: Die massive mediale Manipulation ist zu durchbrechen.

Uli Gellermann

<https://meinungsfreiheit.rtde.life/meinung/158758-friede-auf-erden-aber-krieg/1.1.2023>

## Ukraine: Milliarden und Waffen in ein Faß ohne Boden?

Ein Zwischenruf von **Oskar Lafontaine**

In Frankreich hat sich Pierre de Gaulle, Enkel von Charles de Gaulle, Bankmanager und Unternehmensberater, in einem erstaunlichen Interview zu Wort gemeldet: „Die öffentliche Meinung beginnt, sich des perversen Spiels und der Lügen der Amerikaner und insbesondere der NATO bewußt zu werden. Die Ukraine-Krise wird genutzt, um Europa zu destabilisieren. Die Kriegsauslöser sind die Amerikaner und die NATO, und ich möchte als Beweis die Äußerungen von Frau Merkel anführen, die sagte, sie habe nie die Absicht gehabt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die unterzeichnet wurden, um die Sicherheit der russischsprachigen Bevölkerung

im Donbass zu gewährleisten. Frau Merkel hat alles getan, um der NATO zu erlauben, die Ukraine zu bewaffnen, hat alles getan, um die Grundlagen für diesen Konflikt zu legen. Indem sie diese ukrainische nationalistische Expansion zuließ, hat sie zugelassen, daß 16 000 bis 18 000 Menschen bombardiert und getötet wurden.“ Der Enkel Charles de Gaulles stellt im Hinblick auf die Vorgeschichte des russischen Einmarschs richtigerweise fest, daß die Amerikaner und die NATO die Kriegsauslöser sind. Eine Feststellung, die in Deutschland sofort zum Vorwurf des Putin-Verstehers und zur Ausgrenzung aus dem politischen Dialog führen würde. Viel wichtiger ist aber der Vorwurf de Gaulles an Angela Merkel, sie habe zugelassen, daß 16 000 bis 18 000 Menschen im

Donbass getötet wurden. Diese zweifelhafte Rolle Merkels, die sich aus ihrem am 7. Dezember von der *Zeit* veröffentlichten Interview ergibt, wird weltweit diskutiert und veranlaßte Putin zur Frage, ob man im Westen überhaupt noch jemanden trauen und Vereinbarungen treffen könne. Warum schweigt Merkel dazu? In der Tat ist eine Mitverantwortung Deutschlands an der fehlenden Umsetzung des Minsker Abkommens nicht zu leugnen. Und sie ist ein weiterer Grund dafür, daß die Bundesregierung ihre US-hörige Politik aufgeben und auf einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen drängen muß. (...)

Redaktionell gekürzt

Quelle: *NachDenkSeiten*, 6.1.23

# Doppelschlag der Ukraine und russische Antworten

Die RAND-Corporation, ein Beratungsgremium des US-Militärs, stellte fest: Den USA, der NATO, der EU und der Ukraine geht es mit ihren Provokationen und militärischen Handlungen gegen Rußland derzeit nur um Eskalation, um so Rußland aus der Ukraine herauszudrücken und ihre Stellung in der Welt zu erhalten. Diese Kriegskräfte verfügen aber nicht über den Willen und die Möglichkeiten zur Deeskalation. Über Letztere verfügt jedoch Rußland, weil es die Fähigkeiten besitzt, den militärisch provozierenden Westen von weiteren Eskalationen, die letztlich zu einem europäischen- oder weltvernichtenden Raketen-Kernwaffenkrieg mutieren können, abzuhalten.

Diese Aussagen sollten wir bei der Bewertung der Rolle Rußlands stets berücksichtigen.

In dem britischen Nachrichtenmagazin *The Economist* kann man von Selenskij's Generalen in einem Interview erfahren, „warum der Krieg in der Schwebe hängt“.

Noch vor kurzem hatten sich ukrainische Generale damit gebrüstet, von den Russen große Territorien in Charkow und Cherson zurückerobert zu haben und sind deshalb von einem totalen Sieg über Rußland überzeugt. Diese Haltung vertrat Präsident Selenskij bei seiner Rede vor dem US-Kongreß elf Mal. Die dabei angeführten Fakten wurden verfälscht. Es gab zwar Siege von Ukraine und NATO mit dem Rückeroberung von ukrainischen Territorien (3 %), aber mit hohen ukrainischen personellen Verlusten. Es waren Siege, die ihnen die SK der RF aus operativ-taktischen Überlegungen sowie mit mehr oder weniger Gegenwehr und mit geringen russischen personellen Verlusten überließen.

Weiter gaukelte Selenskij den glaubwilligen US-Kongreßmitgliedern vor, daß die Ukraine gesund und munter sei und sich niemals ergeben werde. Wie das gehen soll, bei der ansteigenden Zerstörung der Energiesysteme und solcher der kritischen Infrastruktur, bei fast vollständig außer Kraft gesetzter Industrie, bei dem mehrfachen Verlust der gesamten Armeebewaffung und der über 400 000 personellen Verluste sowie bei Millionen von Flüchtlingen, hat er weggelassen.

Er erklärte, daß die Ukraine, um Rußland zu besiegen, mehr Panzertechnik, Munition,

Flugzeuge und vor allem kriegsentscheidende Patriot-Luftverteidigungssysteme bräuchte. Selenskij versicherte den Kongreßmitgliedern, daß man diese Technik selber bedienen und einsetzen könne. Damit belog er den Kongreß und überschätzte die Möglichkeiten der Ukraine, besonders beim Einsatz und bei der Wiederherstellung ausgefallener High-Tech-Waffentechnik. Selenskij führte weiter aus, daß man das alles nicht nur alleine für die Ukraine tue, sondern für die Verteidigung der westlichen Werte und für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft, der die Ukraine angehören wolle u.a.m. Damit sprach er, um des benötigten Geldes und der Waffen wegen, von einer Ukraine, die es nicht gibt und verschleierte den faschistoiden Charakter der ukrainischen Staats- und Armeeführung. Wie ernst die besorgniserregende Lage der Ukraine wirklich ist, wurde den USA durch den selbstbewußten und von den US-Neocons und die US-Regierung hofierten General Saluschny – Befehlshaber des ukrainischen Militärs – im britischen *The Economist* recht deutlich klargemacht:

- Die Ukraine verfügt über 700 000 Soldaten, von denen aber nur 200 000 eine Kampfausbildung besitzen.
- Saluschny bestätigte, daß der ukrainischen Armee die Munition ausgeht.
- Die schweren Waffen seien knapp und er brauche dringend 300 Panzer, 500 Feldgeschütze und 800 Schützenpanzer.
- Die ihm zur Verfügung stehenden 2 Brigaden sind unzureichend für Offensiven in Richtung Melitopol und die Krim.
- Er spricht davon, daß seine Armee blutet und stellt fest, daß die russische Mobilisierung erfolgreich war, daß das russische Militär seine Stärke gezielt und effektiv ausbaut.
- Saluschny ist sich sicher, daß die mobilisierten russischen Soldaten zweifellos kämpfen werden.
- Er ist davon überzeugt, daß die Russen bei Bedarf relativ schnell eineinhalb Millionen Mann mobilisieren können.
- Und er meint, daß es eine große russische Winteroffensive im Februar 2023 geben wird.

Das ist ein realistischerer Ton als der des ukrainischen Goebbels bei dessen Biden-Besuch mit der Falschaussage, daß ein ukrainischer Sieg über Rußland unmittelbar bevorstehe.

Saluschny machte klar, daß der westliche Stellvertreterkrieg der Ukraine gegen Rußland an einer Weggabelung angelangt ist und der kollektive Westen jetzt vorbehaltlos in den Krieg einsteigen müßte, oder der Krieg ginge verloren. Wenn er aber alle die angeforderten Dinge bekäme, könnte er die Russen auf die Frontlinien vom 23. Februar 2022 – auf die Positionen vor der russischen Spezialoperation – zurückdrängen. In diesem Punkt scheint ihn sein bisheriger Realismus verlassen zu haben, denn die ab Mitte Januar 2023 erreichten russischen Durchbrüche, besonders bei Solidar und Bachmut, lassen die Hoffnungen der Ukraine auf die Zurückdrängung der SK der RF immer unwahrscheinlicher erscheinen.

Die Neocons in den USA und Großbritannien, die die Haupttriebkräfte dieses Krieges in der Ukraine sind, verfolgen das Ziel, Rußland zu ruinieren und wenden sich über den *Economist* direkt an die neokonservativen Sponsoren in Europa und den USA.

Diese Neocons und ihre ukrainischen Schützlinge haben ein großes Problem: Sie sind Opfer ihrer eigenen Propagandasiege und müssen jetzt zurückrudern, weil die Realität sie eingeholt hat.

Sie sind weit davon entfernt zu gewinnen, denn Rußland übernimmt im Rahmen einer strategischen und gestaffelten Verteidigung an einigen Frontabschnitten wieder die Initiative.

Das ist die eindeutige Botschaft Saluschnys. Es ist der Versuch, der westlichen Öffentlichkeit beizubringen, daß sie tatsächlich ohne militärische und finanzielle Hilfe des kollektiven Westens den Krieg in der Ukraine verlieren werden. Einen für die Ukraine vorteilhafteren Verlauf der Kampfhandlungen sieht Saluschny nur dann, wenn es gelänge, die USA und die NATO in diesen Krieg einzuziehen.

Aber diese Variante hatte es für die USA schon in Vietnam gegeben, und am Ende haben die USA, trotz des Einsatzes von 500 000 US-Soldaten, den Krieg verloren. Dabei war von Anfang an klar, daß sie in Vietnam nicht gewinnen konnten, wie sie auch jetzt in der Ukraine nicht gewinnen können.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Entsendung weiterer Panzertechnik, Kanonen und Patriot-LV-Komplexe aus dem Westen irgendetwas Grundsätzliches in der Ukraine ändern würde, außer daß das Töten, vor allem von Ukrainern und Russen, verlängert wird.

Es ist zwar derzeit für den Westen wegen der gelichteten Arsenale nicht möglich, Saluschnys Wunschliste vollinhaltlich zu erfüllen, aber die für 2023 bestätigte Hilfssumme der USA von 112 Milliarden US-Dollar (67 Milliarden geplante und 45 zusätzlich) und die in der zugesagten Lieferliste aufgeführte militärische Ausrüstung zeigen an, daß die ukrainischen und von den Neocons initiierten

## Verluste der ukrainischen/NATO-SK seit dem Beginn der russischen Spezialoperation an Bewaffung (Verteidigungsministerium der RF):

	19.6.	26.12.
Flugzeuge / Hubschrauber	339	544
Drohnen	1249	2731
Flugabwehrraketensysteme	344	399
Panzer u. gepanzerte Fahrz.	3683	7249
Reaktive Geschößwerfer	562	944
Feldartillerie und Granatwerfer	2043	3719
Spezialfahrzeuge	3715	7498

propagandistischen Steilvorlagen von den USA genutzt werden, um den Ukraine-NATO-RF-Konflikt bewußt zu eskalieren.

### Leistungsliste des neuen US-Militärhilfspakets (fast 2 Milliarden Dollar) für die Ukraine:

- Eine Patriot SAM-Batterie mit Raketen
- HIMARS-Raketen
- 500 Excalibur-Munition für gelenkte Artillerie
- 10 120-mm-Mörser und 10 000 Minen
- 10 82-mm-Mörser
- 10 60-mm-Mörser
- 37 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Cougar
- 120 HMMWVs
- sechs gepanzerte Lastwagen
- HARM Anti-Radar-Raketen
- Hochpräzisions-Flugzeugmunitions-Konversionssysteme (JDAMs)
- mehr als 2 700 Granatwerfer und Kleinwaffen
- Claymore Antipersonenminen
- Nachtsichtgeräte und andere optische Geräte
- Kommunikationssysteme
- persönlicher Schutz durch Rüstung
- 45 000 152-mm-Artilleriegeschosse
- 20 000 122-mm-Granaten

• 50 000 122-mm-Raketen für Grad-Mehrfachraketenwerfer

• 100 000 Stück 125-mm-Panzermunition

• sonstiges Material und Dienstleistungen

Aber trotz des von Selenskij mit unverantwortlichen und für die USA schmeichelhaften Aussagen ausgelösten mehrheitlichen Kongreßjubels, beginnen die Menschen in den USA, GB und der EU zu erkennen, daß sie es bei Rußland mit einem Gegner zu tun haben, der das Mehrfache an zusätzlichen Soldaten als die Ukraine aufbieten kann. Allein in den letzten Wochen hat die RF den SK für die Spezialoperation 200 T-90 M- sowie modernisierte T72- und T62-Panzer, Drohnen u.a. Kampftechnik geliefert und hunderttausende gut vorbereitete Soldaten an die Ukraine/NATO-Front gebracht.

Rußland, als eine der stärksten konventionellen und atomaren Militärmächte der Welt, welches seine Verteidigungsindustrie auf den neuen Bedarf eingestellt und internationale Netze für Waffen (Iran)-, Munition (KVDR)- und elektronische Komponenten (China und Belarus)-Lieferungen sowie für militärische Zusammenarbeit aufgebaut hat, kann jederzeit auf die westlichen Eskalationen vernichtend reagieren.

Dazu kann Rußland weltweit einmalige konventionelle und atomare Waffentechnik, wie

z.B. Zirkon-, Sarmat- und Avangard-Flugkörper, die mit Geschwindigkeiten von über 5-27 Mach wirkliche Hyperschallsysteme sind, sowie atomangetriebene Poseidon-Torpedos und neuste Systeme des funk-elektronischen Kampfes (z. B. gegen US-Satellitensysteme) einsetzen.

Dennoch nimmt das Risiko einer unkontrollierten Eskalation des Ukraine NATO-Russland-Konfliktes durch die Lieferung effektiver und komplizierterer westlicher Waffensysteme sowie durch den benötigten Einsatz von fachkompetentem NATO-Personal und kampferfahrenen NATO-Soldaten sowie Söldnern zu. Das alles führt zur Intensivierung sowie zur Verlängerung der Kämpfe und somit zum Anwachsen der personellen und materiellen Verluste, besonders der Ukraine und Rußlands, aber auch der USA und der NATO-Länder.

Diese ungezügelt eskalierende des Konfliktes kann sich aber auch zu einer größeren militärischen Auseinandersetzung in Europa sowie zu einem weltweiten Kernwaffenkrieg entwickeln. Aus diesen Gründen ist der Kampf für eine Beendigung des Ukraine-NATO-Russland-Konfliktes und für Verhandlungen derzeit die wichtigste Aufgabe aller friedensbewegten Bürger.

**Oberst a. D. Gerhard Giese**

## ZEILENKRIEGER\*

Einig, enig, deutsche Presse,  
Wenn es gegen Rußland geht.  
Emsig qualmt die deutsche Esse,  
Wenn der Wind auf Moskau dreht.

Deutsche Panzer müssen rollen:  
Marder und auch Leo zwei.  
Eifrig, eifrig in die Vollen.  
Washington hilft gern dabei.

Wlad Selenskij war bei Biden,  
Nah am River Potomac.  
Beide klagten über Leiden.  
Jeder übers eigne Leck.

Wladimir, der Ferngelenkte,  
Sah empor zum Amtskollegen,  
Thema war der angesengte  
Waffenspenderdollarsegen.

Joe erhoffte Dankbarkeit,  
Doch erhielt nur Gegenwind.  
Kiew-Chef sprach: „Tut mir leid,  
Geld reicht weder vorn noch hint.“

Also gab's zur Frontkampfhitze  
Von Konzernen an die Guten  
Doch noch eine Dollarspritze  
Für die Kraft zum Weiterbluten.

*\* Von Kriegsberichterstattem  
abgesehen, sitzen Journalisten  
ziemlich sicher an ihren  
Schreibtischen oder im Kaffeehaus.  
Die nebenstehenden Verszeilen  
sind den Ungefährdeten gewidmet.*

**Lutz Jahoda**  
15.1.2023



## Schöne neue Welt! (II und Schluß)

In seinem 1928 erschienenen Buch „Falsehood in Wartime“ beschrieb der britische Pazifist Arthur Ponsonby – 1. Baron of Ponsonby of Shulbrede, im 1. Weltkrieg Diplomat, vorher u.a. auch Privatsekretär von Königin Victoria – nach seinen Erlebnissen während des Krieges die „Prinzipien der Kriegspropaganda“. Er machte deren zehn aus. Sie lauten:

1. Wir wollen keinen Krieg.
2. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
3. Der Feind hat dämonische Züge.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache und nicht für eigennützige Ziele.
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten. Wenn uns Fehler unterlaufen, dann nur versehentlich.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.“

Er formuliert in seinem Vorwort dazu: „Der Mensch, so wurde gesagt, ist kein wahrheitsliebendes Tier“, doch ist seine Gewohnheit zu lügen nicht annähernd so außergewöhnlich wie seine erstaunliche Bereitschaft zu glauben. Tatsächlich ist es die menschliche Leichtgläubigkeit, die Lügen aufblühen läßt ...“<sup>1</sup>

Irgendwie kommt es mir so vor, als wenn die Bundesregierung diese Prinzipien als Merkblatt an alle Medien der Republik verteilen lassen hat, denn das Rauschen im papiernen als auch im elektronischen Blätterwald scheint, mit ganz wenigen Ausnahmen, nach jenen zehn Punkten organisiert zu sein. Das gilt aber genau genommen nicht erst seit dem 24. Februar letzten Jahres. Das galt auch schon beim Krieg gegen Jugoslawien, gegen den Irak, gegen Libyen, gegen Syrien, gegen den Terror ...

Das Fatale daran ist die Schaffung einer Parallelwelt in den Gedanken der Menschen. Seit Jahren wird uns eine Welt vorgegaukelt (müßte man eigentlich mich „ck“ schreiben, denn jener Gauck, ehemaliger Bundespräsidentendarsteller, prangert ja auch schläfrige deutsche Friedensseligkeit in Zeiten, in denen man Stärke zeigen solle, an), die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Das Neue seit einem Jahr ist nur die Hemmungslosigkeit, mit der die Regierenden die Regierten in Haftung nehmen für ihr Tun und zwar quasi unwidersprochen.

Seit Mitte der 90er Jahre befindet sich der „demokratische, freiheitliche Westen“ auf einem permanenten Kriegskurs. Zuerst noch indirekt, Zerfall Jugoslawiens, Scharmützel in der ehemaligen Sowjetunion, Berg

Karabach, Süd-Ossetien usw., in Zentralafrika, in Asien (wer erinnert sich noch an Timor), dann wieder im ehemaligen Jugoslawien, mit dem Ergebnis einer grotesken Zerstückelung, man denke an das Kosovo oder eine Republik Montenegro. Dann Kampf gegen den Terror, wo immer man ihn entfachte, und, und, und. Im Ergebnis zerstörte Länder zu Hauf, Millionen Opfer, sowohl als Folge der Kampfhandlungen als auch infolge der Sanktionen des Wirtschaftskrieges. Immer wird uns eingeredet, es ginge um Freiheit und, Menschenrechte (koste es Menschenleben, soviel es wolle), es ginge darum, daß die Menschen in jenen betroffenen Ländern endlich so leben könnten wie wir, die Krone menschlicher Entwicklung. Und seitdem wir uns an der Bombardierung Serbiens beteiligt haben, sind wir unmittelbar dabei. Letztendlich spielte es keine Rolle, ob mit oder ohne UNO-Mandat, zur Not mußte die NATO-Mitgliedschaft reichen, um die Menschen von ihrem schlimmen Schicksal zu erlösen.

Gegen die Mittelstreckenraketenstationierung, die Deutschland zum Kriegsgebiet gemacht hätte, gingen noch Hunderttausende auf die Straße. Gegen die Bombardierung Serbiens noch Zehntausende. Und heute sind nach jüngsten Umfragen mehr als 53 Prozent der Bundesbürger dafür, deutsche Leopard-Panzer in die Ukraine zu schicken. Ausgebildet werden ukrainische Soldaten schon lange in Deutschland, an der Panzerhaubitze, in Vorbereitung auf die Marderschützenpanzer und einiges andere mehr. Viele Militärs halten das schon für eine Form der Kriegsbeteiligung. Und wieviele Menschen sind für eine diplomatische Lösung des Konfliktes? Kaum 30 Prozent, und wieviele gehen dafür auf die Straße oder kämpfen anderweitig? Ein paar Hundert. Wir verhalten uns kollektiv wie jener Pawlowsche Hund, der irgendwann Speichelfluß bekam, wenn die Glocke läutete, weil monatelang beim Füttern die Glocke läutete.

Seit mehr als 20 Jahre lassen wir es uns gefallen, daß die jeweiligen bundesdeutschen Regierungen soziale Errungenschaften zurückdrehen. Z. B. Hartz IV, das jetzt schamhaft in Bürgergeld umfirmiert wurde. Gleichzeitig führt man Kampagnen gegen die dummen und faulen Sozialschmarotzer bei gleichzeitiger Erhöhung der Sozialabgaben für Kranken- und Rentenversicherung – aber natürlich nicht im gleichen Maße für die Firmeninhaber, nein, die Arbeitenden sollen es richten. Und damit sie nicht auf die Idee kommen, aufzubegehren gegen die, die sie ausnehmen wie Weihnachtsgänse, müssen neue Schuldige her.

Das wären dann die Flüchtlinge, die zu uns kamen, um uns alles wegzunehmen oder zumindest unsere Sozialnetze zu zerstören! Flüchtlinge aus jenen Ländern, in denen wir direkt oder indirekt Krieg führen, die wir seit Jahrzehnten neokolonial ausbluten lassen, denen wir unsere wirtschaftliche Logik und Geldpolitik oktroyieren, ohne uns

darum zu kümmern, zu welchem Elend das führt. Sollen sie doch zu Hause bleiben und sich weiter schröpfen lassen, sie können sich ja die Zeit mit weltweit verbreiteten Serien im Billig-TV vertreiben, lernen gleich noch Englisch dabei. Na also!

Und wir, die Krone humaner Entwicklung? Wir fühlen uns all jenen Schwarzen, Gelben, anders Redenden und Riechenden haushoch überlegen. Wir haben die Wahrheit und die Macht. Wer nicht ist, denkt und handelt wie wir, ist böse und schlecht. Unsere Feinde heißen Putin, Kim Jong-un, Maduro, Xi (obwohl wir nicht wissen, wie das gesprochen wird) und etliche andere.

Unsere Freunde sind Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani (wer es nicht wissen sollte, der Chef von Katar, sie wissen schon, Gas und Öl), Joseph Biden (sie wissen schon, Gas und Öl), Qassym-Schomart Toqajew (Chef in Kasachstan, nur Öl), König Salman ibn Abd al-Aziz (Chef in Saudi Arabien), Benjamin Nethanjahu (Chef in Israel, schlechtes Gewissen), Emmanuel Macron (Chef in Frankreich, moralisches und kulinarisches Vorbild und Konkurrent) und noch ein paar andere schöne Menschen. Schon weil ich bei unseren Freunden mehr schreiben mußte als bei den Feinden, *erkennen Sie*, wir wissen schon mehr über unsere Feinde. Scheinbar.

Das liegt an unserer guten humanistischen Bildung und natürlich am Internet, schließlich schaut statistisch gesehen jeder Funktelefonbesitzer täglich fast sechs Stunden auf sein Handy. Und wir kennen schließlich die Welt, fliegen alle wenigstens einmal im Jahr (natürlich nicht die Sozialschmarotzer, die nehmen das Auto) in fremde Länder, freuen uns über deutschsprechende Kellner, Schnitzel mit Kartoffeln (wer ist schon so mutig und ißt, was die Einheimischen essen) und wissen also Bescheid. Schließlich ist der deutsche Paß der anerkannteste in der Welt. Und die Regierung beschützt uns, nun auch vor der falschen Meinung, seit einem Jahr. Keine russischen Sender mehr, Feindpropaganda.

Aber hätte die wirklich eine Chance neben Dschungel-Camp, „Wer wird Millionär“, DSDS, „Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“, Tatorten und tausend anderen Krimis oder 24-Stunden-Live-Übertragungen in öffentlich-rechtlichen Sendern von Königinnenbegräbnissen, einschließlich tausend Stunden Berichte über den Bruderzwist durch ADELSEXPERTEN – und ich dachte, den gibt's gar nicht mehr. Ja, es ist schon gut so und dafür zahlen wir ja gern mehr für Sprit, Heizung und Strom, ist doch für den guten Zweck. Und solange in unseren Supermärkten hunderte Sorten Früchte aus aller Welt, Bio-Kost aus Rudolph-Steiner-Kommunen und zwanzig verschiedene Körnerbrötchensorten zu haben sind, ist unsere Welt in Ordnung.

Aber vielleicht sitzt unser Feind doch nicht im Ausland? Fragte schon Karl Liebknecht.

1 Arthur Ponsonby: Lügen in Kriegszeiten, Westendverlag, Frankfurt/Main 2022, Seite 11.

# Die Implosion der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) befindet sich in einer tiefen Krise wirtschaftlicher und politischer Natur. Sie wurde durch einen atlantischen Fundamentalismus ohne Vernunft verursacht. Die EU erlitt im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine einen „Kollateralschaden“, der den Traum vom „Europa von Lissabon bis Wladiwostok“ auslöschte.

Allzu bereitwillig holte man das rhetorische Arsenal der Russophobie aus den Archiven der 30er und 40er Jahre und lieferte der Kiewer Clique den Schlüssel zu deren Politik gegenüber Rußland. Sie wußte, daß die Selenski-Regierung ein korruptes und despotisches Regime mit Neonazi-Hintergrund ist, das die russische Kultur und Sprache mißachtet und unterdrückt. Diese Kiewer Clique verletzte die Minsker Vereinbarungen. Sie ist die Urheberin eines neunjährigen Gemetzels an der Bevölkerung des Donbass.

Der härteste Schlag für die EU ist der Abbruch der Handelsbeziehungen mit Russland. Sie gab einen Markt für Rohstoffe auf, dessen Preis- und Angebotsgestaltung günstig für die europäische Energiestabilität war. Das Manöver, die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu beenden, indem man eine noch größere Abhängigkeit von Ländern begann, die berüchtigt für politischen Druck und Marktspekulationen sind, war äußerst unklug. Brüssel erdrosselte die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie. Die Einstellung der

Gas- und Öleinkäufe aus Moskau bedeutete eine Erhöhung der Energieausgaben um das Vielfache. Sie belasten die Kassen der EU: Sie werden für einige Jahre der Grund für eine fortschreitende Abwertung des Euro sein. Schließlich wird dieser Unsinn zum größten Hindernis für die Bekämpfung der Armut auf kontinentaler Ebene. Sie betrifft 22 Prozent der Bevölkerung.

Die Entscheidung der EU, mit Moskau zu brechen, bedeutet, auf den eigenen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einfluß im eurasischen Raum zu verzichten. Sie verringert zudem Möglichkeiten der Verständigung mit China und schränkt ihre Einflußmöglichkeiten in den Ländern Nordafrikas ein. Letzteres bezieht sich auf die Rolle einer europäischen Armee, welche die außenpolitischen und strategischen Interessen der EU vertreten sollte, die mit der Ukraine-Krise endgültig verspielt wurde. Mit der Übergabe der politischen Vertretung und des Kriegsapparates an die NATO erfolgte die Beerdigung des militärischen Europas. Zu diesem Aspekt gibt es zweifelhafte Überzeugungen. Die eine besteht darin zu glauben, daß die USA Rußland und China besiegen könnten. Die Auffassung, sie wären regionale Mächte, die nicht in der Lage sind, Washingtons globaler Dominanz entgegenzuwirken, ist Unsinn. Die andere, ebenso irrige, sieht in der Militärmacht der USA den Schuttschirm des gesamten Westens. In ihren Entscheidungen spielen einzig und allein ihre eigenen Interessen und nie die des gesamten Westens die bestimmende Rolle. Ein Beispiel war die Flucht aus Kabul, ohne sich mit den europäischen Militärs abzustimmen. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU galt für die grundlegenden Entscheidungen in Brüssel immer die für die Annahme von Maßnahmen erforderliche Einstimmigkeit. Sie galt als das symbolische Element der Einheit des Kontinents. Die Regeln des atlantischen Bündnisses sind jedoch variabel. Wenn sie bequem sind, werden sie respektiert, wenn sie es nicht sind, werden sie ignoriert oder geändert. Die NATO-Führung, ihr Hauptquartier, befindet sich ebenfalls in Brüssel, beschloß die Rolle und die Regeln, welche die EU im Ukraine-Konflikt zu spielen und einzuhalten hat. Die Kommandowege sind kurz. Das Internetportal „de.statista.com“ veröffentlichte eine Liste über die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe

2022 weltweit. Danach verfügen die USA über 5 428 nukleare Sprengköpfe. Sie lagern mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur auf dem Territorium der USA, sondern auch auf den über 100 US-Militärbasen in Europa. Diese Stützpunkte und das dort gelagerte Teufelszeug, einst als Schutz des westlichen Europas gegen die Gefahr aus dem Osten proklamiert, bilden heute die Basis und das Arsenal der Kontrolle Washingtons über Europa.

Am 10. Januar 2023 unterschrieben NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Brüsseler Hauptquartier der NATO eine gemeinsame Erklärung. Aus ihr geht hervor, daß die EU und die NATO ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten noch enger als bisher miteinander verknüpfen wollen. Mit der Erklärung hat die Unterwerfung der EU unter den Willen Washingtons ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht.

Washington brachte Europa dazu, die Beziehungen zu Rußland abzubrechen und die Differenzen mit Peking zu vertiefen. Es verurteilte die EU zur Abhängigkeit von den USA im Energiebereich, stürzte die europäische Wirtschaft in eine tiefe Krise und schwächte damit einen bedeutenden Konkurrenten auf den Märkten. Washington überbrückte die Kluft zwischen dem US-Dollar und dem Euro. Es schuf die Bedingungen dafür, daß die EU in der bedrohten Festung des Westens Platz nehmen muß. Sie wurde gezwungen, sich der Sache des US-Unilateralismus anzuschließen, der die Berücksichtigung europäischer Interessen nicht vorsieht.

Die EU bietet ein erbärmliches Bild. Der ehemals reichste Markt der Welt wird zu einem Protektorat. Zu der historischen Definition, die Europa als wirtschaftlichen Giganten, aber politischen und militärischen Zwerg sah, ist der Verlust der Identität hinzugekommen. Der strategische Selbstmord ist vollendet, die Kolonisatoren von gestern sind zu den Kolonisierten von heute und morgen geworden.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

*Gestützt auf den gleichnamigen Beitrag des italienischen Schriftstellers und Journalisten Fabrizio Casari, den er für Visión Sandinista schrieb.*

## Frieden mit Rußland ist irdisch – der mit dem Mars, dem Mond doch nicht –

Jüngst schrieb jemand über den Mond  
Auch, wie ich hörte, mal über den Mars.  
Die beiden doch sind unbewohnt,  
Dies allerdings ward nicht betont.  
Ich dacht' mir drum, das war's.

Auf Erden wichtiger mir ist,  
Daß Frieden um uns sei.  
Und nicht mit arger Hinterlist  
In der Ukraine manch Faschist  
Agiert mit kriegerischem Blei.

Die NATO selber, wie noch nie,  
Gen Rußland rüstet auf  
Mit deutscher Rüstungsindustrie.  
Ja, es braucht nicht viel Phantasie  
Zum weiteren Verlauf.

Für Rußland, da entscheid ich mich  
– nicht für die USA,  
Die ungehemmt weltherrschaftlich  
Benutzen uns und unterm Strich  
War mir der Mars nie nah.

Auch schau ich mir den Mond mal an  
Bei Ebbe, wie bei Flut,  
Doch schlägt mich Frieden in den Bann  
Mit Rußland, den man haben kann  
Und muß! Nur das ist gut!

E. Rasmus

## Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit

Unser Jahrzehnt der Extreme:  
Ukraine-Krieg und Klimakrise

Michael Müller, Peter Brandt, Reiner Braun

Ein regionaler Konflikt hat eine geostrategische Bedeutung erlangt, weil nicht die Sprache der Vernunft und Diplomatie gesprochen wird, sondern die des Militärs. Statt einer Militarisierung der Welt brauchen wir eine europäische Initiative für Frieden. Die europäische Selbstbehauptung verlangt gemeinsame Sicherheit, die auch entscheidende

Weichen für die künftige Weltordnung stellt. Sie wird nicht zuletzt zur Überlebensfrage für die globale Klimakrise, die mehr Gemeinsamkeit notwendig macht, andernfalls drohen erbiterte Verteilungskämpfe und neue Kriege.

Verlag: Westend, 170 Seiten,  
Preis 20 Euro, ISBN: 13: 9783864893



# Wir verbringen unser Leben in einer gefährlichen Welt

*Ich bin aufgewachsen als Sohn  
Wohlhabener Leute. Meine Eltern haben mir  
Einen Kragen umgebunden und mich erzogen  
In den Gewohnheiten des Bedientwerdens  
Und unterrichtet in der Kunst des Befehlens.  
Aber  
Als ich erwachsen war und um mich sah  
Gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht.  
Nicht das Befehlen und nicht das  
Bedientwerden.  
Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich  
Zu den geringen Leuten.*

## Bertolt Brecht

(10. Februar 1898 bis 14. August 1956)

Ich bin geboren in Augsburg (Deutschland) als Sohn eines Fabrikdirektors und studierte Naturwissenschaften und Philosophie an den Universitäten von München und Berlin: Zwanzigjährig, als Sanitätssoldat im ersten Weltkrieg, schrieb ich eine Ballade, die das Hitlerregime fünfzehn Jahre später als Grund meiner Ausbürgerung angab: Das Gedicht bekriegte den Krieg und jene, die ihn zu verlängern wünschten. Ich wurde Stückeschreiber. Deutschland schien eine Zeitlang auf dem Weg zur Demokratie. Es gab Freiheit der Rede und des künstlerischen Ausdrucks.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre jedoch gewannen die alten reaktionären militärischen Kräfte wieder Boden. Ich war damals auf der Höhe meiner Laufbahn als Stückeschreiber, mein Stück „Die Dreigroschenoper“ wurde über ganz Europa hin aufgeführt. Aber in Deutschland wurden schon Stimmen gehört, welche die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks und der Rede beseitigt haben wollten. Humanistische, sozialistische, selbst christliche Ideen wurden „undeutsch“ genannt, welches Wort ich ohne die wölfische Intonation Hitlers kaum noch denken kann. Zur gleichen Zeit wurden die kulturellen und politischen Institutionen des Volks wütend angegriffen.

Die Weimarer Republik hatte bei all ihren Schwächen einen kräftigen Wahlspruch, anerkannt von den besten Schriftstellern und Künstlern aller Art: „Die Kunst dem Volke“. Die deutschen Arbeiter, deren Interesse für Kunst und Literatur in der Tat groß war, bildeten einen besonders wichtigen Teil des allgemeinen Publikums, der Leser und Theaterbesucher. Ihre Leiden in einer katastrophalen wirtschaftlichen Krise, die ihren kulturellen Standard mehr und mehr bedrohte, und die wachsende Macht des alten, militaristischen, feudalen, imperialistischen Abhubs alarmierten uns. Ich begann Gedichte, Lieder und Stücke zu schreiben, welche wiedergaben, was das Volk fühlte und seine Feinde angriffen, die nun offen unter dem Hakenkreuz Adolf Hitlers marschierten. Die Verfolgungen auf dem Gebiet der Kultur nahmen gradweise zu. Bekannte Maler, Verleger und Zeitschriftenherausgeber wurden gerichtlich verfolgt. An den Universitäten

wurden politische Hexenverfolgungen inszeniert, gegen Filme wie „Im Westen nichts Neues“ Kesselreiben veranstaltet. Die waren natürlich nur Vorbereitungen zu drastischeren Maßnahmen. Als Hitler die Macht ergriff, verbot man Malern das Malen, Schriftstellern das Schreiben, und die Nazipartei riß die Verlage und Filmstudios an sich. Aber selbst diese Anschläge auf das kulturelle Leben des deutschen Volkes waren nur ein Beginn. Sie wurden ersonnen und ausgeführt als geistige Vorbereitung des to-



Denkmal Brechts von Fritz Cremer vor dem Berliner Ensemble

talen Kriegeres, welcher der totale Feind der Kultur ist. Der folgende Krieg machte mit all dem ein Ende. Das deutsche Volk lebt jetzt ohne ein Dach über dem Kopf, ohne zureichende Nahrung, ohne Seife, ohne die baren Grundlagen der Kultur.

Zu Beginn waren nur wenige Leute imstande, die Verbindung zwischen den reaktionären Einschränkungen auf dem kulturellen Gebiet und dem endgültigen Anschlag auf das physische Leben des Volkes selbst zu sehen. Die Anstrengungen der demokratischen, antimilitaristischen Kräfte erwiesen sich als viel zu schwach. Ich mußte Deutschland im Februar 1933, am Tag nach dem Reichstagsbrand, verlassen. Ein Exodus von Schriftstellern und Künstlern begann, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hatte. Ich ließ mich in Dänemark nieder und widmete von nun an meine gesamte literarische Arbeit dem Kampf gegen Nazismus, Stücke und Gedichte schreibend.

Einige Gedichte wurden in das Dritte Reich eingeschmuggelt und die dänischen Nazis, unterstützt von Hitlers Gesandtschaft, begannen bald, meine Deportation zu verlangen. Die dänische Regierung lehnte dies ab. Aber im Jahre 1939, als der Krieg bevorzustehen schien, zog ich mit meiner Familie nach Schweden. Ich konnte nur ein Jahr bleiben. Hitler fiel in Dänemark und Norwegen ein. Wir setzten unsere Flucht nach Norden fort und gelangten nach Finnland. Hitlers Truppen folgten. Finnland war schon voll von Nazidivisionen, als wir 1941 nach Amerika ausreisten. Wir durchqueren die UdSSR im Sibirischen Express, der deutsche, österreichische, tschechische Flüchtlinge trug. Zehn Tage, nachdem wir Wladiwostok auf einem schwedischen Schiff verlassen hatten, fiel Hitler in der UdSSR ein. Das Schiff lud Kopra in Manila. Einige Monate danach fielen Hitlers Verbündete in dieser Insel ein.

Ich vermute, daß einige meiner Stücke und Gedichte, geschrieben in der Periode des Kampfes gegen Hitler, den Ausschuß des Kongresses veranlaßt haben, mich hierher zu zitieren. Jedoch fühle ich mich berufen, vor dem Kongreßausschuß gegen unamerikanische Betätigung zum erstenmal versucht, ein paar Worte über amerikanische Angelegenheiten zu äußern. Zurückschauend auf meine Erfahrungen als Stückeschreiber und Dichter in dem Europa der beiden letzten Jahrzehnte möchte ich sagen, daß das große amerikanische Volk viel verlieren und viel riskieren würde, wenn es irgend jemandem erlaubte, den freien Wettbewerb der Ideen auf kulturellem Gebiet einzuschränken oder gegen die Kunst einzuschreiten, die frei sein muß, um Kunst zu sein. (...)

Wir verbringen unser Leben in einer gefährlichen Welt. Der Stand unserer Zivilisation ist ein solcher, daß die Menschheit schon alle Mittel besäße, überaus reich zu sein, aber in der Gänze noch immer mit Armut geschlagen ist. Große Kriege sind erlitten worden, größere stehen, wie wir hören, bevor. Einer von ihnen mag sehr wohl die Menschheit in ihrer Gänze verschlingen. Wir mögen das letzte Geschlecht der Spezies Mensch auf dieser Erde sein. Die Ideen darüber, wie man die neuen Produktionsmöglichkeiten benutzen könnte, sind nicht sehr entwickelt worden seit den Tagen, als das Pferd tun mußte, was der Mensch nicht konnte. Denken Sie nicht, daß in so mißlicher Lage jede neue Idee sorgfältig und frei untersucht werden sollte? Die Kunst kann solche Ideen klarer und sogar edler machen.

**Bertolt Brecht**

*Anrede an den Kongreßausschuß für unamerikanische Betätigungen, 1947, Auszug*

*Entnommen den „Roten Kalenderblättern“, DKP-LV Brandenburg, Februar 2003*

# Ein Abschied

Alles, was ich künftig schreibe, wird nicht mehr auf deutschem Boden geschrieben. Um mit Worten für ein Deutschland einzustehen, das den Völkern wie sich selbst ein Segen, kein Fluch ist, scheint es abermals geboten, zu gehen. (...)

Wenn ich jetzt gehe, ist es eine andere Art von Aufbruch. Jener, bei dem man sich zuvor fragt: Ist es eine Kapitulation? Bei dem man sich vorab schon Sorgen macht um die, die zurückbleiben. Ein Aufbruch, der von dem Wunsch geprägt ist, nützlich bleiben zu können.

Als diese Bundesregierung den Sanktionen zustimmte, bei denen nur der Dümmsie nicht begreifen konnte, daß sie dieses Land im günstigsten Fall schwer schädigen, im schlimmsten zugrunde richten, gab es keinen Sturm der Entrüstung. Der Verrat wurde nicht Verrat genannt. Das Land, das einmal für seine genaue Sprache, für seine scharfen Definitionen bekannt war, hat nicht einmal mehr Worte, um das richtig zu benennen, was geschieht. (...)

Wäre das alles, es wäre noch kein Grund zu gehen. Ich bin in Bayern aufgewachsen, in München, und habe schon mit zwölf kommunistische Flugblätter verteilt. Das verschafft ein ziemlich dickes Fell. (...)

Daß mich gerade dieses dicke Fell über einige Tatsachen hinwegtäuscht hat, erkannte ich erst im Zusammenhang mit dem Putsch in der Ukraine. Einige Wochen vor Odessa gab es eine Anti-Maidan-Demonstration in Saporoschje, die von Maidan-Anhängern eingekesselt und über Stunden hinweg mit allen möglichen Dingen beworfen wurde. Ich sah auch diesen Tag im Stream. Es war eine Stimmung, die schon Gewalt mit einschloß, aber gerade noch vor Mord zurückschreckte. (...) Der Kommentar, der nebenher lief und den ich Abschnitt für Abschnitt durch den Übersetzer schaufelte, um überhaupt verstehen zu können, was da geschah, war voller Empörung: „Das ist Faschismus.“

Ich habe schon genug darüber geschrieben, wie das Massaker von Odessa der Moment wurde, an dem sich die Welten trennten. Was damit und danach passierte, das Ausmaß der blanken Lüge in Medien und Politik, überraschte mich dennoch. So wie der feste Wille, den Faschismus in der Ukraine zu übersehen, der bis tief in die Reihen jener reichte, die sich als links definieren, und der inzwischen noch tiefer reicht. Ich trieb mich auf russischen Blogs herum und versuchte, mich mit automatischen Übersetzungen in dieser fremden Welt zurechtzufinden und zu überprüfen, ob meine Wahrnehmung des ukrainischen Geschehens stimmte. Was ich las, erinnerte sehr an deutsche Berichte aus den Jahren 1933 und 1934. Selbst die Videos, wie Anhänger des rechten Sektors die Sitzungen von Kommunalparlamenten stürmten, wirkten wie Aufnahmen der SA. Wenn es etwas gibt, wozu die deutsche Geschichte verpflichtet, dann ist es, dem Nazismus entgegenzutreten. Das war schon vor acht Jahren nicht simpel, denn die Formulierung „gegen rechts“ hatte bereits jede

wirkliche Analyse des Faschismus ersetzt und machte völlig blind dafür, daß der Unterschied zwischen Konservativen und Faschisten im Kampf gegen den Faschismus der zwischen möglichen Bündnispartnern und Feinden ist. Das zeigt die Geschichte des deutschen Widerstands und auch die Geschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland, das noch während des Krieges die Vorarbeiten für eine vom Nazismus befreite Gesellschaft begann.

Ein Grund, warum die deutsche Linke so blind für den wirklichen Verlauf der ukrainischen Frontlinie und so bereit ist, sich vor den gänzlich falschen Karren spannen zu lassen, ist die völlige Unkenntnis dieser Geschichte. Es lebt sich bequemer damit, die Existenz der Nation zu verleugnen, als sich auf das beständige Ringen darum einzulassen. Denn das erfordert einen politischen Einsatz, der nicht flüchtig von Empörung und Moden bestimmt wird, sondern Zähigkeit, Lernwillen und Opferbereitschaft voraussetzt.

Das „Rechts“, gegen das man sein will, wird sehr oberflächlich definiert, ohne Betrachtung realer Interessen, und es wird nicht einmal tatsächlich dagegen gekämpft, was den Willen zu überzeugen mit einschloße, sondern nur ausgegrenzt. Dabei ist es immer die aktuelle politische Mode, die die Linie vorgibt; sei es Klima, sei es Migration, sei es die Frage von Krieg und Frieden. So billig ist wirklicher Antifaschismus nicht zu haben. Da geht es tatsächlich gegen die Negation des Menschlichen, und um dagegen zu bestehen, muß man sich der eigenen Menschlichkeit gewiß sein. (...)

Diese Maßstäbe des Menschlichen sind verlorengegangen in Deutschland. Das, was augenblicklich gegen Rußland vorgetragen wird, wäre nicht möglich, wenn man sich der Tatsache bewußt wäre, daß der größte Sieg der Roten Armee darin bestand, keine Rache geübt zu haben. Für über tausend zerstörte Städte. Für vier Jahre erbitterten Kampfes. Für die Abermillionen Opfer der deutschen Besatzung. Es ist dieser Sieg, diese verschwiegene Tatsache, die den Triumph der Roten Armee im wahrsten Sinne zu einem Sieg der Menschheit gemacht hat und die gleichzeitig dazu führt, daß jede Schmälerung dieser Leistung zugleich eine Abkehr von der Menschlichkeit selbst ist.

Aber zurück in die Gegenwart. Selbst der Wahn und die Kriegstreiberei in den Medien dieses Landes und diese vielen hysterisch Eingenordeten wären eher eine Frage des Ertragenkönnens. Die Erosion des Rechts ist es, die letztlich entscheidet, an welchem Punkt sich das Land befindet. Der demokratische Zustand eines bürgerlichen Staates verschwindet nicht in einem Schritt. Er bröckelt. Die tragenden Mauern werden Stück für Stück schwächer, bis der Rest des Gebäudes auf einen Schlag zusammenbricht. Der Weg zu Adolf Hitler hatte über Heinrich Brüning und Karl Zörgiebel geführt. (...)

Das Tempo erhöht sich immer weiter. Wenn die taz, die einmal als Gegenprojekt zur Konzernpresse gegründet worden war, einen

faschistischen Text druckt, weil die Autorin gegen Putin ist, zeigt das, wie tief der Verfall vorgedrungen ist. Am 9. Mai am sowjetischen Ehrenmal die sowjetische Fahne zu verbieten, das ist nicht einfach nur eine Verzerrung der Geschichte. Es ist eine Entscheidung in der Gegenwart, die anhand eines historischen Musters getroffen wird. So war es 2014 in der Ukraine. Die Geschichte kann Vorbilder liefern, aber die Entscheidung bezieht sich immer auf das Heute und trägt in ihm ihre Früchte.

Sich an die Seite von „Asow“-Kämpfern zu stellen, ist nichts anderes, als Franco zu unterstützen oder kolumbianische Todesschwadronen. Solcher Dinge hat sich der Westen all die Jahrzehnte über schuldig gemacht. Er tat es meist im Verborgenen, gegen die offizielle Erzählung von Demokratie und Rechtsstaat. Jetzt aber wird eine aktive Zustimmung gefordert; die NATO mitsamt ihren braunen Handlangern ist Staatsdoktrin, auf die ein Schwur verlangt wird, und es werden die passenden Gesetze geschneidert, um jeden Widerstand zu unterbinden. (...)

Jetzt wird ein Paragraf, der sich auf Regierungshandeln bezieht, auf Meinungsäußerungen angewandt. Die Verwischung der Grenze zwischen Meinung und Handlung ist allerdings ein Merkmal, das die Nazijustiz ausgezeichnete hatte. Roland Freislers Volksgerichtshof hatte für Meinungen Todesurteile verhängt. Daß nun eine Rechtsfolge der Nürnberger Prozesse genutzt wird, um sich den Praktiken der dort ebenfalls verurteilten faschistischen Justiz anzunähern, zeigt, wo eine Verdrehung der Geschichte endet.

Es wird Nacht über Deutschland, aber ich will und werde mich dieser Dunkelheit nicht beugen. Doch meine Waffe ist das Wort; und hier wird versucht werden, sie mir und meinesgleichen aus der Hand zu nehmen. (...)

Wenn ich darüber nachdenke, wie sich all jene gefühlt hatten, die damals gegangen waren – Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Therese Giehse, Thomas Mann, Oskar Maria Graf, Anna Seghers, Kurt Tucholsky – was in ihnen vorgegangen war angesichts eines Landes, das plötzlich mit Hakenkreuzfahnen gespickt gewesen ist, frage ich mich, ob es dieselbe Mischung aus Unwirklichkeit und Ekel war, mit der ich heute dieses Blau-Gelb sehe, mit der ich diese kriegslüsternen Zeilen der Tagespresse lese. Ob sie auch diese zwei Stimmen hörten, die eine, die sagt: „Es ist noch nicht so schlimm“, und die andere, die zum Aufbruch drängt. (...)

Ich hoffe, daß ich ein Stück des anderen Deutschland retten kann, so wie sie es retten konnten.

Wenn ich durch Moskauer Straßen gehe statt durch Münchner oder Berliner, liegt mein Weg wieder über jenen der Vergangenheit, anders und doch gleich. Vielleicht gibt es auch den dritten Berührungspunkt einer Rückkehr und eines Neuanfangs.

Dagmar Henn

Quelle: Freidenker, Mai 2022

Redaktionell gekürzt

# Wohlstand? Kann weg!

*Energie, Rohstoffe, Fachkräfte, Inflation: Deutschland steht 2023 vor existenziellen Herausforderungen. Doch mit der Realität steht die Obrigkeit auf Kriegsfuß.*

**W**under über Wunder: Anfang 2023 sollte die Erdölleitung „Freundschaft“ mit Endpunkt Schwedt an der Oder kein Öl mehr aus Rußland erhalten. In der zweiten Januarwoche meldet das in der BRD als Feindsender verortete Portal „Russia Today“ (RT), daß aktuell noch die Hälfte der bisherigen Menge aus der Röhre laufe. Immerhin. Aber wie lange noch?

Kein Wunder scheint, daß bereits diese Menge dazu führte, daß Benzin in Ostdeutschland inklusive Berlin knapp und deshalb auch teurer wurde. Die Frage stellt sich: Wann wird es rationiert wie in Sri Lanka? Die Belegschaft des PCK Schwedt, ein inzwischen von den Großmächtigen in Berlin faktisch enteignetes Unternehmen des russischen Rosneft-Konzerns, soll teilweise in Kurzarbeit verharren. Vom Wirtschaftsrunderminister Robert Habeck (Grüne) versprochene Ersatzlieferungen (u. a. aus Polen) blieben laut RT bislang aus.

Inzwischen sind in Berlin und Brüssel einschlägige Gebetskreise (Bundesregierung und EU-Kommission) mit Inbrunst dabei, um ein Anhalten des frühlinghaften Winterwetters zu flehen. Energie sparen heißt die Losung. Vielleicht werden sie sogar erhört – was von entsprechenden Zweitgebeten für den Sieg der Ukraine über Rußland eher unwahrscheinlich ist.

## Fehlender Realitätssinn

Das sind nur Schlaglichter, die Teile einer Wirtschaftsszene abbilden, um deren Zukunft es nicht gut aussieht. Deutschland, das nach Angaben des Internationalen Währungsfonds mit seiner Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) 2021 weltweit auf Platz 4 (nominales BIP) bzw. Platz 5 (kaufkraftbereinigtes BIP) rangierte, steht anscheinend vor einem länger anhaltenden Abstieg.

Hauptgründe: Die Zyklen von Warenproduktion und Dienstleistungen (Entstehung, Verteilung, Verwendung) sind offenbar nachhaltig gestört. Das liegt zunächst an der allgemeinen Krise des Kapitalverwertungssystems (Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, tendenziell sinkende Profitrate u. a.). Zwar hat sich der Kapitalismus historisch als bislang dynamischste und erfolgreichste Gesellschaftsformation erwiesen. Dennoch schafft auch dieses System permanent unlösbare Widersprüche (schuldenfinanziertes Wachstum auf ewig, Kapitalisierung imaginärer zukünftiger Gewinne in der Gegenwart). Auslöser sind nicht zuletzt die handelnden Personen – Kapitaleigner sowie deren Helfer in Politik, Wissenschaft und vor allem den „Qualitätsmedien“. Und ja, dem „Westen“ fällt es zunehmend schwerer, die objektive Realität überhaupt wahrzunehmen.

Wurde einst auf sinkende Profitraten mit erhöhter Ausbeutung, schärferen Repressionen und gar mit Kriegen reagiert, setzt der „moderne“ Kapitalismus immer stärker auf Propaganda und Manipulation. Das politische System mit Shareholdern und vor allem Stakeholdern nimmt zunehmend feudalistische Züge an (gut sichtbar an den Privilegien der sogenannten Europäischen Institutionen der EU). Propaganda und Gesundheitsbeten zeigen derzeit ein Ausmaß, das selbst gestandene Marxisten überraschen kann. Immerhin reicht es aus, große Teile der Bevölkerung politisch zu sedieren (und womöglich sogar „im Schlafwagen“ in einen neuen Weltkrieg zu führen).

NATO und EU haben die Ukraine-Krise verursacht (Maidan-Putsch; strategische Zurückdrängung Moskaus etc.) Seit Beginn der russischen militärischen Reaktion auf die Bestrebungen des Westens, das Land ökonomisch und militärisch einzukreisen und zu strangulieren, haben die Politikverantwortlichen der EU sofort eskaliert. Mit Sanktionen und Waffenlieferungen brachten Berlin und Brüssel eine Zündschnur an, die den eigenen Laden zur Explosion bringen kann: Die neue Energiekrise, gekoppelt mit einer galoppierenden Inflation. Washington freute sich.

## Produktivkraft Mensch

Kapitalfunktionäre und Regierende mit Realitätsverlust sowie eine schläfrige Masse sind Krisenauslöser. Sie beweisen aber auch, daß die Entwicklung der Hauptproduktivkraft Mensch erlahmt ist. Realitätsverweigerung hat über Schulen und Universitäten, Medien und den offiziellen Kulturbereich auch die arbeitende Klasse erfaßt – zu eng fokussierte und opportunistische Gewerkschaften inbegriffen.

Im Westen redet man gerne vom Wohlstand (bei Lenin hieß es noch Wohlfahrt). Doch der ist kein Ergebnis von Wunschenken. Preisgünstige Energie, eine intakte Infrastruktur, hohes Bildungsniveau und innovative Wissenschaften sind elementare Bestandteile für hohe Profite. Fällt das weg, flüchtet das Kapital. Das gilt für alle. Ausgerechnet beim langjährigen „Exportweltmeister“ Deutschland (PISA, Wohnungsmangel, kaputte Straßen, verlorengangene Fähigkeiten wie beim Flughafenbau) krankt es daran. Plötzlich klagen Lobbyverbände und Wirtschaft laut über Fachkräftemangel. Der war seit Jahren absehbar. Gegensteuern war nicht kompatibel mit den ideologischen Vorgaben der Merkel-Zeit (Einwanderung beseitigt das Problem/ unser Bildungssystem ist super). Außerdem hätte es die finanziellen Ressourcen überstrapaziert und zur Umgehung genötigt. Heute wartet man auf Handwerker lange bis ewig, Kleinbetriebe schließen, weil sie in der Zange von Energiekosten, Steuerlast und fehlenden Facharbeitern zerrieben werden. Und Konzerne wie der Chemieriese BASF denken über Flucht nach.

Naturgesetze wirken unabhängig vom Menschen, gesellschaftliche Gesetze indes durch dessen massenhaftes Handeln (oder auch Nichthandeln). Das hat die BRD-Gesellschaft in der Merkel-Ära nicht daran gehindert, eine interessante Doppelstrategie bei der „Energiewende“ zu forcieren. Ausstieg aus der Atomwirtschaft, ein bevorstehendes Aus von Kohle- und Ölverbrennung parallel zu dem Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien. Windkraft, Sonne, nachwachsende Rohstoffe und aktuell Wasserstoff bilden eine populäre Quadriga. Diese kann eine sinnvolle Ergänzung für Energiesicherheit sein – aber nicht energetische Basis für eine exportorientierte und rohstoffarme Wirtschaft.

## Knallharte Gesetze

Ökonomische Haupttriebkraft der Entwicklung im Kapitalismus ist die Konkurrenz („sozialverträglich“ auch als „Wettbewerb“ bezeichnet). Große Spieler im globalen Wettstreit werden absehbar weiter auf „billige“ Energieträger setzen. Aus dem Gefälle zwischen geschätzt drei US-Cent für eine Kilowattstunde Strom in China und 20 subventionierten Cent in Deutschland ergibt sich eine einfache Schlußfolgerung: Waren aus der BRD werden zu teuer. Hinzu kommt das, u. a. durch Wohnungsmangel, Mietpreiswucher, steigende Lebenshaltungskosten und erhöhter Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in die Höhe getriebene Lohnniveau. Und der Staat versinkt im Schuldensumpf.

Die Hauptkonkurrenten von BRD und EU werden sich nicht am kollektiven Wirtschaftsselbstmord beteiligen. So baut China zwar mit erhöhtem Aufwand Solar- und Windkraftanlagen aus. Sie werden dort aber tatsächlich als Ergänzung zu Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken betrachtet. Und dann ist da noch das gestiegene Mißtrauen gegenüber den USA. Rohstoffreiche und bisher eher dem Westen zugeneigte Staaten, wie Saudi-Arabien, Türkei und VAE, aber auch Algerien und Indonesien, haben 2022 ihr Interesse an einem Beitritt zum BRICS-Verbund (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) angemeldet. Daß sie damit Washington desavouieren, nehmen sie in Kauf. Auch die noch eng an die USA gebundenen Industrieländer Japan und Südkorea versuchen unterhalb des öffentlichen Radars ihre Energiezukunft nicht von Washingtons Gnaden abhängig zu machen. Für die EU wirken diese Tendenzen fatal. Nicht nur, weil die globale Konkurrenz zunehmend erstarkt. Einer der Hauptpfeiler des Brüsseler Nichtregierungsapparates (mit garantiertem permanentem Inflationsausgleich für die Legion der Eurokraten) ist und bleiben die Nettozahlungen aus Deutschland, die seit dem Brexit deutlich gestiegen sind. Rutscht aber die BRD in eine existenzielle Krise, dürfte das Konstrukt in noch schwereres Wasser geraten.

**Klaus-Dieter Fischer**

Berlin

# Flüchtlingsströme und andere Wahrheiten

Am 15. November 2022, Dienstagmorgen, schlug eine Rakete auf polnischem Territorium im Ort Przewodów, nahe der Grenze zur Ukraine, ein. Durch die Explosion in einem landwirtschaftlichen Betrieb kamen zwei Menschen ums Leben. Das G20-Gipfeltreffen (15.–16. 11.2022) hatte gerade erst begonnen, als diese Nachricht verbreitet wurde. Welch Zufall! Noch in der Nacht bestellte die polnische Regierung den russischen Botschafter ein und behauptete, daß Rußland verantwortlich wäre. Die USA bestätigten jedoch gegen 20.30 Uhr Berliner Zeit, daß es keine Belege dafür gebe, daß die Explosion durch russische Raketen ausgelöst worden sei. In unseren „Wahrheitsmedien“ wurde jedoch bereits ein Propagandasturm losgetreten, daß Rußland Polen und somit die NATO angegriffen habe. Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann schoß in diesem Zusammenhang wieder einmal den Vogel ab und behauptete auf Twitter: „Nicht nur haben russische Raketen offenbar Polen und damit NATO-Gebiet getroffen, sondern auch zu Toten geführt. Das ist das Rußland, mit dem hier einige offenkundig und absurderweise immer noch „verhandeln“ wollen. Der Kreml und seine Insassen müssen sich umgehend erklären.“<sup>1</sup> Sie löschte den Beitrag, als sich herausstellte, daß es sich um eine ukrainische Rakete eines S-300-Flugabwehrsystems handelte. Mit dem S-300-Flugabwehrsystem, wie es die Ukraine nutzt, können Luftziele bis zu einer Entfernung von 75 Kilometern in 25 Kilometer Höhe abgeschossen werden. Die nächste russische S-300-Einheit steht jedoch in Weißrußland, 132 Kilometer vom Einschlagsort in Polen entfernt. Nach internationalen Meinungen waren russische Abfangraketenanlagen viel zu weit entfernt. Außerdem verwendet die russische Armee nicht den alten Abwehrraketentyp, dessen Trümmer in Polen aufgefunden wurden. Diese verwendet jedoch die ukrainische Armee!

Eigentlich müßte jetzt Klarheit herrschen, wessen Rakete in Polen explodierte. Trotzdem bestritten der ukrainische Präsident und seine Leute die Realität und beschuldigten Rußland. Gleichzeitig forderte Selenskij eine Beteiligung an den Untersuchungen – vielleicht um das bisherige Ergebnis zu beeinflussen? „Etwas“ eigenartig wirkte dieses beharrliche Festhalten an der Version einer russischen Rakete schon. Wie „zufällig“ fällt ein niederländisches Gericht in Amsterdam Urteile gegen drei Männer (zwei Russen und einen Ukrainer), die angeblich für den Absturz des Passagierflugzeugs MH17 am 17. Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur und den Tod der Passagiere verantwortlich wären. Das Gericht behauptete, daß die

Maschine der Malaysia Airlines mit einer russischen Luftabwehrrakete vom Typ Buk über der Ostukraine abgeschossen wurde. Es gibt jedoch klare Hinweise, die beweisen, daß es sich nicht um eine russische Luftabwehrrakete handelte. Ansonsten weist das Trefferbild darauf hin, daß keine russische Buk-Rakete benutzt wurde. Es handelte sich um eine Luftabwehrrakete alten Typs, die die Ukraine für ihre Buk-Luftabwehranlagen verwendet. Außerdem ist es unmöglich, daß drei Personen das komplexe Luftverteidigungssystem Buk bedienen können. Dafür bedarf es einer gut ausgebildeten Mannschaft mit entsprechendem Fachwissen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Weigerung der USA, Satellitenbilder von der Region zum Zeitpunkt des Abschusses freizugeben. Mit großer Wahrscheinlichkeit würden diese Aufnahmen beweisen, daß die ukrainische Armee direkt die Verantwortung für den vorsätzlichen Tod von 298 Menschen trägt. Im übrigen hatte die Ukraine den Luftraum über dem Kriegsgebiet für den zivilen Luftverkehr nicht gesperrt. Bei der „Urteilsbegründung“ stützte sich das niederländische Gericht bei seinen „Untersuchungen“ auf den geheimdienstlich gesteuerten Rechercheverbund „Bellingcat“.<sup>2</sup> Diese „Firma“ wurde bzw. wird u.a. durch die Open Society Foundations des US-Milliardärs George Soros und die National Endowment for Democracy, ein offizieller Propagandaarm der CIA, finanziert.<sup>3</sup> Die Komplexität verschiedener Sachverhalte und der Raketenangriff auf Polen lassen vermuten, daß entweder eine neue Eskalationsstufe des Krieges oder ein direkter NATO-Kriegseintritt provoziert werden sollte. Allein der Vorschlag und die „Auseinandersetzungen“ über die Stationierung deutscher Patriot-Raketen in Polen (oder in der Ukraine) lassen vieles ahnen. Nun wollen auch die USA Patriot-Luftabwehrsysteme an die Ukraine liefern. Das wäre eine gute „Entschuldigung“ für die Weitergabe deutscher Patriot-Systeme an die Ukraine. Willy Wimmer, ein Ex-Staatssekretär, informierte in einer Talkshow über den Syrienkrieg, der am 15. März 2011 losgetreten wurde. Er führte aus, daß ein Abkommen über die Golanhöhen zwischen Syrien und Israel kurz vor dem Abschluß stand und eine friedliche Entwicklung in der Region möglich gewesen wäre. „Amerikanische, britische und französische Spezialtruppen sind in Syrien reingegangen und haben den Bürgerkrieg angezündet. Das muß man so sehen wie es ist ...“<sup>4</sup> Herr Wimmer teilte weiter mit, daß er an Kriegsplanungen der NATO teilnahm. „Vor jedem konventionellen oder nuklearen Konflikt werden die

Flüchtlingsströme geplant.“ „Wir haben es ja zwischen Afghanistan und Mali mit einem Gürtel von Staaten zu tun, die von den Amerikanern flachgelegt worden sind und weiter flachgelegt werden und diejenigen, die das planen, planen die Flüchtlingsströme auch. Sie können sich ja überhaupt militärisch nicht bewegen, wenn sie nicht die Flüchtlingsströme im Griff haben.“ Unter diesem Aspekt wird deutlich, daß der Flüchtlingsstrom aus Syrien in die BRD und nach Westeuropa im Zusammenhang mit der Eskalation des Krieges in Syrien über die Balkanroute geplant war. Die Auffanglager für Syrien-Flüchtlinge im Libanon, in der Türkei und in Jordanien waren schnell überfüllt.

Es bleibt eine Tatsache, daß die Bundesregierung seit September 2015 durch enorme Propaganda das deutsche Volk manipulierte und getäuscht hatte, um ein „Solidaritätsgefühl“ für die Flüchtlinge zu erzeugen und um finanzielle Mittel für die „Flüchtlingskrise“ bereitzustellen. Merkels Satz, „Wir schaffen das“, steht dafür.

Ab Juli 2021 wurde eine Umstrukturierung der Flüchtlingsströme aus Vorder- und Zentralasien sowie Nordafrika sichtbar. Über Belarus versuchten immer mehr Migranten nach Polen bzw. Litauen und Lettland in Richtung Europäische Union zu gelangen. Einmal abgesehen davon, daß „Organisatoren“ der Belarus-Route kräftig Geld verdienten, bekommt die ganze Angelegenheit unter dem Aspekt der Kriegsplanung/Planung der Flüchtlingsströme eine ganz andere Sicht. Rußland und Belarus wurden beschuldigt, die EU mit den Flüchtlingen zu erpressen. Polen schloß seine Grenzen.

Das galt aber offensichtlich ab Februar 2022 nicht für ukrainische Flüchtlinge, die in die EU strömten und noch strömen. Die NATO hatte unter Führung der USA seit 2014 systematisch einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine geplant. Frau Merkel, die ehemalige Kanzlerin, formulierte in einem Interview am 7.12.22, daß es bei der Vereinbarung zum Minsker Abkommen über die Lösung des Konfliktes in der Ukraine gar nicht um Frieden in der Ukraine ging. Sie sagte: „... das Minsker Abkommen sei ein Versuch gewesen, der Ukraine mehr Zeit zu geben. Das Land habe die Zeit auch genutzt, um stärker zu werden.“<sup>5</sup> Sie bestätigte damit, daß die Vertragspartner Frankreich und Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu Rußland diesen Friedensplan nicht einmal ansatzweise umsetzen wollten. Im Klartext bedeutete das, daß EU und NATO unter Führung der USA den Krieg gegen die Volksrepubliken Lugansk und Donezk in einen umfassenden Stellvertreterkrieg gegen Rußland umwandeln wollten.

2 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/mh17-russland-desinformation-101.html>

3 <https://de.wikipedia.org/wiki/Bellingcat#Finanzierung>

4 <https://www.youtube.com/watch?v=gVNGh3R-bFM>

1 <https://politik.watson.de/international/politik/179583525-strack-zimmermann-rudert-nach-tweet-zu-raketeneinschlag-in-polen-zurueck>

5 <https://www.welt.de/politik/ausland/article242588461/Ukraine-News-Putin-fuehlt-sich-von-Deutschland-betrogen-und-ist-enttauscht-von-Merkel.html>

Die Kriegsplaner haben die Flüchtlingsströme in Richtung EU selbstverständlich mitgeplant, wie aus den Ausführungen von Willy Wimmer geschlußfolgert werden kann. Die Bundesrepublik Deutschland, die EU- und NATO-Länder finanzieren den Stellvertreterkrieg der USA und die Flüchtlingsströme zum Nachteil der Volkswirtschaften und zum Nachteil des Wohlstandes der eigenen Bevölkerungen. Das damit zusammenhängende wirtschaftliche Sanktionsregime und die Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland schädigen und

schwächen die deutsche Wirtschaft und die der anderen EU-Länder. Den Profit daraus ziehen die großen USA-Konzerne. Sie sind die großen Kriegsgewinnler. „Durch die gestiegenen Energiepreise und die vollen Auftragsbücher der US-Rüstungsfirmen hat sich dieser Krieg für die USA finanziell schon gelohnt. Die drei größten US-Öl- und Gaskonzerne, ExxonMobil, Chevron und ConocoPhillips, erwirtschafteten im ersten Quartal des Jahres 16 Milliarden Euro Gewinn. Die Aktien der Rüstungskonzerne Lockheed Martin (+24 Prozent), Northrop

Grumman (+18 Prozent) und Raytheon (+6 Prozent) schießen seit Anfang des Jahres in die Höhe.“ (Focus vom 10.5.2022)<sup>6</sup>

**Dr. Ulrich Sommerfeld**

6 [https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-gabor-steingart-im-ukraine-krieg-verfolgen-die-usa-vor-allem-drei-strategische-ziele\\_id\\_96939439.html](https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-gabor-steingart-im-ukraine-krieg-verfolgen-die-usa-vor-allem-drei-strategische-ziele_id_96939439.html)

## Auf bröckelndem Boden

*Berlin sucht in Brasilien die Kooperation mit Lula auszubauen, um seine Einflußverluste in dem Land wettzumachen.*

Mit Erleichterung reagiert Berlin auf die Niederschlagung der Umsturzbewegung in Brasilien. Bundeskanzler Olaf Scholz beteuert, die Bundesregierung stehe „eng an der Seite von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva“. Laut Berichten plant Scholz in Kürze eine Reise in das südamerikanische Land.

Hintergrund ist das Berliner Bestreben, den Wechsel im brasilianischen Präsidentenamt von Jair Messias Bolsonaro zu Lula zu nutzen, um den deutschen Einfluß in Brasilien wieder zu stärken, der seit Jahren deutlich rückläufig ist. Wie es in einer aktuellen Analyse der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) heißt, muß die Bundesregierung sich der Tatsache stellen, daß die Politik Berlins wie auch der EU in den vergangenen Jahren nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Lateinamerika zu

ernsten Brüchen geführt hat. So habe sich die EU mit der Weigerung, Covid-19-Impfstoffe zu liefern, und ihrer gleichzeitigen Agitation etwa gegen chinesische Impfstoffe nicht eben beliebt gemacht. Auch die Sanktionspolitik gegenüber Rußland stoße auf dem Subkontinent auf Ablehnung. Die SWP warnt explizit: „Die gemeinsame Grundlage bröckelt.“

*german-foreign-policy.com, 13.1.23*

## Nein zur Beschränkung der Meinungsfreiheit!

*RF dokumentiert die Stellungnahme der Friedenskoordination Berlin zum beabsichtigten Strafverfahren gegen Heinrich Bücker*

Gegen den Friedensaktivisten Heinrich Bücker wurde von der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht der Erlaß eines Strafbefehls wegen „Belohnung und Billigung von Straftaten“ nach § 140 Strafgesetzbuch beantragt. Der Antragsteller der Strafanzeige (ein Rechtsanwalt!) sieht den öffentlichen Frieden gestört durch eine Rede, die Heiner Bücker bei einer Kundgebung der Friedenskoordination Berlin am 22. Juni 2022 anlässlich des Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion gehalten hat sowie durch eine Stellungnahme zum Rußland-Ukraine-Konflikt auf seiner Webseite.\*

Wodurch ist der öffentliche Friede gestört? Bücker zeigt u.a. die historische Entwicklung zum heutigen Konflikt auf, deren Wurzeln schon im Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR und in der Kollaboration ukrainischer Faschisten mit den deutschen Besatzern liegen. Er bringt also das zur Sprache, was Politik und Medien verschweigen.

Zudem erklärt er sein Unverständnis darüber, daß die deutsche Regierung, trotz der Rolle von faschistischer Ideologie und Russophobie in der aktuellen ukrainischen Politik, den gegenwärtigen Konflikt mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Rußland anheizt. Das stört den öffentlichen Frieden? Dafür soll er nun bestraft werden?

Seiner Forderung: „Nie wieder dürfen wir als Deutsche an einem Krieg gegen Rußland in irgendeiner Form beteiligt sein. Wir müssen uns zusammenschließen und uns diesem Irrsinn gemeinsam entgegenstellen“ stimmen wir uneingeschränkt zu.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß ein solches Verfahren sowie die Verschärfung des §130 mit dem Absatz 5 in einer Zeit stattfindet, in der die militärische Auseinandersetzung als alternativlos propagiert wird und die deutsche Bevölkerung darauf eingeschworen werden soll.



**Großdemonstration zum Gedenken an Luxemburg, Liebknecht und Lenin am 15. Januar in Berlin**  
Foto: W. Dockhorn

### Wir protestieren gegen dieses geplante Strafverfahren:

Weil es dazu dient, die politische Debatte immer weiter einzuengen und per Strafgesetz eine Kritik an der herrschenden Politik und den Medien unmöglich zu machen.

Weil es ein massiver Angriff auf die Meinungsfreiheit ist.

Weil es verunsichern soll.

Weil es für die Friedensbewegung in letzter Konsequenz bedeutet, daß sie mundtot gemacht werden kann, wenn sie sich weiterhin gegen den Kriegskurs der deutschen Politik und für eine Deeskalation und für Verhandlungen ausspricht.

\*Beides hier dokumentiert: <https://cooptv.wordpress.com/2022/12/27/stellungnahmen-zu-den-ermittlungen-wegen-gedenkrede-zum-uberfall-auf-udssr-gegen-heinrich-bucker-betreiber-des-coop-anti-war-cafe-berlin/>

## „Asow-Neonazis“ in Israel

Seit Monaten bereiten Volksvertreter in der westlichen Welt ukrainischen „Asow“-Kämpfern einen begeisterten Empfang. Nach dem Kapitol in Washington und dem EU-Parlament steht nun offenbar die ideologisch wichtigste Eroberung an: die Knesset in Israel, Heimat zahlreicher Juden, die vor Hitlers systematischem Massenmord geflohen waren oder den Holocaust überlebt hatten. Mitte Dezember vergangenen Jahres wurde nun erstmals offiziell eine zweiköpfige „Asow“-Delegation ins „Heilige Land“ entsendet – „um die von der russischen Propaganda aufgebauten Mythen über das Regiment zu entlarven“, die „in einigen israelischen Kreisen leider immer noch großen Einfluß“ hatten, erklärte der „Verband der Familien der Verteidiger von Asowstal“. Dessen stellvertretende Vorsitzende Julia Fedosiuk vertrat die Neonazis zusammen mit dem Nachrichtendienstoffizier Ilja Samoilenko, der im September 2022 aus russischer Gefangenschaft freigekommen war.

Der neuntägige „Arbeitsbesuch“ in Israel ist eine heikle Mission: „Asow“, das seit dem „Euromaidan“ 2014 von einem Regiment zu einer Massenbewegung wuchs, steht bis heute fest in der Tradition der ukrainischen Faschisten, die in den 40er Jahren als treue Verbündete Nazideutschlands in der Organisation Ukrainischer Nationalisten oder als Angehörige der SS, der Wehrmacht oder der Hilfspolizei am Völkermord an den Juden beteiligt waren.

Diese verstörende Tatsache versucht die gut geschmierte „Asow“-Propagandamaschine mit allen Mitteln zu verschleiern, besonders in Israel. Seit Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine behaupten Kämpfer des Regiments – wie unlängst der Vizekommandeur Swjatoslaw Palamar in einem *Haaretz*-Interview – beharrlich, bei dem von SS-Einheiten stammenden Wolfsangelsymbol im „Asow“-Emblem handele es sich nur um die zusammengesetzten Anfangsbuchstaben

I und N der Hauptwörter ihres Slogans „Idee der Nation“. Folglich gebe es in der Bewegung „keine Nazis“, wie Fedosiuk gegenüber dem israelischen Nachrichtenportal *Detali* beteuerte. Dafür aber „Antifaschisten, Sozialisten and Anarchisten“, und „da sind auch Juden, schon die ganze Zeit“, ergänzte Samoilenko im Gespräch mit *The Times of Israel*. „Einer meiner besten Freunde ist Jude,



„Asow“-Faschisten (in der Mitte) werden im Dezember 2022 offiziell in Israel empfangen

und der ist in Asow“, setzte Fedosiuk noch einen drauf – während ukrainische Neonazikrieger auf Telegram aktuelle Fotos von „Asow“-Panthern mit den Hoheitszeichen der deutschen Wehrmacht und SS auf Feindfahrt durch die Ostukraine veröffentlichten.

Für seine groteske Erzählung ist das faschistische Duo infernale nur wenige Tage vorher sogar vom „Asow“-Chefideologen persönlich Lügen gestraft worden: Ohne „Patriot der Ukraine“ würde „es sicher kein Asow geben“, würdigte Andrij Bilezkij die Bedeutung des bewaffneten Arms der 2008 gegründeten Neonaziorganisation „Sozial-Nationale Versammlung“, die für eine „rassenreine Ukraine“ streitet. Daß Samoilenko genauso denkt wie Bilezkij, der sich vor einigen Jahren für einen „letzten Kreuzzug“ gegen „die von Semiten angeführten Untermenschen“ ausgesprochen hatte –, das belegt er eindrucksvoll durch rassistische Entgleisungen: „Mittelalterliche Höhlenmenschen“ nennt er die Russen gegenüber *The Times of Israel*. Er sehe Israel und die Ukraine auf der gleichen Seite: „Die Zivilisierten kämpfen gegen die Unzivilisierten um die Zukunft der

Menschheit.“ Das hielt Naama Lazimi, Knesset-Abgeordnete der sozialdemokratischen Awoda-Partei, nicht davon ab, die „Asow“-Delegation zu empfangen und sich für ein Gruppenbild mit Neonazis instrumentalisieren zu lassen.

Es gab auch einen Besuch der Ruine der einstigen Wüstenfestung Masada, der Samoilenko zu einem kruden Vergleich seiner „Asow“-Kameraden mit den jüdischen Aufständischen inspirierte, die im Jahr 74 bis in den Tod Widerstand gegen die römischen Besatzer geleistet hatten. Ferner wurde zwecks „Austauschs wertvoller Kampferfahrung“ eine Zusammenkunft mit Reservisten der israelischen Armee (Abkürzung IDF) arrangiert. Beide Programmpunkte absolvierte Samoilenko in Kampfuniform mit SS-Symbol. Ein weiterer Höhepunkt der Reise dürfte die Aufführung eines „Asow“-Propaganda-

films in Tel Aviv und Haifa über die russischen „Konzentrationslager des 21. Jahrhunderts“ gewesen sein. Die von der ukrainischen Botschaft unterstützte Neonazitournee wurde von israelischen Bandera-Anhängern und der Nadav-Stiftung von Leonid Newslin finanziert.

Der 2008 in Rußland wegen „Verschwörung zum Mord“ in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilte Oligarch ist der engste Geschäftspartner des nicht minder für kriminelle Machenschaften bekannten Unternehmers Michail Chodorkowski. Laut Presseberichten war die „Asow“-Delegation sogar zu einem Treffen mit israelischen Regierungsbeamten geladen – ein deutliches Indiz dafür, daß die Neonazis im gelobten Land ein noch dringlicheres Anliegen als Holocaustrelativierung und Persilscheinjagd verfolgen: mehr Waffenlieferungen. Ukrainische Militärs, inklusive der faschistischen Einheiten, werden seit Jahren mit „Tavor“- „Galil“- und „Negev“-Gewehren sowie anderen Rüstungsgütern aus Israel ausgestattet. Einige Israelis zeigten sich in Leserkommentaren „schockiert“, daß „diese Monster“ und „Ukronazis“, deren politische Vorgänger „die Ukraine mit dem Blut von Juden getränkt“ hatten, nach Israel einreisen durften.

Andere reagieren mit bitterer Ironie: „Die IDF-Logik ist simpel: Beim nächsten Krieg gegen die Araber haben wir Neonazikämpfer auf unserer Seite.“ Keineswegs überrascht äußerte sich auch der Historiker Moshe Zuckermann gegenüber *JW*: „Schon lange, besonders seit Beginn der Ära Netanjahu, werden Faschisten, Diktatoren, Rassisten, ja selbst Antisemiten in diesem Land willkommen geheißt, wenn sie bloß ‚Israel-Solidarität‘ bezeugen.“

Susann Witt-Stahl

Redaktionell geringfügig gekürzt

Aus: junge Welt vom 23.12.2022

### Ein Beispiel dafür, daß in der heutigen Ukraine Antikommunisten und Faschisten an der Macht beteiligt sind:

Juri Schuchewytsch, der Sohn des Nazi- und Holocaust-Kollaborateurs Roman Schuchewytsch, starb am 22. November 2022.

Er hat den größten Teil seiner Jugend in Arbeitslagern oder Gefängnissen als Feind des sowjetischen Volkes verbracht und trat in sehr jungen Jahren in die Fußstapfen seines Vaters. Nach dem Zusammenbruch der Sowjet-

union kehrte er in die ukrainische Politik zurück, wo er stets für rechts-extreme Parteien gewählt wurde. Jurij Schuchewytsch erhielt den Titel „Held der Ukraine“. 2015 war er maßgeblich an der Ausarbeitung und Verabschiedung der ukrainischen Dekommunisierungsgesetze beteiligt. Zu seiner Beerdigung in Lwiv gab es natürlich einen militärischen Nazi-Zug.

# China verdrängt die USA als Hauptinvestor in Lateinamerika

China ist fest in Lateinamerika verankert. Das asiatische Land, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, hat die USA als Hauptinvestor in praktisch dem gesamten Süden des amerikanischen Kontinents abgelöst. Diese Dynamik wird sich nach Ansicht von Experten angesichts der Entscheidung Pekings, die Beziehungen zu Lateinamerika zu intensivieren, noch verstärken.

Daten des Zentrums für China-Mexiko-Studien (Cechimex) der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko zeigen, daß sich Chinas Direktinvestitionen in Lateinamerika zwischen 2000 und 2021 auf 171,854 Milliarden Dollar belaufen, von denen 83 Prozent auf nur fünf Länder entfallen: Brasilien (69,958 Milliarden), Peru (29,846), Chile (20,465), Mexiko (16,920) und Argentinien (14,864).

Im Jahr 2021 war Brasilien – die größte lateinamerikanische Volkswirtschaft – mit 5,7 Milliarden Dollar das Hauptziel für chinesische Auslandsinvestitionen in der Welt, vor allem im Energie- und Technologiesektor. An zweiter Stelle standen die Niederlande mit 4,38 Milliarden und an dritter Stelle Kolumbien mit 3,8 Milliarden Dollar, so die Website *China Global Investment Tracker*. Nach Angaben von Cechimex fand die Explosion der chinesischen Investitionen in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt statt, denn bis 2012 beliefen sie sich in der Region nur auf 21,761 Milliarden Dollar. Dies bedeutet, daß in zehn Jahren Investitionen in Höhe von rund 150 Milliarden Dollar hinzukamen.

China wird, erklärte Präsident Xi Jinping auf dem jüngsten Parteitag, seine Politik der Annäherung fortsetzen und mit dem Infrastrukturnetz – der „Neuen Seidenstraße“ – das durch fünf Kontinente führt, der Entwicklung vergessener Regionen in Lateinamerika einen neuen Schub verleihen. Eines seiner Hauptinteressen besteht darin, einen Fuß in der Region zu behalten, um den USA direkt gegenüberzutreten. Schon jetzt gibt es viele lateinamerikanische Regierungen, die mehr Vertrauen in China als in die USA haben.

Laut Daten von *The Economist* auf einer Weltkarte, die die Verteilung des Welthandels vor 20 Jahren und heute zeigt, hatten im Jahr 2000 alle Länder Amerikas (mit Ausnahme von Paraguay) die USA als Haupthandelspartner. Heute gilt dies nur noch für Mexiko und Kanada, während für die großen Volkswirtschaften der Region wie Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay, Peru und Bolivien inzwischen das asiatische Land der wichtigste Handelspartner ist.

Fernando de Mateo, Koordinator des Diplomkurses für internationale Handelsverhandlungen am Colegio de México (Colmex), erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß China nach der globalen Krise 2009 eine Chance in der Region sah. Das beschleunigte Wachstum hat Lateinamerika geholfen, da es die Rohstoffpreise in die Höhe trieb, was wiederum der Wirtschaft zugutekam.

Infolgedessen, so der ständige Vertreter Mexikos bei der Welthandelsorganisation, haben praktisch alle südamerikanischen

Länder die Türen für China geöffnet und machten es zu ihrem wichtigsten Handelspartner.

„China hat Südamerika vorangebracht und so ist es kein Zufall, daß es jetzt der wichtigste Handelspartner der Region ist, mit Ausnahme von Kolumbien, das wie Mexiko, Kanada, Mittelamerika und die Karibik weiterhin die USA als wichtigsten Partner hat.“

Anguiano Roch, Mitarbeiter von Cechimex, wies seinerseits darauf hin, daß die Tatsache, daß Mexiko mehreren Handelsblöcken angehört, ein Abkommen mit China als unnötig und sogar kontraproduktiv erscheinen lasse, da es mit den Interessen seines größten Partners kollidieren könne. Es sei jedoch notwendig, seinen Markt zu diversifizieren und einen besseren Zugang zu anderen Märkten wie Japan und Südkorea zu haben. „In Südamerika haben Chile und Peru ein Freihandelsabkommen mit China, das es ihnen ermöglicht, mit anderen Ländern zu konkurrieren. Costa Rica hat ebenfalls eines, und Uruguay will sich um ein solches bemühen. Nun wird Brasilien mit der neuen Regierung höchstwahrscheinlich versuchen, seine Beziehungen zu China weiter zu stärken“, sagte De Mateo.

**Braulio Carbajal**

*Redaktionell gekürzt*

<https://www.jornada.com.mx/notas/2022/11/06/economia/desplaza-china-a-estados-unidos-como-principal-inversionista-en-al/>

## DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, DIE VOLKSREPUBLIK CHINA, RUSSLAND UND KANZLER SCHOLZ

Im Obhutgriff zweier Großgewässer:  
Pazifik im Westen, Atlantik im Osten,  
Fühlten sich die Staaten immer schon  
besser

Als andere Länder, trotz  
Sicherheitsposten.

Charmant tollkühn, zwischen frech und  
frecher:

Inselbesetzer bis hin zu Hawaii,  
Waren die Staaten als Helfer und  
Rächer,

Doch immer erst wenn es sich lohnte  
dabei.

„Democracy Now all over the World“  
Hatte es schwer in den Jahren der  
Kriege.

Friede und Wohlstand rundum auf der  
Welt,

Liegen als Zwillinge noch in der Wiege.

Auf wen ist Verlaß? Auf wen ist zu  
hoffen?

Auf China, die Weisheit des Lächelnden  
Lebens?

Womit ist zu rechnen? Die Antwort  
steht offen.

Wer auf Vernunft setzt, würfelt  
vergebens.

Neutralität wäre Deutschland von  
Nutzen.

Gute Erfahrung hat Österreich gemacht.

Jedoch Kanzler Scholz will Rußland  
stutzen,

Deutschland aufrüsten, na dann Gute  
Nacht!

**Lutz Jahoda**



# Myanmar: Der Putsch und seine Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Der weit verbreitete Widerstand gegen die Militärherrschaft nach dem Putsch 2021 und eine unberechenbare Politik der Junta haben die Wirtschaft des Landes in den freien Fall gebracht. Alles, was in den letzten zehn Jahren aufgebaut wurde, ist dahin. Bereits wenige Tage nach dem Putsch streikten die Arbeiter in den Betrieben, allen voran die Krankenhausbeschäftigten, die Lehrer und die Staatsbeamten, und schlossen sich in der Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM) zusammen. Die CDM rief alle zivilen Angestellten auf zu streiken, bis die Macht wieder an die gewählte Regierung zurückgegeben sei. Es folgte eine Bankkrise und ein Stillstand der Wirtschaft. Die Exporte sanken um 90 %. Zwei Drittel der Schulen und Krankenhäuser funktionierten nicht mehr.

Nachdem das Militär anfangs, mit scharfer Munition auf die Demonstranten zu schießen und es die ersten Toten gab, änderten diese ihre Strategie, gingen in den Untergrund und schlossen sich in bewaffneten Widerstandsgruppen zusammen. Etwa zeitgleich bildeten die abgesetzten Abgeordneten ein Untergrundparlament und eine Untergrundregierung (NUG) und rief zu Widerstand und zum Boykott aller Produkte auf, die von dem Militär gehörenden Firmen und ihren Kumpanen hergestellt werden. Alle Mitglieder der NUG wurden daraufhin von der Junta in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Myanmar ist ein energiereiches Land. Vor der Küste gibt es große Erdgasfelder. Aber das Land profitiert nicht von der Erdgasförderung, da die Generäle langfristige Lieferungen mit den Nachbarländern, vor allem mit China und Thailand, abgeschlossen haben und fast das gesamte Erdgas über Pipelines ins Ausland geht. Dasselbe ist der Fall mit der Wasserkraft. Der in den Turbinen erzeugte Strom wird zum Großteil in die benachbarten Länder verkauft. Fast das gesamte Erdöl, das per Schiff von Rußland und dem Nahen Osten angeliefert wird, wird über eine Ölpipeline direkt nach China gepumpt.

Es gibt täglich für mehrere Stunden Stromausfälle in allen Städten und Industriezentren. An manchen Tagen gibt es gar keinen Strom. Auf dem Lande sieht es noch schlimmer aus. Die Umriss von Myanmar sind nachts aus dem Weltall als dunkler Punkt inmitten seiner Nachbarländer zu erkennen. Myanmar ist auch reich an Bodenschätzen wie Kupfer, Blei, Zinn und Zink, Eisen, Nickel und Chrom, Gold, Silber sowie Jade und Edelsteine. Das Regime verkauft die Bodenschätze für einen Apfel und ein Ei, steckt das Geld in die eigene Tasche und kauft davon Waffen. Die Bodenschätze werden nach Wildwestmanier abgebaut. Wegen fehlender Kontrollen und Sicherheitsvorschriften sind die Arbeitsbedingungen in den Minen sowie die Folgen für die Umwelt

katastrophal. Giftige Abfälle zerstören das Ackerland und vergiften die Wasserquellen. Die Verschlechterung des Bodens führt zu schweren Überschwemmungen. Erdbeben und Schlammlawinen begraben die Häuser der Bauern. Minenabfälle werden in die Gewässer eingeleitet. Das Fischsterben in den Flüssen zerstört die Lebensgrundlage der Fischer.

Die allgemeine Verschlechterung des Bodens und der Wasserquellen hat den örtlichen Bauernfamilien die Lebensgrundlage entzogen und viele von ihnen zur Abwan-



**Der Fluß Nam Kham ist mit Schlamm vom Goldabbau flußaufwärts verstopft**  
Foto: Myanmar Now

derung in die Region, meist nach Thailand, gezwungen, wo sie schlecht bezahlte und gefährliche Arbeit verrichten müssen.

Das Land der Einheimischen wird einfach beschlagnahmt oder es wird ihnen zu einem lächerlichen Preis „abgekauft“. Wer nicht verkaufen will, ist seines Lebens nicht mehr sicher.

Die Lizenzvergabe geht vornehmlich an australische und chinesische Firmen, von denen viele direkt mit der Junta verbunden und hohe Militärs Teilhaber sind. Seit dem Putsch schürfen eine zunehmende Anzahl der Minenbetreiber ohne Genehmigungen und „bezahlen“ statt dessen die Militärbehörden für den Zugang. Von der Junta unterstützte Milizen sorgen für die „Sicherheit“ der Bergbaustätten. Millionen von US-Dollar in Form von Lizenzgebühren und Steuern fließen direkt in die Taschen der Militärs, die auf der Suche nach schnellem Geld sind.

Auch die uralten burmesischen Wälder, reich an Edelhölzern, werden illegal abgeholzt. Auch hier wieder dasselbe Spiel: Für ein Bestechungsgeld schaut das Militär weg. Die Edelhölzer gehen meist per Lastwagen über die chinesische Grenze in die Provinz Yunnan.

Umweltschützer oder Einheimische, die protestieren, werden ermordet.

Die Transportrouten führen oft durch Gebiete, die von aufständischen Milizen kontrolliert werden. Dann werden die Güter unter Militärbewachung zu den Häfen oder

an die chinesische Grenze gebracht. Man geht davon aus, daß der illegale Grenzhandel stark gestiegen ist.

Eine hohe Inflation und ein drastischer Kursverfall der Inlandswährung (Kyat) haben Importe unerschwinglich gemacht. Und im Inland wird immer weniger produziert. Auch Düngemittel für die Felder müssen importiert werden, aber die Bauern können sie sich nicht mehr leisten und bekommen keine Kredite, um welche zu kaufen. Viele Bauern trauen sich nicht mehr auf ihre Felder, wo sie leicht Opfer des Militärs werden. Im Land herrscht Bürgerkrieg, das Militär überfällt, plündert und verwüstet ganze Dörfer, steckt die Häuser in Brand oder beschießt und zerbombt sie aus der Luft. Als Rache für Anschläge von Widerstandsgruppen in der Nähe oder einfach nur, um Angst und Schrecken zu verbreiten oder Beute zu machen. Auf den Feldern liegen scharfe Bomben herum und mancher Bauer wurde bereits auf seinem Feld vom Helikopter aus beschossen.

Die Bekleidungsindustrie, mit 600 Fabriken und 700 000 schlecht bezahlten Arbeitern ist einer der größten Wirtschaftszweige des Landes. Vor dem Putsch machte die Bekleidungsindustrie noch 30 % aller Exporte Myanmars aus. Tägliche Stromausfälle behindern nun die Produktion, und Kraftstoff zum Betreiben von Stromgeneratoren ist zu teuer geworden. Über 100 Kleiderfabriken haben den Betrieb eingestellt. Dort, wo man arbeitet, stehen Lohnzahlungen oft monatelang aus, obwohl der Tageslohn für einen 10 bis 12stündigen Arbeitstag unter 3 Euro liegt. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat eine Untersuchungskommission gegründet, die sich mit den katastrophalen Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit sowie der Verschlechterung der Rechte der Arbeiter in Myanmar befaßt. Der Tourismussektor wurde von der Pandemie schwer getroffen. Die Zahl der ausländischen Besucher sank wegen Covid 19 auf einen Bruchteil derer, die nach der Öffnung Myanmars vor einem Jahrzehnt ins Land strömten. Seit dem Putsch aber traut sich so gut wie kein Tourist mehr ins Land. Auch der Inlandstourismus ist eingebrochen. Um von einer Stadt in eine andere zu reisen, benötigt man einen Passierschein, militärische Kontrollpunkte wurden auf allen Straßen errichtet. Aber auch mit gültigem Passierschein verlangen die Soldaten an den Kontrollpunkten regelmäßig Schmiergeld. Die Hotels stehen leer, die Besitzer können ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen. Niemand will noch in ein Geschäft investieren. Ausländische Firmen verlassen wegen des eingebrochenen Absatzes, fehlender Rechtssicherheit und aus Furcht vor dem Verlust ihrer internationalen Reputation scharenweise das Land. Ausländische Investoren stehen unter Druck, ihre Anwesenheit zu rechtfertigen. Gewerkschaften und

Menschenrechtsgruppen fordern einen Boykott für Geschäfte in Myanmar. Das Land ist heute wieder genauso von der Außenwelt isoliert wie vor zehn Jahren.

Inländische Geschäftsleute fahren ihre Aktivitäten zurück. Die Waren werden immer teurer und die Menschen haben kein Geld, um etwas zu kaufen. Den Geschäften gehen zudem die Waren aus. Viele Geschäfte wurden von der Tatmadaw geschlossen, weil sie die Inhaber als Feinde betrachten.

Das Bankensystem ist zum Erliegen gekommen. Die täglichen Bargeldabhebungen sind begrenzt. Es gibt lange Warteschlangen vor den Geldautomaten, die schnell leer sind. Geschäftsleute und Bauern bekommen keine Kredite mehr. Der Zusammenbruch des Bankensystems erschwert den Import und Export von Waren und den Kapitaltransfer. Der Kyat ist zur Ramschwährung geworden, der Besitz von ausländischer Währung wurde für die Bevölkerung verboten, der Schwarzhandel blüht.

Die Apotheken und Krankenhäuser haben kaum noch Medikamente. Die Patienten trauen sich nicht, sich registrieren zu lassen.

Manche oppositionellen Patienten sind schon von der Polizei direkt aus dem Krankenhaus abgeholt worden und verschwunden.

Aufgrund fehlender staatlicher Dienstleistungen spielen Wohltätigkeitsorganisationen eine wichtige Rolle. Aber im Zuge der blutigen Niederschlagung der Anti-Putsch-Proteste werden auch freiwillige Helfer von Polizei und Soldaten beschossen, geschlagen und verhaftet. Neue Gesetze und Vorschriften der Junta schränken ihre Arbeit ein, so daß die Zahl der zivilen Hilfspersonen sinkt. Ihre Arbeit wird regelmäßig von den Behörden blockiert, Razzien werden in ihren Büros durchgeführt, weil sie sie verdächtigen, den Widerstand zu unterstützen. Zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sitzen hinter Gittern. Dort befindet sich auch eine große Anzahl von medizinischem Personal der gestürzten Regierung, weil es sich der Bewegung des zivilen Ungehorsams angeschlossen hat. Die Menschen sind zunehmend auf sich allein gestellt.

Die Eltern schicken ihre Kinder, vor allem Mädchen, aus Angst vor Übergriffen nicht mehr zur Schule. Die Studenten gehen nicht

mehr zur Uni. Diplome, ausgestellt von der Militärjunta, sind eh wertlos. Die Jungend fühlt sich um ihre Zukunft betrogen.

Hunderttausende junger Menschen sind ins Ausland gezoogen oder haben sich den bewaffneten Guerillas angeschlossen. Dazu kommen noch etwa 400 000 Binnenflüchtlinge, die teils in Lagern an den Grenzen oder im Dschungel von der Hand in den Mund leben und keiner geregelten Arbeit nachgehen. Seit dem Putsch herrscht der Ausnahmezustand, in vielen Gegenden gilt das Kriegsrecht.

Bis zum Militärputsch von 1962 war das damalige Burma das reichste Land in Südostasien. Der Flughafen von Rangun war die Drehscheibe für Flüge von und nach Fernost. Die Mehrheit der Bevölkerung Myanmars lebt heute unterhalb der Armutsgrenze. Ohne fundamentale Änderungen in Politik und Wirtschaft sieht Myanmar einer düsteren Zukunft entgegen. Und diese sind nur ohne Tatmadaw möglich.

Karl Lee Jing  
Vientiane

## Solidarität mit Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier

*Das bundesweites Free Mumia Netzwerk informiert über den aktuellen Stand des Kampfes zur Freilassung des seit 1981 (!) eingesperrten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal*

Am 16. Dezember 2022 fand erneut eine gerichtliche Anhörung in Philadelphia statt. Richterin Lucretia Clemons hatte ursprünglich bereits im Oktober erklärt, Mumas schon 2018 erlassene Verfahrenswiederholung endgültig abzuweisen, nach dem eine von der Fraternal Order of Police (FOP) und Mitgliedern der Justiz getragene Kampagne jahrelang deren Beginn blockiert hatte. Doch es kam anders.

Nach einer Woche von Aktionen und direkten Eingaben (u.a. von einem Richter aus Arkansas, der UN, dem Bürgermeister von Paris, der britischen Gewerkschaft UNITE) ans Gericht erkannte die Richterin doch, daß der Rassismus und die knapp 38 Jahre unterschlagenen Akten weitere Begutachtung rechtfertigen. Erstaunlicherweise kam dabei auch zutage, daß es neben den bereits 2018 übergebenen sechs Umzugskartons mit unterschlagenen Akten womöglich noch weitere Aktenkartons im Besitz der Staatsanwaltschaft gibt, die Entlastungsmaterial für Mumia enthalten könnten.

Zwei Umstände wurden somit immer deutlicher und müßten zu Mumas sofortiger Freilassung führen, wenn die Verfassung der USA sowie des Bundesstaates Pennsylvania

irgendeine Bedeutung auch in seinem Verfahren hätte:

a) die sogenannte Batson-Präzedenz: Rassistische Beeinflussung der Zusammensetzung einer Jury führt laut einem Grundsatzurteil des US Supreme Court von 1986 zur automatischen Annullierung eines Urteils und entweder zur Freilassung oder zur Wiederholung des gesamten Verfahrens inklusive Beweisaufnahme.

b) die sogenannte Brady-Präzedenz: Unterschlagene Beweise sollten ebenfalls zur bedingungslosen Freilassung des Angeklagten oder einem neuen Prozeß führen. Sollte die Staatsanwaltschaft ein neues Verfahren gegen Mumia führen wollen, könnte sie das. Aber Mumia sollte das nicht mehr in Haft abwarten müssen.

Nun wissen alle Beobachter dieses Falls, daß Grundrechte und juristische Präzedenzen in Fällen politischer Repression wenig, in diesem Verfahren jedoch offenbar überhaupt nicht gelten. Sonst wäre Mumia bereits vor vielen Jahren frei gewesen. Die sprichwörtliche „Mumia-Ausnahme“ hat dafür gesorgt, daß beinahe alle beteiligten Juristen dazu beigetragen haben, Mumia bis jetzt 41 (!) Jahre seines Lebens zu stehlen. Ob Richterin Lucretia Clemons auch in diese Reihe gehört, oder aber die Courage hat, endlich das Richtige zu tun, werden wir in den kommenden Wochen sehen. Sie ordnete eine weitere Phase von Beweissichtungen an. Nach einer

Phase von 60 bis 90 Tagen wolle sie dann eine Entscheidung verkünden, erklärte sie am 16. Dezember 2022.

Absolut deutlich wurde durch die zahlreichen Aktionen und Initiativen der länderübergreifenden Solidaritätsbewegung in den letzten Wochen jedoch auch, daß wir zusammen den politischen Repressionswillen der FOP zurückdrängen können. Daran müssen wir mit europaweiten Aktionen und Briefen an Mumia anknüpfen: <https://das-mumia-hoerbuch.de/schreibt-mumia.htm#SchreibtMumia>

41 Jahre Haft sind nicht nur für den Gefangenen, sondern auch für die Familie und das gesamte persönliche Umfeld eine extreme Belastung. Im Dezember 2022 verstarb Mumas Lebensgefährtin Wadiya Jamal, die ihn während seiner gesamten Haftzeit bisher von draußen unterstützt und begleitet hatte. Als Mumia den Antrag auf einen begleiteten Besuch zur Beerdigung stellte, verweigerte das SCI Mahanony Gefängnis das.

Auch 2023 gehen die Aktionen zur Freilassung von Leonard Peltier weiter. Der nächste internationale Aktionstag wird rund um den 6. Februar 2023 stattfinden. Das ist bereits der 48. (!) Haftjahrestag des indigenen Aktivisten.

Weitere Infos: <https://www.leonardpeltier.de/11598-aufruf-zu-europaweiten-aktionen-fuer-leonard-peltier-2023-call-for-europe-wide-actions-for-leonard-peltier-2023>

# Grenada-Lüge: „Wiederherstellung der Demokratie“

„Die Landung amerikanischer Soldaten auf der Karibikinsel Grenada ist ein Gewaltakt, der den anti-amerikanischen Strömungen rund um den Erdball neuen Auftrieb geben dürfte“, hieß es am 26. Oktober 1983 im westdeutschen *General-Anzeiger*. „Die Erklärung, die Invasions-truppen seien von der Bevölkerung ins Land gerufen worden, gehört zum Ritual derartiger militärischer Interventionen und bemängelt sie nur notdürftig. Auch Versprechen, man werde dem Inselvolk bei der Wiederherstellung demokratischer Gebräuche behilflich sein, verträgt sich schlecht mit dem Anblick ausländischer Waffen und Uniformen. Schon die Optik, der Überfall einer Weltmacht auf eine Zwerginsel, spricht gegen sie und ist ihrem Ansehen abträglich.“

Der bekannte Korrespondent Tad Szulc schrieb in der *New York Times*: „... die zynische, nicht stichhaltige Erklärung, die Präsident Reagan zur Rechtfertigung der Intervention durch Truppen der Vereinigten Staaten und, dem Pentagon zufolge, auch durch Truppeneinheiten einiger karibischer Staaten vorgebracht hat, kann zu Konfusionen führen und schließlich ein Problem in einer Situation schaffen, die schon ohnehin gespannt ist. Eine besondere Besorgnis ruft die Behauptung Reagans hervor, daß diese Kriegshandlung berufen sei, „demokratische Institutionen“ auf der Insel „wiederherzustellen“. Tad Szulc gelangt zu dem Schluß: „Folglich stellen seine Versuche (Reagans – die Red.), diese Aktionen mit einem Interesse am Schutz der Demokratie in einem fremden Staat zu begründen, wohl ein Element dar, das in der ganzen Angelegenheit die größte Besorgnis hervorruft. Im Grunde genommen verkündet Reagan eine absolute neue amerikanische Doktrin in der Außenpolitik. Hiermit ist ein ziemlich ungewöhnlicher Präzedenzfall gegeben, der dazu herhalten kann, militärischen Aktionen der Vereinigten Staaten in anderen Weltregionen ‚gesetzliche Kraft‘ zu verleihen, wenn Reagan beschließt, man müsse demokratische Institutionen in der Gestalt retten, wie er sie auffaßt.“

## Reagan widerlegt Reagan

„Demokratie kann nicht von außen aufgezwungen werden.“ (Beim Empfang im Weißen Haus für die Teilnehmer der „Internationalen Konferenz für freie Wahlen“ am 9.11.1982) „Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Freunden in der NATO, in Asien, in Lateinamerika und in anderen Weltregionen verteidigen wir entschieden die Sache des Friedens und der Freiheit ...“ „An der Seite unserer Verbündeten sehen wir uns darin bestärkt, daß die Kraft unserer gemeinsamen demokratischen Werte unversiegbare ist.“ (Botschaft „Über die Lage der Nation“ vom 25.1.1983)

„Wir unternahmen diese entschiedene Aktion, um zur Wiederherstellung demokratischer Institute auf Grenada zu verhelfen.“ (Erklärung vom 25.10.1983)

„Die USA müssen ihre Verbündeten bis zum Letzten unterstützen, selbst wenn es sich dabei um ein rechtsorientiertes oder faschistisches Regime handelt.“ (Interview für die italienische Wochenschrift *Settimana le* vom 20.1.1981)

Reagan und sein Team brauchen das Gerede vom „Schutz der Demokratie“, um den US-Terrorismus in der internationalen Arena zu verteidigen. Der Korrespondent Ronald Steel schreibt in der *New York Times*, daß dem Oberhaupt der Washingtoner Administration wahre „Sorge“ um das Schicksal der Demokratie fernliegt. Er stellt fest: In Mittelamerika und im Karibischen Raum „wimmelt es nur so von Messerhelden, u. a. von solchen, die besonders grausam sind. Sie befinden sich an der Macht auf dem benachbarten Haiti, schon gar nicht zu sprechen von El Salvador, in dem die Killer, die wir unterstützt haben, in den letzten vier Jahren an der Ermordung von etwa 37 000 Zivilisten beteiligt waren, was beinahe ein Drittel der gesamten Bevölkerung Grenadas ausmacht“. Ferner schreibt Ronald Steel: „Wie ich denke, werden wir auf die Befreiung dieser und anderer befreundeter Länder vergeblich warten.“ (Gemeint sind offensichtlich die faschistischen Regimes in Chile, Paraguay und Guatemala – die Red.) Wenn dem aber so ist, so hat Reagan geheuchelt. Darüber hinaus hat er das amerikanische Volk beleidigt, indem er meinte, er habe es mit Dummköpfen zu tun. Er hat veranlaßt, in Grenada einzumarschieren, weil er zeigen wollte, daß die Vereinigten Staaten zu Gewaltanwendung bereit sind, um ihnen nicht genehme Regierungen loszuwerden.“ „Das Weiße Haus ... versucht zu beweisen, daß die Invasion in Grenada zur Rettung der Demokratie unternommen worden sei“, schrieb die englische Zeitung *Daily Mirror*. „Doch selbst in den Vereinigten Staaten wird dem kein Glauben geschenkt ... Die amerikanische Invasion ist gesetzwidrig.“

## Die Lüge von einer „Basis des Terrors“

Einige Tage nach der Landung der Marineinfanterie auf Grenada war die Reagan-Administration gezwungen, die Garnitur ihrer „Argumente“ schnellstens zu ergänzen. Dabei griff sie auf die alten Argumente zurück, daß die „Machenschaften“ der UdSSR und Kubas auf der Insel die Sicherheit der USA und der anderen Länder der Region „gefährdeten“, u. a. begannen offizielle Personen von „zwei“ wie auch immer getarteten „Bataillonen kubanischer Truppen“ auf Grenada zu sprechen. Wie es in diesem Zusammenhang in der *New York Times* hieß, hatte sich das „Reagan-Team“ zu einem derartigen Schrift „angesichts der scharfen Kritik innerhalb des Landes wie auch im Auslande“ entschlossen. Das also machte dringend eine zusätzliche Lüge, einen weiteren Betrug erforderlich. Bald schloß sich auch der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger dieser Sache an. Auf der Pressekonferenz am 28. Oktober erklärte er: „Die USA haben ausreichende Beweise dafür erhalten, daß Kuba die Insel in eine ‚Basis des Terrors‘ verwandeln wollte. Wenn man so viele Waffen und Ausrüstungen anliefern wird es vollkommen klar, daß man dies mit dem Ziel macht, die Insel in eine Basis zu verwandeln. Wir haben interveniert, bevor dies geschah“, erklärte der Chef des Pentagons. Völlig absurd wirkte die Erklärung des Führers der republikanischen Mehrheit im Senat, Howard Baker: „Meiner Ansicht nach waren

es die Kubaner, die auf Grenada eingedrungen sind, die amerikanischen Truppen haben dieses Land befreit. ... Wir sind exakt, durchdacht und gesetzrechtlich vorgegangen, als wir dort gelandet sind und das Land von der Last der kubanischen und russischen Überfremdung befreit haben.“

Aber auch dieser neue Winkelzug mit der Lüge von einer „sowjetisch-kubanischen Basis“ blieb erfolglos. „Auf Grundlage von Recherchen, einschließlich des am 28. Oktober durchgeführten Hearings zweier hochgestellter offizieller Personen der Administration, „gelangten die Senatoren zu dem Schluß, daß die Tatsachen über die Tätigkeit Kubas auf Grenada nicht die Richtigkeit der Erklärungen bestätigen, Kuba wollte die Insel jeden Augenblick besetzen oder sie in eine Basis zum Export von Terrorismus und Revolution verwandeln“, schrieb die *New York Times*.

Der Senator Patrick Moynihan und andere Mitglieder des Geheimdienst-Sonderausschusses des Senats zogen die Erklärung der Regierung über die auf der Insel entdeckten Waffenlager in Zweifel. „Wir haben gehört, Grenada sei ein Waffenarsenal der Sowjetunion und Kubas“, sagte Senator Moynihan. „Heute aber schlage ich die Zeitung auf und lese, daß viele Waffen, die dort aufbewahrt werden, vor 100 Jahren hergestellt worden sind und daß es sich dabei um wertvolle historische Exponate, u. a. um Karabiner aus dem 19. Jahrhundert, handelt.“

Quelle: Juri Alexandrow, Juri Gwosdew, Grenada: US-Terrorismus in Aktion, Dokumente, Fakten, Kommentare, APN-Verlag Moskau 1984

## „Man fürchtet unser Beispiel“

Unter dem Titel „Nicht vergessen – Grenada 1983“ erinnert Thomas Kacza, Berlin, in einer im Privatdruck 2022 hergestellten Broschüre an den vor 40 Jahren von den USA statuierten Überfall auf die kleine, sich dem sozialen Fortschritt verschriebene Karibikinsel. Der Autor schreibt: „1983 griff die US Army unter dem Code „urgent Fury“ Grenada an, nachdem dort die Regierung Bishop durch eine linksextreme Gruppe gestürzt worden war. Die Invasion wurde beendet, als eine USA-hörige Regierung die Macht übernommen hatte. Mit dieser Militäraktion wurde wieder einmal für ganz Lateinamerika ein Exempel statuiert. Sie reihte sich ein in eine bis dahin schon große und danach weiter erheblich aufgestockte Anzahl von Kriegshandlungen der USA – eine Linie, die Mark Twain 1901 (!) vorausgesehen zu haben scheint, als er bemerkte: „Man sollte im Sternenbanner die weißen Streifen der Flagge schwarz färben und die Sterne durch Totenschädel ersetzen!“

Zu beziehen über Kuba Si AG, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030/24 00 94 55 49

# Der Kongo im Visier der europäischen Zivilisation

*Eine Erinnerung an die „gezielte Tötung“ des kongolesischen Befreiungskämpfers Patrice Lumumba im Auftrag des US-Imperialismus*

*Ungedruckt gebliebene Notizen des jüdisch österreichischen Kommunisten Bruno Frei (1897–1988) mit dem Titel „Schwarze Magie – einst und jetzt. Lumumbas Ermordung und die Wiener Presse“ (1961) gaben dem Autor zu dieser historischen Erzählung den Anstoß. Grundlage dazu sind die im Archiv der Republik Österreich erhalten gebliebenen Berichte des seit 1958 in Brüssel als österreichischer Botschafter tätigen Ernst Lemberger (1906–1974). Dieser infor-*

*A Story of Greed, Terror, and Heroism in Colonial Africa“ geschrieben. Wer über Auschwitz spricht, muß über die Ströme von Blut in Ruanda (1994) sprechen, muß vom Völkermord im Kongo oder Vietnam und insgesamt über den anhaltenden Terrorismus der westlichen Welt sprechen. (...)*

*Im Jahr 1960 konstituierten sich in Afrika siebzehn neue Staaten, deren Völker sich formal von den Ketten des Kolonialjochs befreien konnten. Ende 1960 nahmen auf der 15. Sitzungsperiode der Vereinten Nationen (UNO) Delegationen von 21 afrikanischen Nationalstaaten teil, die in ihren unterschiedli-*

*chen afrikanischen Ländern war der anti-kolonialistische Befreiungskampf aufgrund der historischen Bedingungen vor sehr unterschiedliche Probleme gestellt. Eine sozialistische Revolution mit der Umwandlung der alten kolonialistischen Verhältnisse war im Kongo nicht am Horizont, es fehlte an entschlossenen einheimischen Kadern, an Technologie und Infrastruktur und an der Zeit. Belgische, britische und US-amerikanische Unternehmen hatten nur die Riesenprofite versprechende Ausbeutung der reichen kongolesischen Vorkommen an Kupfer, Kobalt, Diamanten, Gold, Zinn, Mangan und Zink im Sinne. Kriegswichtig waren der USA das aus der Shinkolobwe-Mine im Kongo von der belgischen Union Minière du Haut Katanga gelieferte Uranerz. 1958 baute General Atomic eine eigene Anlage zur Entwicklung der Kernenergie in Kinshasa. Mehr als 80 Prozent des für die Bomben von Hiroshima und Nagasaki benötigten Urans stammten aus dem Bergwerk Shinkolobwe.<sup>2</sup>*

*Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) spricht von „welthistorischen Individuen“, die auftreten, wenn sich „das Weiter-schreiten verknüpft mit einer Herabsetzung, Zertrümmerung, Zerstörung der vorhergehenden Weise der Wirklichkeit“.<sup>3</sup> Patrice Lumumba (geboren am 2. Juli 1925 in Onalua bei Katakombé, ermordet am 17. Januar 1961 in Élisabethville / Lubumbashi)<sup>4</sup> ist eine solche welthistorische Leitfigur, mit dessen Namen sich ein Epocheneinschnitt verbindet. Lumumba gehört der Bantu-Ethnie an, die in den nordöstlichen Provinzen des Kongo zu Hause ist. Als Postbediensteter in Stanleyville gründete er 1956 die Gewerkschaftsbewegung „Association du personnel indigène de la colonie“ und organisierte nach den Aufständen im Januar 1958 das „Mouvement National Congolais“ (MNC), die sich über die Stammes- und Provinzgrenzen im Kongo ausbreitete. Lumumba wollte das herrschende Kolonialregime in „Belgisch Kongo“ definitiv beenden und den Weg zu einer unabhängigen kongolesischen Nation öffnen. Sein auf der Panafrikanischen Konferenz in Accra im Dezember 1958 vorgestelltes Aktionsprogramm der am 5. Oktober 1958 gegründeten Kongolesischen Nationalbewegung beinhaltete den Wunsch, „daß in unserem großen Land ein demokratischer, moderner Staat errichtet wird, der Freiheit, Gerechtigkeit, sozialen Frieden, Toleranz, Wohlstand und Gleichheit ohne Diskriminierung für alle Bürger sichert“.<sup>5</sup> Im Dezember 1959 wurde Lumumba wegen seiner Angriffe auf das belgische Kolonialsystem verhaftet,*

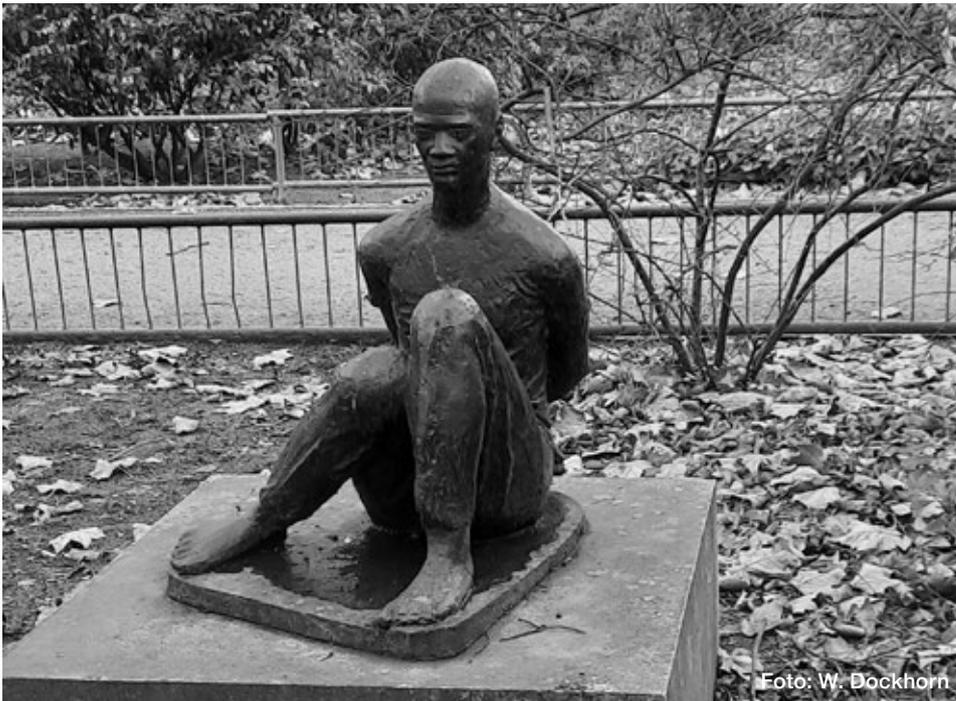


Foto: W. Dockhorn

**Lumumba-Skulptur in Berlin-Mitte auf dem Garrisonkirchplatz**

*mierte mit viel sozialpolitischem Engagement den seit 1959 als österreichischer Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wirkenden Bruno Kreisky (1911–1990). (...)*

*Der Kongo ist mit 2 344 858 km<sup>2</sup> ein riesig großes Land mit französischer Amtssprache und hat heute etwa 95 Millionen Einwohner. Auf der von Otto von Bismarck (1815–1898) einberufenen und mit bevollmächtigten Vertretern von fünfzehn Staaten beschickten Berliner Kongo-Konferenz (1884/1885), bei der über die Aufteilung Zentralafrikas unter verschiedenen Kolonialmächten beraten wurde, wurde der Kongo als „Privatkolonie“ des von den belgischen Oligarchen bejubelten Leopold II. (1835–1909) anerkannt. Die habsburgische Räuberdynastie war auf der Konferenz vertreten und stimmte allem zu, zumal Leopold II. mit ihr im selben Adelsboot saß. Im Kongo wurde vom christlichen Europa aus über die Jahrzehnte hinweg eine Gewalt-herrschaft etabliert, die zu den grausamsten Sklavensystemen der Geschichte gehört. (...) Das Schlüsselbuch zur Kolonialgeschichte des Kongo hat 1998 der US-Amerikaner Adam Hochschild (\*1942) mit „King Leopold’s Ghost.*

*chen politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen von den Alptraumlasten des Kolonialismus geprägt waren. Der algerische Befreiungskampf dauerte bis zur Proklamierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien am 25. September 1962 noch an.<sup>1</sup> Das Auftreten der formal unabhängigen afrikanischen Länder war von Verflechtungen mit der imperialistischen Politik angeleitet. Ausnahmen sind Kwame Nkrumah (1909–1972) von Ghana und Ahmed Sékou Touré (1922–1984) von Guinea, die dem Monopolkapitalismus nicht die Türen öffnen wollten. (...)*

1 Vgl. Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Teil III. Christian Mährdel (Herausgeber). Afrika vom zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems. Pahl Rugenstein Verlag Köln 1983; Rainer Falk / Peter Wahl (Hrsg.): Befreiungsbewegungen in Afrika. Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980.

2 Hochschild, Schatten über dem Kongo, S. 393.

3 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die Vernunft in der Geschichte. Hg. von Johannes Hoffmeister. De Gruyter Hamburg 1955, S. 96 f.; vgl. Hans Heinz Holz: Die Klassiker der III. Internationale. Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie. Band 2. Aurora Verlag Berlin 2011, S. 219.

4 Patrice Lumumba – Wikipedia

5 Falk / Wahl, Befreiungsbewegungen, S. 124 f., hier S. 124.

dann aber zu der im Jänner 1960 einberufenen Table Ronde in Brüssel als Führer der stärksten kongolesischen Partei freigelassen.

### Der US-Imperialismus schätzt Lumumba als Bedrohung ein

Anfang Juni 1960 hatte die Mouvement National Congolaise bei allen durch die tribalen Unterschiede bedingten Probleme mit mehr als ein Drittel aller Stimmen die Wahlen im Kongo für sich entschieden. Patrice Lumumba wurde erster Ministerpräsident der mit 30. Juni 1960 unabhängig gewordenen Republik Kongo (République du Congo). Als Staatspräsident des Kongo fungierte der Katholik Joseph Kasavubu. Es war ein erster Schritt in die Revolution hinein ohne jede Gelegenheit für sich entschiedenen Ausbau. Während der Unabhängigkeitsfeier in Léopoldville (seit 1966 Kinshasa) hat der tiefkatholische belgische König Baudoin (1930–1993) das Kolonialregime mit allen seinen Metzeleien gerühmt: „80 Jahre lang hat Belgien dem Kongo seine besten Söhne geschickt, zuerst um das Kongo-Becken vom abscheulichen Sklavenhandel zu befreien, der die Bevölkerung dezimiert hatte; dann um die einst verfeindeten Stämme zusammenzubringen, die nun den größten aller unabhängigen Staaten Afrikas ausmachen werden.“ Und zum Schluß seiner Heuchelrede sagt Baudoin: „Jetzt liegt es bei Ihnen, meine Herren, sich unseres Vertrauens würdig zu erweisen.“<sup>6</sup> Der aufgebrachte Lumumba erwiderte vor den anwesenden Diplomaten und Vertretern der Presse wie vor seinen Landsleuten: „Wir haben erleben müssen, daß man uns verhöhnte, beleidigte, schlug, tagaus, tagein, von morgen bis abends, nur weil wir Neger waren. (...) Wir haben erleben müssen, daß man unser Land raubte, aufgrund irgendwelcher Texte, die sich Gesetze nannten, aber in Wahrheit nur das Recht des Stärkeren verbrieften. (...) Auch die Erschießungen, denen so viele unserer Brüder zum Opfer fielen, wird niemand von uns je vergessen, die Kerker, in die man gnadenlos alle warf, deren einziges Verbrechen es war, sich nicht länger einer Justiz fügen zu wollen, die das Geschäft der Unterdrücker und Ausbeuter besorgte.“<sup>7</sup>

Am 28. Juli 1960 schreibt Botschafter Lemberger an Außenminister Kreisky, daß seine Befürchtungen über die Entwicklung im Kongo noch bedeutend übertroffen worden seien, und zwar in einem Tempo und in einem Maße, „wie man es sich vorher wohl kaum hat vorstellen können“. „Bereits die Rede des neuen Ministerpräsidenten Lumumba anlässlich der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten“, so argumentiert Lemberger, „ließ nichts Gutes erwarten; sie war das Wetterleuchten, welches das Herannahen des Gewitters anzeigte. (...)“

Nur eine Woche nach dem Amtsantritt von Lumumba als Regierungschef meuterten Teile des kongolesischen Militärs, unterstützt und geführt von den am 10. Juli 1960 eingeflogenen belgischen Fallschirmjägern. Die Regierung Lumumba gab am 11. Juli eine 30prozentige Lohnerhöhung für alle afrikanischen Arbeiter bekannt. Der von den belgisch-britischen Monopolen korrumpierte Moïse Tschombé (1919–1969) rief die Republik Katanga aus (11. Juli 1960), Albert Kalonji (1929–2015) erklärte das mit Industriediamanten reiche Süd-Kasai für unabhängig (30. Juni 1960). Am 13. Juli 1960 ersuchte Lumumba die UNO um Entsendung militärischer Unterstützung zur Bekämpfung der zur Sezession führenden belgischen Aggression. (...) Die Versuche der Zentralregierung von Lumumba, die Einheit des Landes mit Unterstützung der UNO zu retten, scheiterten wegen der widersprüchlichen Manöver der UNO-Mehrheit mit Generalsekretär Dag Hammarskjöld (1905–1961). Die UNO weigerte sich mit ihrer mehrheitlich angenommenen Resolution 143, die belgischen Truppen aus dem sich abspaltenden Katanga zu vertreiben. Am 14. Juli 1960 ließ Lumumba offen, ob er sich direkt an die Sowjetunion um Hilfe wenden werde. Der Kongo war in das Zentrum des Kalten Krieges gerückt.<sup>8</sup> Seit der Präsidentschaft von Dwight D. Eisenhower (1890–1969) und seit den Brüdern Dulles, John Foster Dulles (1888–1959) als Außenminister und Allen Welsh Dulles (1893–1969) als Gründer des Central Intelligence Agency (CIA) hatte die CIA mit unbeschränktem Budget freie Hand für ihre verdeckten Operationen und Mordanschläge im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen der Ausgebeuteten, Armen und Unterdrückten in der ganzen Welt. Der lateinamerikanische Befreiungstheologe Ernesto Cardenal (1925–2020) hatte Einsicht in ein von der CIA 1983 verfaßtes Handbuch „Psychologische Operationen im Guerilla-Krieg“, in dem das „Neutralisieren“ gezielt ausgewählter Personen erläutert wird. Cardenal schreibt, wie laut „New York Times“ im Vietnamkrieg der CIA für Mord den Ausdruck „mit extremer Endgültigkeit abschließen“ benützt hat.<sup>9</sup> Cardenal hat die Exekution von Oscar Romero (1917–1980) am 24. März 1980 und jene von sechs Jesuitenpatres in El Salvador am 16. November 1989 im Auftrag der CIA erlebt.<sup>10</sup>

Am 31. August 1960 wurde in Léopoldville noch eine Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas beendet, die das kongolesische Volk der vollen Unterstützung im Kampf gegen die Kolonialisten versicherte. Die USA-Regierung befürchtete, Lumumba sei in der Lage, ein afrikanischer Fidel Castro (1926–2016) zu werden und gab grünes Licht für seine Ermordung.<sup>11</sup> Der nach Geld gierende und vom schweizerischen Bankplatz den westlichen Werten angemessen betreute Oberst Sese Seko Mubutu (1930–1997) und die Marionette Kasavubu, der sich am 5. September 1960 in einer Rede von Lumumba distanzierte, befolgten den Auftrag ihrer Geldgeber. Der örtliche Vertreter der CIA schrieb nach Washington, es bleibe nur wenig Zeit, um im Kongo ein zweites Kuba zu verhindern. Am 14. September 1960 wurden die Sitzungen des kongolesischen Parlaments unterbrochen und Lumumba als Regierungschef abgesetzt. Die mit 15. Juli 1960 von der UNO entsandte Friedenstruppe mit etwa 18 000 Mann, in der seit Anfang Dezember 1960 ein Sanitätskontingent des österreichischen Bundesheeres beteiligt war,<sup>12</sup> schaute bis zum Ende ihres Einsatzes (1964) nur weg.

Weihnachtszeit im Kongo 1960/1961! Nach wie vor wurde der abgesetzte Regierungschef Lumumba vom internationalen Finanzkapital als Gefahr eingeschätzt. Deshalb wurden am 1. Dezember 1960 Patrice Lumumba, Verteidigungsminister Maurice Mpolo (1928–1961) und Senatspräsident Josef Okito (1910–1961) in Port Franqui (Ilebo) von Einheiten unter dem Befehl von Mubutu verhaftet und im Gefängnis von Thysville eingekerkert. Unter der Befehlsgewalt belgischer Offiziere wurden Lumumba, Mpolo und Okito am 17. Januar 1961 nahe von Élisabethville (seit 1966 Lubumbashi) getötet.<sup>13</sup> Lumumba war nur 36 Jahre alt geworden. Belgische und US-amerikanische Agenten waren an seiner gezielten Tötung beteiligt. Der Widerstand von Anhängern Lumumbas mußte scheitern, weil die imperialistischen Kräfte des Westens alles militärisch und finanziell Notwendige aufgeboden haben, um die Ausbeutungsverhältnisse abzusichern.<sup>14</sup> (...)

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

*Redaktionell gekürzt*

*Auszug aus „Weihnachtszeit im Kongo 1960/1961“, Zeitung der Arbeit, Wien, 24.12.22*

- 8 Niall Ferguson: Kissinger. Der Idealist – 1923–1968. Aus dem Englischen von Michael Bayer und Werner Roller. Propyläen Berlin 2015, S. 462; David Van Reybrouck: Kongo. Eine Geschichte. Aus dem Niederländischen von Waltraud Hüsmert. Suhrkamp Berlin 5. A. 2021, S. 356 f.
- 9 Ernesto Cardenal: Im Herzen der Revolution. Erinnerungen Band 3. Aus dem nicaraguanischen Spanisch von Lutz Kliche. Peter Hammer Verlag Wuppertal 2004, S. 266.
- 10 Martin Maier: Oscar Romero. Prophet einer Kirche der Armen. Herder Verlag Freiburg/Basel/Wien 2015; Jon Sobrino: Der Preis der Gerechtigkeit. Briefe an einen ermordeten Freund. Echter Verlag Würzburg 2007.

6 Böhm, Gott und die Krokodile, S. 231; Hochschild, Schatten über dem Kongo, 423 f.

7 Zitiert nach Andrea Böhme, Gott und die Krokodile, S. 233; auch (mit etwas anderen Passagen) Daniele Ganser: Imperium USA. Die skrupellose Weltmacht. orell füssli Verlag Zürich 2020. Dort bes. S. 173–175 (Die CIA ermordet Premierminister Lumumba im Kongo 1961), hier S. 174.

11 Hochschild, S 424.

12 Bundesheer – Die Geschichte der österreichischen Streitkräfte – Chronik (1960–1969)

13 Samuel Mistelli / Fabian Urech: Seine Ermordung machte ihn zum Märtyrer. Vor sechzig Jahren wurde er kongolesische Unabhängigkeitsheld Patrice Lumumba getötet – mit Unterstützung Belgiens und der CIA. NZZ vom 18. Januar 2021.

14 Artikel Zaire von Ulf Schmidt (Leipzig) in: Weltgeschichte. Kleine Enzyklopädie, Band 2, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1981, S. 469–471.

# Der internationale Dschihadismus – von Afghanistan in die Welt?

## „Die Hydra des Dschihadismus“

Der in der Bundesrepublik Deutschland geborene Journalist mit ägyptischen Wurzeln, Asiem El Difraoui, hat nun ein umfangreiches Buch zum internationalen Dschihadismus vorgelegt. Der Autor gibt darin einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des islamischen Fundamentalismus, beginnend 1928 mit den Muslimbrüdern in Ägypten bis zur Entstehung des Islamischen

islamistischen afghanischen Gruppierungen in Peshāwar in Konflikt. Sie fühlten sich von ihm bevormundet, weswegen er am 24. November 1989 bei einem Bombenattentat in Peshāwar, möglicherweise von der Hesbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar, getötet wurde.

Ohne den US-Krieg gegen Irak im Jahre 2003 und die Auflösung seiner gesamten staatlichen Strukturen hätte es den IS nicht ge-

das World Trade Center detailliert vorgelegt haben. Al-Qaida kann man wohl einiges zutrauen, aber eine Dummheit dieser Art doch eher weniger.

Obwohl El Difraoui sehr ins Detail geht, sind seine umfassenden Informationen über den internationalen islamischen Dschihadismus und Terrorismus für interessierte Kreise von beachtlichem Nutzen.



**Ohne US-Überfall auf den Irak kein „Islamischer Staat“. Allein in Mossul zerstörten die USA etwa 100 000 Häuser**

Staates (IS), den er mit dem arabischen Namen „Daisch“ (Islamischer Staat Irak und Syrien) beschreibt. Der Daisch ist in Folge des US-Krieges gegen Irak im Jahre 2003 entstanden. Zur Rolle des Dschihadismus und des islamischen Terrorismus im Kontext des afghanischen Bürgerkrieges (1978–1992) stellt er fest: „Amerika, Pakistan und Saudi-Arabien schmiedeten eine Allianz.“ Die USA lieferten die Waffen, Saudi-Arabien finanzierte und rekrutierte arabische Kämpfer und Pakistan unterstützte logistisch die internationalen islamistischen Dschihadisten gegen Afghanistan. Sie galten insgesamt als Geburtshelfer des islamischen Terrorismus, der heute auf allen Kontinenten operiert. Das ist die Quintessenz des Buches.

Während der eigentliche Erfinder des modernen Dschihadismus im Kontext des Afghanistankonfliktes Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, gewesen ist, war dessen ideologischer Schulmeister der islamistische Palästinenser Dr. Abdallah Jusuf Azzam. Asiem El Difraoui hat die Rolle von Azzam bei der Entwicklung des islamischen Terrorismus gegen Afghanistan sehr gut herausgearbeitet. Da dieser sich als überzeugter ideologischer Vordenker des Dschihadismus ansah, geriet er mit den radikalen

geben. Die neue, von den USA eingesetzte, Regierung, bestehend aus Ameriko- und Euro-Exil-Irakern, war nicht in der Lage, die Einheit und Stabilität Iraks zu gewährleisten, wie Asiem El Difraoui kritisch bemerkt. Dies stuft der Autor als den größten strategischen Fehler der USA im Irak ein.

Die brutale Kriegführung und Zerstörung irakischer Städte, wie z.B. Mossul, die der Autor mit „Stalingrad“ vergleicht, wobei 100 000 Häuser zerstört und zwischen 9 000 bis 11 000 Zivilisten getötet wurden, begünstigten die Entstehung eines breiten nationalen Widerstandes gegen die US-Besatzer.

El Difraoui stellt zahlreiche auf fast allen Kontinenten operierende Dschadisten vor. Er sieht die Lösung des internationalen islamischen Terrorismus nicht in ihrer Bekämpfung, sondern eher in einem Dialog mit ihnen und in ihrer Integration.

Der Autor, ein erfahrener Journalist, ist meines Erachtens ab und zu etwas leichtgläubig. Er lässt sich von dem ägyptischen Journalisten Yosri Fouda, der für den katarischen TV-Sender „Al Jazeera“ arbeitete, ein echtes orientalisches Märchen erzählen, das der Autor als Tatsache verbreitet. Diesem Fozda sollte angeblich ein Al-Qaida-Mitglied in der pakistanischen Stadt Karatschi die Pläne für das Attentat des 11. Septembers 2001 auf

## „Afghanistan verstehen“

Unter diesem Titel hat Rainer Hermann ein Buch über die Geographie, Geschichte, den Glauben und die Gesellschaft Afghanistans verfasst. Im ersten Kapitel beschreibt er die Topographie des Landes als ein Faktor für die optimale Verteidigung gegen fremde Eroberer. Afghanistan ist ein armes Land, obwohl es reich an Bodenschätzen ist. Das ist es aber nicht, was die jeweiligen Eroberer anlockte, sondern eher die geostrategische Lage Afghanistans. Dann geht er weit in die Geschichte bis in die Antike zurück, angefangen von Alexander dem Großen, über die britische Kolonialmacht im 19. Jahrhundert, deren drei Kriege und die Besetzung Afghanistans, die dann mit einer totalen Niederlage der Armee des Empire im Januar 1842 endeten. Er reduziert die afghanische Geschichte sehr auf die Herrscher, eine Art „Sultanisierung“ der Geschichte, wobei er der Rolle der afghanischen Völker weniger Raum einräumt. Dies hat wohl damit zu tun, daß er sich diesbezüglich hauptsächlich am Buch des Ethnologen Conrad Schetter „Kleine Geschichte Afghanistans“ orientiert hat. Die Jahre der Demokratischen Republik Afghanistan (1978–1992) und die der sowjetischen Intervention (1979) behandelt Rainer Hermann mit Ressentiments. Der Autor stützt sich dabei auf die Angaben von Wilhelm Dietl, einem ausgewiesenen pathologischen Anti-Kommunisten und Anti-Sowjetisten. Es wird behauptet, daß in der Nacht zum 25. Dezember 1979 im „Zehnminutentakt“ sowjetische Transportflugzeuge in Kabul gelandet wären. Woher Herrmann das so genau weiß, gibt er jedoch nicht an. Oder: „Die Sowjets schickten Panzer und Kampfhubschrauber los, die Dörfer auslöschten“. Auch hier wird keine Quelle genannt. Solche Behauptungen hat nicht einmal die CIA verbreitet.

Nach der sowjetischen Intervention und der Machtübernahme durch Babrak Karmal (1979–1986) wurden zahlreiche Fehler seines Vorgängers Hafizullah Amin (Sept. 1979–Dez. 1979) korrigiert und den Nationalitäten besondere Aufmerksamkeit geschenkt, indem „deren Sprachen zu Nationalsprachen erklärt wurden. Diese Politik hatte möglicherweise auch das Ziel verfolgt, die Tadschiken, Usbeken und Turkmenen aus Afghanistan herauszulösen, um sie später in die gleichnamigen Sowjetrepubliken einzugliedern“. Diese absurde Behauptung

Conrad Schetters übernimmt der profilierte FAZ-Journalist Rainer Herrmann ganz ohne Bedenken.

Die Mujaheddin stellt er als Räuberbanden, Plünderer, Vergewaltiger, Zerstörer von Kabul und als Mörderhorden dar. „1993 und 1994 sollen den Bombardements von Hekmatyars Miliz 40 000 Menschen zum Opfer gefallen sein.“ Die vom Westen und ihren regionalen Verbündeten protegierten ehemaligen Freiheitskämpfer haben 1992 in den „Kämpfen in und um Kabul (...) bis zu 80 000 Afghanen“ getötet. Daraufhin setzte eine nie dagewesene Massenflucht ein, „Kabul glich einer Geisterstadt“. Der Autor benennt die feindselige Rolle Pakistans sowie der arabischen Mujaheddin und beschreibt sehr ausführlich, zum Teil märchenhaft, die Organisation der Taliban, gestützt auf den pakistanischen Journalisten Ahmed Rashid.

Nach der ersten Schreckensherrschaft der Taliban (1996–2001) wurden durch direkte Intervention der USA die Ameriko- und Euro-afghanischen Räuberhorden in Kabul an die Macht gehievt. Mahmud Karzai, der drittgrößte Anteilseigner und Bruder von Präsident Hamid Karzai, hatte 2010 „knapp 1 Milliarde Dollar“ aus der 2004 gegründeten Kabul-Bank entnommen und auf seine Konten in Dubai transferiert. Ab 2001 sind von den internationalen Hilfgeldern für Afghanistan unzählige Milliarden US-Dollar auf Konten bei internationalen Banken, bevorzugt nach Dubai, abgezweigt worden. „Prominente Afghanen erwarben in der Zeit in Dubai Luxusimmobilien.“ Der erste Vize-Präsident von Hamid Karzai, Ahmad Zia Massud, wurde 2009 am Flughafen in Dubai mit 52 Millionen US-Dollar Bargeld in seinem Koffer festgenommen.<sup>1</sup> Spätestens mit der Etablierung des Karzai-Regimes vermischten sich die Grenzen zwischen den Organen des Staates mit den Warlords, Kriegsverbrechern und Heroinbaronen. Diese korrupte und inkompetente Ameriko- und Euro-afghanische Kaste war „das Haupthindernis für eine erfolgreiche und nachhaltige Stabilisierung Afghanistans“ und im Endergebnis der Wegbereiter für die erneute Machtübernahme der Taliban und die epochale Niederlage der USA und der NATO am Hindukusch.

### „Die Talian“

Die Taliban gelten seit 1978 als untrennbarer Bestandteil des afghanischen Bürgerkrieges. Sie waren Kinder, zum Teil Waisenkinder, afghanischer Flüchtlinge und wurden aus den pakistanischen Flüchtlingslagern in die Madrasah, die sogenannten Koranschulen, aufgenommen. Dort wurden sie ideologisch und militärisch ausgebildet. Später galten sie als

Elitetruppe der islamistischen Mujaheddin, vergleichbar mit der deutschen Elitetruppe „Kommando-Spezial-Kräfte“ (KSK) bei der Bundeswehr. Über diese islamisch-fundamentalistische Kampftruppe sind schon einige Bücher geschrieben worden. Nun haben der Ethnologe Conrad Schetter und seine Mitarbeiterin Katja Mielke die schon bekannten Informationen und Daten in einem kleinen Büchlein zusammengefaßt. Sie sind bemüht, eine ausgewogene Darstellung der Taliban, vor allem seit ihrer erneuten Machtübernahme Mitte August 2021, zu präsentieren. Dabei weisen sie auf die Beendigung des



**Bauarbeiten an der Straße Kabul–Kandahar, einem Teil des Ringstraßensystems Afghanistans**

Krieges, die Wiederherstellung von Sicherheit, die Eindämmung der Kriminalität und die Anordnung der Taliban, daß Frauen ohne ihre Zustimmung nicht verheiratet werden dürfen usw., hin. Deswegen befürchten die Autoren als „Taliban-Versteher“ kritisiert zu werden. Die Autoren beschreiben die erste Herrschaftsperiode der Taliban (1996–2001) mit ihrer Rückständigkeit. Bei der Machtübernahme der Taliban 1996 weisen sie auf den ökonomischen Hintergrund durch den US-Energie-Konzern UNOCAL und die saudische Delta-Öl hin, die eine Pipeline von Mittel- nach Südasien durch Afghanistan ziehen wollten. Die historische Mission der Taliban wurde darin gesehen, durch die Vertreibung der Mujaheddin den Bürgerkrieg zu beenden, um die Bedingungen für die Durchführung dieses Projektes zu schaffen. Bekanntlich wurde das Taliban-Regime in Folge des 11. September 2001 gestürzt, aber es dauerte nicht lange, bis die Islamisten erneut verstärkt den Kampf gegen die US- und NATO-Einheiten aufnahmen. Die USA mußten nach jahrelangen Verhandlungen mit den Taliban im August 2021 endgültig ihre Kapitulation akzeptieren. Die Autoren beschreiben sehr detailliert die Strukturen, ihre Strategie und die regionalen und internationalen Verbindungen zu anderen islamistischen Djihadisten, wie dem Haqqani-Netzwerk, der Al-Qaida und besonders zu ihren Förderern, die einflußreichen Islamisten in Pakistan. Zum Schluß weisen sie auf den heutigen Einfluß Pakistans auf die Taliban hin und kommen zu der Feststellung: „Sicherlich hat Islamabad sein Ziel erreicht und nun eine Regierung in Kabul installiert, die keine pakistanfeindliche Politik betreiben wird.“ Neben den Nachbarn Afghanistans werden auch Europa und die

USA mittelfristig die afghanischen Realitäten akzeptieren müssen.

### „Am Ender der Straße, Afghanistan zwischen Hoffnung und Scheitern“

Der für die Wochenzeitung *Die Zeit* arbeitende Wolfgang Bauer war viele Male als „embedded“-Journalist bei den US- und NATO-Einheiten in Afghanistan. Jetzt hat er eine große Rundreise entlang der „Ring Road“ mit einer Gesamtlänge von 2200 Kilometern unternommen und darüber ein Buch geschrieben. Der Autor charakterisiert die vom Westen eingesetzten Regierungsmitglieder unter Hamid Karzai und Ashraf Ghani als Räuber. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er zwei Brüdern von Karzai, Mahmud und Shah Wali. Der erste, bekannt als „König von Kandahar“ und Drogenbaron, wurde von seinem Rivalen, einem Drogenhändler, getötet. Die Karzai-Brüder „hatten große Businessimperien aufgebaut, nachdem ihr Bruder Hamid Präsident geworden war“. Darüber hinaus porträtiert er die Hochstaplerin, Lieblings- und Vorzeige-Frau des Westens, Zarifa Ghafari, die er mehrere Tage dienstlich und privat begleitete. Sie hatte durch Beziehungen – ihr Vater war ein General – ein Stipendium für Indien bekommen.

Danach ist sie als junge und unerfahrene Frau zur Bürgermeisterin in der südlich von Kabul gelegenen Stadt Maidan Shahr ernannt worden. Der Autor weist nach, daß Ghafari eine Lügnerin ist und ihre Haupttätigkeit darin bestand, an ihrer weiteren Karriere zu arbeiten, gar Präsidentin Afghanistans zu werden. Als Bürgermeisterin schikanierte und vertrieb sie die fliegenden Händler mit ihren Holzkarren, weil sie angeblich den Verkehr behinderten. Als ihre größte Leistung propagierte sie ihre Idee, einen Park mit einem Riesenrad für 130 000 Euro bauen zu wollen. Angeblich hätte sie weitere 14 Projekte und eine erfolgreiche Steuereinnahmebilanz nachzuweisen. „Sie lügt“, sagt Abdul Matin Beg, Berater des Präsidenten Ghani. Seit August 2021 ist Ghafari in Deutschland und wird als Heldin gefeiert, mit Preisen ausgezeichnet und sogar von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen. Während seiner Reise nach Nord-Afghanistan passierte er den legendären 2,4 Kilometer langen Salang-Tunnel, der auf 3400 Meter Höhe am Hindukusch zwischen 1958 und 1964 durch die Sowjetunion erbaut worden war und von ihm als „die Lebensader einer ganzen Nation“ bezeichnet wird.

**Dr. Matin Baraki**

*Asiem El Difraoui: Die Hydra des Dschihadismus, Suhrkamp-Verlag Berlin 2021, 367 S.*

*Rainer Herrmann: Afghanistan verstehen, Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2022, 224 S.*

*Conrad Schetter/Katja Mielke: Die Taliban, C.H. Beck, München 2022, 128 S.*

*Wolfgang Bauer: Am Ender der Straße, Afghanistan zwischen Hoffnung und Scheitern, Suhrkamp Verlag, Berlin 2022, 395 S.*

<sup>1</sup> Vgl. Steele, Jonathan und Jon Boone/ Wikileaks: Afghanischer Vizepräsident „mit 52 Millionen Dollar in bar in Dubai gelandet“, Quelle: <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/02/wikileaks-elite-afghans-millions-cash>.

# Wem nützt die Dominanz des Westens?

In seinem Artikel „Warum Deutschland zu den USA hält“ vom 12. Dezember 2022 vertritt der Autor Bernd Murawski in bezug auf die Ordnung der westlichen Dominanz u. a. folgenden Standpunkt: „Nutznießer sind nicht nur die gesellschaftlichen Eliten, sondern die gesamte Bevölkerung der reichen Industrieländer, darunter sogar die Empfänger von Sozialhilfen, Renten und Pflegeleistungen. Die vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie auch die immer kostspieligeren Gesundheitsdienste wären nicht finanzierbar, wenn Vertreter des Westens nicht auf globaler Ebene nahezu frei agieren könnten.“

Diese Aussage ist meiner Meinung nach so nicht haltbar. Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Die Ökonomie des zweiten deutschen Staates beruhte nicht auf der Ausbeutung anderer Länder. Das hatte an einigen Punkten sichtbare Nachteile, explizit im Angebot an Kaffee, Bananen und Orangen; aber wer heute sieht, daß Vietnam einer der weltgrößten Kaffeeproduzenten ist, sollte dabei auch daran denken, daß die DDR diese Produktion einst angestoßen und gefördert hat und damit den Mangel an Kaffee schon fast behoben hatte, und zwar ohne jede Ausbeutung, als sie von der Landkarte verschwand.

Wie ist es mit Gesundheitsdiensten, Bildung, Kultur und Freizeit? Auch da war das Angebot dort wesentlich reichhaltiger. Jedes Dorf hatte sein Kulturhaus. Seit 1989 hat sich die Spaltung zwischen Stadt und Land in dieser Hinsicht auch im Westen weiter verschärft; das Land ist schlicht kulturelle Wüste. Gesundheitsdienste, das zeigt das Beispiel der USA, sind dann richtig teuer, wenn sie der Erzielung von Gewinnen dienen sollen. In Deutschland hat sich die Versorgung seit Anbeginn der Privatisierung im Gesundheitswesen ebenfalls kontinuierlich verschlechtert, und da die Einkommen der Beschäftigten im Interesse eben dieser Gewinne niedrig gehalten werden müssen, steht der ganze Sektor inzwischen vor dem Zusammenbruch mangels Pflegekräften. Reden wir von den Renten. Sie wurden seit den 70ern kontinuierlich gekürzt, und eine Mehrheit der Rentner erhält nicht genug, um davon mehr als irgendwie überleben zu können. Soll das wirklich eine Beteiligung am kolonialen System darstellen? Wäre es tatsächlich so, daß ohne Elend in Afrika, Asien und Lateinamerika die Mehrheit der Bevölkerung des Westens darben müßte? Murawski macht das an den Rohstoffpreisen fest, die steigen müßten, wenn die Länder, aus denen sie stammen, angemessen dafür bezahlt würden. Wenn man sich nun die langfristige Entwicklung einiger Rohstoffpreise betrachtet, vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute, stellt

man fest, daß es von Beginn der 60er bis Ende der 70er Jahre eine Phase relativ hoher Rohstoffpreise gab. Man könnte das die „Souveränitätsbeule“ nennen. Die alte Form der kolonialen Herrschaft, der direkten Regierung durch die Kolonialmacht, war beendet, und die neue Form, via IWF und



**Kaffeestrauch in der Provinz Lam Dong. Vietnam ist heute nach Brasilien zweitgrößter Kaffeeproduzent – auch mit Hilfe der DDR**

Weltbank, war noch nicht richtig etabliert; also stiegen die Rohstoffpreise.

Die Tatsache, daß ab den 70ern in allen westlichen Industrieländern die Sozialsysteme ab- und nicht mehr aufgebaut wurden, hat allerdings mehr mit der Entwicklung im Bereich der Automobil- und Elektroindustrie zu tun, die den Höhepunkt ihrer Ausweitung Anfang der 70er überschritten hatte, als mit dieser vorübergehenden Phase stärkerer Souveränität. Tatsache ist: Seit der Zeit von vor 50 Jahren ist die Produktivität enorm gestiegen. In vielen Fällen ist der im Vergleich zu damals deutlich niedrigere Preis mancher Produkte vor allem eine Widerspiegelung dieser Produktivitätsentwicklung. Ein Fernseher wird heute mit wesentlich weniger Arbeitszeit gebaut als vor 50 Jahren; das bliebe so, selbst wenn die verbauten Rohstoffe teurer würden. Die Textilindustrie ist vor allem deshalb früh in Entwicklungsländer abgewandert, weil sich dadurch die fertigen Waren weit über den eigentlichen Produktionskosten verkaufen ließen – ein zwangsläufig vorübergehender Vorteil, der zu einer Art Wanderzirkus führte, der inzwischen in Afrika angekommen

ist. Inzwischen sind große Teile der industriellen Produktion der Textilindustrie gefolgt; Waschmaschinen kommen in Deutschland beispielsweise vorwiegend aus der Türkei.

Aber hätte eine gerechtere Weltordnung die Folge, daß die normale Bevölkerung im Westen weniger konsumieren könnte? Wenn man betrachtet, wie die Entwicklung seit der ökonomischen Wende der 70er Jahre verlief, und welche Folgen die neoliberale Politik, die sich in all diesen westlichen Ländern durchsetzte, auf die Einkommen und deren Verteilung hatte, ist das fraglich. Damals konnte eine Arbeiterfamilie mit einem Einkommen ein Haus bauen und Kinder aufziehen. Heute muß sie mit zwei Einkommen zwischen Haus und Kindern wählen, wenn sie überhaupt genug einnimmt, um sich eines von beidem leisten zu können. Die unteren Einkommen sind seit Jahrzehnten real eher gesunken, nicht gestiegen; was wie ein höherer Konsum scheint, ergibt sich nur aus den sinkenden Werten der konsumierten Produkte. Aber sich problemlos einen Computer kaufen zu können, gleicht nicht aus, die eigene Wohnung zu besitzen, weil dies gerade im Alter die beste Absicherung darstellt. Sämtliche Sozialleistungen sind, wie die Löhne, nicht mit der Produktivität gestiegen, sondern im Gegenteil immer weiter gesunken. Also wohin sind die Erträge dieser Produktivität geflossen? Gerade in Deutschland ist das besonders extrem. In all den Jahren als Exportweltmeister kam nichts bei der Bevölkerung an;

der größte europäische Niedriglohnsektor wurde gelobt, aber letztlich wurde aus den Taschen der Produzenten das genommen, was am Ende über den Umweg des Exports bei den Besitzern der Produktionsmittel dieser Exportwirtschaft ankam. Innerhalb dieser ganzen Zeit bestand das Abhängigkeitssystem über IWF und Weltbank, und setzte sich im Gefolge der Finanzkrise 2008 mit den Troika-Verträgen sogar innerhalb der EU fort; schrecklichen, strangulierenden Verträgen, die massive Einschnitte ins Sozialsystem vornahmen. Wenn die These, die Murawski aufstellt, tragfähig wäre, wo war dann in all diesen Jahren der Aufstieg der ausgebeuteten Länder? Der Verlauf war anders; sowohl dort als auch in den besagten Kernländern wurde die Ausbeutung verschärft. In welcher Form bitte haben die Bewohner der US-amerikanischen Zeltstädte teil an der kolonialen Ausbeutung, die Insassen des US-Gefängnisystems? Es ist die Entwicklung des Rentenkaptals, die das Problem darstellt. Als die Automobil- und Elektroindustrie ihren Höhepunkt überschritten hatten, reagierten alle westlichen Länder gleich: Sie beseitigten gesetzliche

Zinsschranken, hoben Begrenzungen der Spekulation auf und sorgten mit der neoliberalen Politik dafür, daß Bereiche zum Zwecke der Gewinnerzielung umgebaut wurden, die ihrer Natur nach nicht dafür geeignet sind. Ein einfaches Beispiel: die Privatisierung des Gesundheitswesens.

In allen westeuropäischen Ländern war das Gesundheitswesen staatlich bzw. durch die Versicherungen der Beschäftigten finanziert, aber nur ein relativ kleiner Sektor der Privatmedizin für die Reichen war gewinnorientiert. Dann wurden immer mehr private Kliniken zugelassen, und selbst kommunalen und Landeskliniken wurde auf einmal die Auflage erteilt, sie müßten als „Beteiligung“ Gewinne erwirtschaften. Was wäre noch vor fünfzig Jahren das Ergebnis gewesen? Die dadurch gestiegenen Kosten (der Gewinn muß ja auf die eigentlichen Kosten aufgeschlagen werden) hätten sich in Gestalt höherer Krankenkassenbeiträge bemerkbar gemacht; daraufhin hätten sich die Beschäftigten einen höheren Lohn erkämpft, was wiederum für die Besitzer der Produktionsunternehmen den Gewinn gesenkt hätte. Solange also die Beschäftigten sich gegen diese Angriffe auf ihr Einkommen wehren können, bleibt die Privatisierung des Gesundheitswesens für die Gesamtklasse der Kapitalbesitzer ein Nullsummenspiel: Was der eine gewinnt, verliert der andere. Erst nach der weitgehenden Zerschlagung der Gewerkschaften machte diese Privatisierung Sinn; letztlich ist sie nichts anderes als eine raffinierte Form der Lohnsenkung. Das Problem Anfang der 70er war bereits zu viel Kapital und zu wenig Möglichkeit, es irgendwo gewinnbringend zu investieren. Die großen Summen des nutzlosen Geldes flossen in Grund und Boden sowie Immobilien und schraubten die Mieten nach oben. Wenn man überprüft, wieviel die Bürger der DDR für ihren Wohnraum zahlten und wieviel die meisten heute dafür zahlen müssen, sieht man einen weiteren Betrag, der vom Lohnempfänger weg an die Klasse der Kapitalbesitzer fließt. In den Großstädten können das schon einmal 60 Prozent des Einkommens sein. Die Ansprüche dieses aufgehäuften Geldes sind so enorm geworden, daß nicht einmal mehr ein vernünftiger Umgang mit den Grundlagen der Produktivität möglich ist. Die Staats Haushalte sind durch Steuersenkungen für die Wohlhabenden (in den USA lag bis 1974 der Spitzensteuersatz bei 95 Prozent) so weit geschrumpft, daß die Erhaltung der Straßen- und Stromnetze gefährdet ist. Man sehe sich nur einmal an, wie viele der Autobahnbrücken in Deutschland renovierungsbedürftig sind und nicht renoviert werden. Neben all diesen Schröpfmaßnahmen, verkleideten Lohnsenkungen, die sich hinter all den Privatisierungen verbergen, gab es eine Verlagerung gewaltiger Geldmittel in andere Bereiche der Rentenwirtschaft, all das, was sich „geistiges Eigentum“ nennt. Gigantische Konzerne wie Microsoft oder Google beruhen auf nichts anderem als einer Art Besteuerung von Gedanken, Kenntnissen, Wissen. Inzwischen werden große Teile der kolonialen Einnahmen auf diese Art und

Weise erzielt: Patent- oder Lizenzgebühren. Und das ist der Knackpunkt, der erklärt, warum sich die Bundesregierung mit den USA in einem Boot sieht, obwohl gerade die Industrie und damit die Lebensgrundlage der Mehrheit der Bevölkerung geschreddert wird. Die Eigentümer des wirklich großen Kapitals, die Milliardäre, sind alle an diesen Geschäften beteiligt. In den USA wie in der EU betragen die Einnahmen aus dem „geistigen Eigentum“ mindestens 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und es sind diese Einnahmen, die gefährdet, oder, um es deutlicher zu sagen, schlicht weg sind, wenn das koloniale System fällt. Mit der Welt der Normalsterblichen haben diese Einnahmen aber wenig zu tun. In dieser Welt geht es nach wie vor um real erzeugte Dinge, und es sind vor allem die Manöver dieser winzigen kleinen Schicht der Milliardäre, die dafür sorgen, daß diese real erzeugten Dinge teurer werden. Der wirkliche Witz an der CO2-Abgabe ist nämlich nicht der, daß sie Firmen anhält, „klimafreundlicher“ zu produzieren, wenn man sich auf diese Geschichte einlassen will. Der wirkliche Witz ist, daß die Zertifikate gehandelt werden und mit ihnen spekuliert werden kann. So, wie mit den Strom- und Gaspreisen spekuliert wird, mit Weizen und anderen Nahrungsmitteln. Und diese Spekulation wird wieder von jener kleinen Klasse der Milliardäre betrieben. In der wirklichen Welt müßte der Produktivitätsgewinn seit jenem Wendepunkt vor 50 Jahren einen höheren Wohlstand erzeugen, als er in den Kernländern des Westens zu finden ist. Wenn man wissen will, wie das Potential aussähe, muß man nach China blicken. In der wirklichen Welt könnten die Bedürfnisse aller gedeckt werden, auf weit höherem Niveau als heute, wenn nicht das seit Jahrhunderten angesammelte Kapital wie eine erstickende Decke auf allem läge und dafür sorgen würde, daß alle Erträge nur ihm und ihm allein zugutekommen. Es gibt ein sehr interessantes Buch des Soziologen David Graeber, mit dem Titel „Bullshit Jobs“. Er stellt darin die These auf, daß spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 1929 eine Unmenge völlig überflüssiger Beschäftigungen geschaffen wurde, um die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Er führt viele sehr überzeugende Beispiele an. Übrigens hat die neoliberale Politik auch dafür gesorgt – man muß nur einmal nachfragen, wieviel Zeit in Kliniken heute mit Verwaltungsaufgaben statt mit Medizin verbracht wird. Sein Resümee ist, daß es schon längst möglich wäre, mit einer Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden in der Woche mindestens auf dem gleichen Niveau zu leben. Es sind die Eigentumsverhältnisse, die dafür sorgen, daß eine Produktivität, die Wohlstand bei einer Arbeitszeit von 20 Stunden pro Woche ermöglichen könnte, zu einer Quelle des Elends wird, die zu Zeltreihen von Obdachlosen in den Großstädten der reichsten Länder führt. Es sind diese Eigentumsverhältnisse und die Profite der Milliardäre, die der Westen gegen die Länder des Südens verteidigt. Auch wenn die Bevölkerung dieser westlichen Kernländer in den letzten Jahrzehnten so

gründlich bearbeitet wurde, daß sie verlernt hat, ihre unmittelbaren Interessen durchzusetzen – ein Ende der kolonialen Struktur bringt auch die Maschinerie der ideologischen Betreuung zum Stillstand. Sicher, es würde Anpassungsprobleme geben. Aber die Vorstellung, eine gerechtere Weltordnung schade selbst den Armen im Westen, und Gerechtigkeit sei nur um den Preis des Verzichts zu haben, hat dazu geführt, daß heute nicht erkannt wird, daß die Freiheit der Benachteiligten unteilbar ist und die Befreiung des Südens auch für die Mehrheit des Westens befreiend wäre.

**Dagmar Henn**

*Redaktionell geringfügig gekürzt*

*Quelle: RTDE, 18.12.22*

## Ein neues altes Jahr

Ein neues Jahr,  
das folgt dem abgelebte alten.  
Man fragt danach,  
wie es so war.  
Hat es Wort gehalten,  
vom dem,  
was anfangs war verkündet,  
vom Kanzler gar  
und Ampel-Schalten?

Blau nicht,  
auch nicht sternklar,  
trüb und dunkel blieb der Himmel.  
Sonne kaum  
und doch viel Schatten,  
in des Kanzlers Zeitenwendejahr  
mit grünem Schimmel.  
Dunkel bleibt es, nicht erhellt,  
kein Licht mehr aus dem Osten.  
Dorthin schießen Waffen  
aus dem Westen,  
verhindern Frieden  
als das hellste Licht der Welt.

Das Haus des Lebens  
ist in Gefahr -  
Im neuen alten Jahr!

**Manfred Wild**  
Berlin, 1. Januar 2023

## „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei

**Rainer Behr:** 030-98 39 98 30

**Wolfgang Dockhorn:** 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per  
E-Mail: [vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

**„Sozialpartnerschaft“ oder Klassenkampf?**

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

3. August 1978

Die Begriffe „Klassen“ und „Klassenkampf“ umschreiben eine Problematik, die in der Arbeiterbewegung von Beginn an im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Schon in der Anfangsphase des Kapitalismus, als die Arbeiter noch eine bunt zusammengewürfelte und sozial hilflose Masse gewesen waren, haben die intelligentesten bürgerlichen Theoretiker erkannt, daß unter kapitalistischen Produktionsbedingungen Klassen und Klassenkämpfe existieren. Die ökonomischen Theorien des Engländers David Ricardo z. B. – 1817 veröffentlichte er sein Hauptwerk – gingen wie selbstverständlich davon aus, daß Kapitalist und Arbeiter Angehörige von Klassen mit entgegengesetzter Interessenlage sind.

Je mehr das Proletariat sich jedoch zu einer sozialen Kraft entwickelte, welche die kapitalistische Produktionsweise in Frage stellen konnte, desto mehr rückte die Bourgeoisie von den frühen Erkenntnissen ihrer eigenen Theoretiker ab, desto heftiger bestritt sie die Existenz von entgegengesetzten Klassen. Eine Unzahl bürgerlicher Wissenschaftler hat mittlerweile versucht, den Begriff der sozialen Klasse durch irgendwelche anderen Formulierungen zu ersetzen. Umgekehrt kann man feststellen, daß die Kampfkraft der Arbeiterbewegung um so stärker war und ist, je tiefer in der jeweiligen Etappe die Erkenntnis von der Existenz des Klassenkampfes und das Bewußtsein von der eigenen Lage als Klasse verwurzelt ist.

Das ist kein zufälliger Zusammenhang. Wenn z. B. die verantwortlichen Funktionäre einer Gewerkschaft in einem kapitalistischen Land davon ausgehen, daß sie nicht die Vertreter der Interessen einer Klasse gegen die einer anderen Klasse sind, an welchem Maßstab werden sie sich dann orientieren? Die Praxis zeigt, daß ihre Politik letztlich darauf hinausläuft, Standardbehauptungen bürgerlicher Wirtschaftstheoretiker zu übernehmen, z. B. alle säßen „in einem Boot“, Arbeiter und Unternehmer seien „Sozialpartner“ und dergleichen mehr. Damit soll ausgedrückt werden, daß Arbeit und Kapital nicht oder nicht mehr Klassen mit unvereinbaren Interessen verkörpern, sondern gesellschaftliche Gruppen, deren Interessen zwar teilweise auseinandergehen mögen, die sich aber einem gemeinsamen Gesamtinteresse verpflichtet

fühlen, nämlich dem „Allgemeinwohl“. Daraus wird dann gefolgert, daß z. B. Lohnerhöhungen nicht durch Streik und ähnliche Kampfaktionen durchgesetzt zu werden brauchen, sondern daß dazu Verhandlungen ausreichen, wenn sich nur beide „Sozialpartner“ ihrer gemeinsamen Verantwortung für das „Ganze“ bewußt seien. Sofern doch Kampfmaßnahmen erforderlich sind, werden sie als Mittel verstanden, um den „Partner“ Kapital an seine Verpflichtung gegenüber dem „Allgemeinwohl“ zu erinnern.

Es stellt sich natürlich sofort die Frage, was denn dieses „Ganze“ ist, woran das angebliche „Allgemeinwohl“ gemessen wird. In einer Gesellschaftsordnung, die darauf beruht, daß eine Klasse die andere ausbeutet, gibt es objektiv kein gemeinsames Interesse beider Klassen. Das wurde in unserem Zyklus z. B. mit der Mehrwertproblematik belegt: Was für die einen gut ist, ist für die anderen schlecht. Und nachdem die ausbeutende Klasse diejenige ist, welche die Machtmittel in der Wirtschaft besitzt und damit die gesamte Gesellschaft beherrscht, ist besagtes „Gemeinwohl“ letztlich immer das Wohl der herrschenden Klasse.

Können solche klaren Sachverhalte mit „Sozialpartnerschafts“-Ideologien zugedeckt werden? Es zeigt sich, daß das immer wieder versucht wird. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – insbesondere der Gewerkschaftsbewegung – ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ganz wesentlich davon geprägt worden, daß Revisionismus und Reformismus, welche die ideologische Grundlage des Sozialpartnerschaftsdenkens sind, entscheidende Positionen erringen konnten. Noch mehr gilt das für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in der BRD. Hier hat diese Ideologie in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung lange Zeit eine erdrückende Übermacht gehabt. Für die Führer der westdeutschen Gewerkschaften war in den fünfziger und vor allem in den sechziger Jahren der Klassenkampf keine Gesetzmäßigkeit, sondern lediglich eine bestimmte Form der Gewerkschaftspolitik. Klassenkampf war für sie – und auch für die meisten Arbeiter und Angestellten – nicht jede Art von Auseinandersetzung mit den Unternehmern, sondern nur eine ganz bestimmte: nämlich Streiks oder ähnliche Aktionen. Aber, so meinten diese Leute, Streiks und ähnliches habe man in der BRD eigentlich

nicht mehr nötig, Lohnerhöhungen seien auch so durchzusetzen; ein Streik schade nur der wirtschaftlichen Entwicklung und damit dem ganzen Volk. Das Konzept des Klassenkampfes sei insgesamt überholt und müsse durch das der „Sozialpartnerschaft“ ersetzt werden.

Man fragt sich, worauf es zurückzuführen ist, daß solche Ideologien überhaupt Boden gewinnen konnten. Lenin hatte schon zu Beginn unseres Jahrhunderts gerade am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie nachgewiesen, daß Revisionismus und Reformismus sich ausbreiten können, weil im Monopolkapitalismus einzelne Gruppen der Arbeiterklasse mit finanziellen oder anderen Zugeständnissen gelockt werden. Diese Gruppen fühlen sich dann als privilegierte Schicht, nicht mehr zur gleichen Klasse wie ihre Kollegen gehörig. Sie tendieren dazu, die Verteidigung ihrer Privilegien vor die Interessenvertretung der Klasse zu setzen und sich im Kapitalismus einzurichten. Lenin sprach in diesem Zusammenhang von einer „Arbeiteraristokratie“.

Unter bestimmten Bedingungen ist es sogar möglich, daß der größte Teil der Arbeiterklasse eines Landes im Vergleich zum Proletariat anderer Länder den Status einer „nationalen Arbeiteraristokratie“ erringen kann. Karl Marx hatte das seinerzeit am Beispiel der englischen Arbeiterklasse demonstriert. Sie konnte bestimmte Zugeständnisse aus Extraprofiten, die aus den Kolonien gezogen wurden, erringen. Eine vergleichbare Situation war zeitweise in der BRD gegeben. Aufgrund einer ökonomisch-politischen Ausnahme-situation – auf die ich noch eingehen werde – sah sich das Monopolkapital veranlaßt, erhebliche materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen, und zwar auf dem Verhandlungsweg, ohne daß es vorher nennenswerte Streiks gegeben hätte. Daß dies möglich war, beruht auf einer Reihe von Gründen, auf die ich hier nicht eingehen kann. Wichtig ist, daß die Konzerne damals so riesige Profite machen konnten, daß derlei Zugeständnisse nicht allzusehr ins Gewicht fielen. Die Löhne waren relativ hoch, die Arbeitsplätze gesichert – das förderte die Illusion von der Stabilität des Kapitalismus und damit die Ausbreitung der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie. Die Tatsache, daß es der westdeutschen Bourgeoisie gelungen war, das Bewußtsein von der eigenen

Existenz als ausgebeutete Klasse aus den Köpfen der meisten Arbeiter und Angestellten zu vertreiben, war für viele bürgerliche Ideologen wiederum Anlaß, die Überwindung der marxistischen Theorie vom Klassenkampf überhaupt zu proklamieren. Das war natürlich blühender Unsinn. Karl Marx hatte mehrmals betont, daß er nicht der Entdecker oder gar der „Erfinder“ von Klassen und Klassenkampf gewesen ist, sondern daß das – wie bereits anfangs betont – bürgerliche Theoretiker vor ihm getan hatten. Was Marx' Theorie revolutionär werden ließ, war seine Entdeckung, daß der Klassenkampf der Motor der menschlichen Geschichte ist, und daß der Klassenkampf der Arbeiterklasse die Herrschaft des Proletariats und die Überwindung der Klassen – und damit auch des Klassenkampfes – zum Ziel hat.

Das heißt, für Karl Marx ist der Klassenkampf niemals eine Politik gewesen, die man betreiben oder auch nicht betreiben kann. Der Klassenkampf ist eine Gesetzmäßigkeit, die sich aus der Existenz von antagonistischen Klassen notwendigerweise ergibt. Wie, wenn nicht durch Klassenkampf, sollen denn Arbeiter und Kapitalisten miteinander verkehren? Die Wirkung solcher gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten erfolgt unabhängig vom Willen oder Nichtwollen der Beteiligten. Daraus folgt, daß es in keinem kapitalistischen Land jemals einen Zeitraum geben kann, in dem kein Klassenkampf stattfindet; denn das wäre nur möglich, wenn die Kapitalisten darauf verzichten würden, die Arbeiter auszubeuten. Dann wären sie aber keine Kapitalisten mehr. Was eintreten kann, ist ein sehr niedriges Niveau der Klassenkämpfe. Die Ausbreitung von Ideologien wie der von der „Sozialpartnerschaft“ ist ein Indiz hierfür.

Nun könnte man natürlich fragen, welchen politischen Wert eine solche Aussage hat, ob sie nicht politisch bedeutungslos ist. Wenn es den Unternehmern tatsächlich gelingen würde, durch soziale und materielle Zugeständnisse dauerhaft die Ideologie von der „Sozialpartnerschaft“ im Bewußtsein und in der Praxis der Arbeiterbewegung

zu verankern, dann wäre es in der Tat nur noch eine theoretische Spielerei zu behaupten, daß trotzdem Klassenkampf stattfindet, nur eben so, daß man nichts davon merkt. Aber so ist es ja nicht.

Die Erfahrung zeigt, daß der Bourgeoisie nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen derartige Zugeständnisse wie beschrieben ohne den Druck massiver Arbeitskämpfe abgerungen werden können. In der BRD – um bei diesem Beispiel zu bleiben – waren das einerseits die riesigen Extraprofite der Nachkriegsperiode, andererseits der objektive Druck durch die Existenz des Sozialismus vor der Haustür. In Gewerkschaftskreisen ging seinerzeit die Redensart um, daß bei den Tarifverhandlungen stets die DDR als „dritter Verhandlungspartner“ mit am Tisch sitze, eine Aussage, die die Realitäten sicher richtig wiedergibt. Gerade die Entwicklung in der BRD zeigt, daß das Monopolkapital niemals in der Lage sein kann, seine eigenen Gesetzmäßigkeiten außer Kraft zu setzen. Das Wirken des Klassenkampfes hing weder vom Willen der Konzernherren noch von dem rechter Gewerkschaftsführer ab. In dem Maß, wie die Sonderfaktoren der Nachkriegszeit ihre Wirkung verloren, mußten sich die Klassenkämpfe verschärfen.

Für die Monopole schlugen sich die seit Anfang der siebziger Jahre verschlechterten Verwertungsbedingungen darin nieder, daß die Profite nicht in gleichem Maße stiegen wie bisher. Und da ist die unmittelbare Reaktion der Kapitalisten schon immer, zu versuchen, die Lasten einer solchen Situation auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, d. h. die Profitraten auf Kosten des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten zu sanieren. Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen und Senkung des realen Lohn- und Gehaltsniveaus sind unmittelbarer Ausdruck dieser Bestrebungen der Monopole. Deshalb bleibt der Arbeiterklasse gar nichts anderes übrig als sich zur Wehr zu setzen. An irgendeinem Punkt muß deshalb der Kurs der Monopole den Widerstand der Betroffenen hervorrufen.

So ist es nicht verwunderlich, daß in den westdeutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren vieles in Bewegung geraten ist, was unter dem Schutt der „Sozialpartnerschaft“ auf ewig begraben zu sein schien. Die Erfahrungen mit dem verhärteten Widerstand der Unternehmer, mit deren zunehmendem Konfrontationskurs zwangen dazu, über neue Formen des Kampfes nachzudenken. Die Praxis der letzten Jahre zeigt nämlich, daß die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren in der BRD vorherrschend war, heute nicht mehr möglich ist, wenn man nicht von vornherein die Kapitulation ankündigen will. Im Zuge derartiger Überlegungen und Diskussionen kommen notwendigerweise die sozialpartnerschaftlichen Positionen in die Defensive, während klassenkämpferische Haltungen an Einfluß gewinnen. Beim Beispiel BRD ist es allerdings angebracht, davor zu warnen, das Tempo und die Geradlinigkeit dieser Prozesse zu überschätzen. Nach wie vor ist hier die „Sozialpartnerschaft“ in dieser oder jener Variante die in der Arbeiterklasse vorherrschende Ideologie.

Natürlich ist der betrieblich-gewerkschaftliche Bereich im Kapitalismus nur eine Ebene des Klassenkampfes. In den kapitalistischen Ländern findet Klassenkampf in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, und auch die internationale Politik wird vom Klassenkampf geprägt. Aber der kapitalistische Betrieb ist der Ausgangspunkt des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, denn hier findet die tagtägliche kapitalistische Ausbeutung statt. Hier wird besonders deutlich, daß der Klassenkampf ein unabdingbarer Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, dessen Formen sich unter den jeweiligen Verhältnissen wandeln und zeitweise erheblich entschärft werden können, der sich aber letzten Endes immer wieder als Gesetzmäßigkeit durchsetzen muß. Als Gesetzmäßigkeit, die objektiv zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse tendiert.

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

### Zum 95. Geburtstag

Karl Dlugosch (Strausberg) am 8. Februar  
Georg Schulze (Eberswalde) am 20. Februar

### Zum 94. Geburtstag

Armin Lufer (Schmachtenhagen)  
am 11. Februar  
Hans Krüger (Torgau) am 16. Februar

### Zum 93. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

### Zum 92. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar  
Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar  
Dr. Helga Lange (Rostock) am 9. Februar

Joachim Herfurth (Raguhn-Jeßnitz)

am 17. Februar  
Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde)  
am 24. Februar

### Zum 91. Geburtstag

Heinz Gaida (Erfurt) am 7. Februar  
Charlotte Koch (Hanstorf) am 26. Februar

### Zum 90. Geburtstag

Herbert Steinbrecher (Leipzig) am 3. Februar  
Horst Haufschild (Neubrandenburg)  
am 9. Februar  
Arno Feige (Berlin) am 13. Februar

### Zum 85. Geburtstag

Käte Hess (Graal-Müritz) am 1. Februar  
Horst Jehmlich (Dresden) am 10. Februar  
Catharina Winkelmann (Rostock)  
am 14. Februar  
Hermann Friedrich (Chemnitz) am 17. Februar

### Zum 80. Geburtstag

Doris Petersen (Rostock) am 4. Februar  
Annelie Trentzsch (Meißen) am 13. Februar

### Zum 75. Geburtstag

Jürgen Förster (Dresden) am 11. Februar

### Zum 60. Geburtstag

Frank Block (Wismar) am 12. Februar

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Der 17. Juni 1953 – eine Replik auf eine Replik

Die Replik auf besagten Tag stammt von Friedrich Dieckmann, veröffentlicht im *neuen deutschland* vom 10./11. 12.2022. Sie ist, wie es im Titel heißt, „Erinnerungen von Egon Krenz an den 17. Juni 1953“ gewidmet. Ich aber möchte mich zu zwei Aspekten, die der Autor in Bezug auf ökonomische Belange des 17. Juni 1953 untersucht, näher äußern.

Wie war das noch mit der Frage der Normen, ihrer Erhöhung, die damals Gegenstand einer Beschlusvorlage im Politbüro des ZK der SED war? Friedrich Dieckmann fällt folgendes Urteil:

„Die Provokation lag in der Verbindung drastischer Lohnkürzungen zu Lasten der Arbeiterschaft des Landes ... Die diesem („dem Proletariat“) zugedachte Pression war noch nicht vollzogen, stand aber unmittelbar bevor, in Gestalt einschneidender Normenerhöhungen auf allen Gebieten der industriellen Produktion. Die damit verbundenen Lohnsenkungen beliefen sich auf bis zu 25 Prozent, und würden spätestens am 15. Juni, bei der Auszahlung der Gehälter, wirksam werden.“

Provokation, Pression (der Arbeiter durch die Partei der Arbeiter)?

Zunächst etwas Formelles: Normenerhöhungen können nur dort vollzogen werden, wo nach Normen gearbeitet wird. Also nur bei Stück-Lohn-Arbeitern. Zeidlöhner, Gehalt Empfangende waren von dieser „Pression“, wie Dieckmann sagt, gar nicht betroffen.

Nun zur Sache selbst: Warum wollte denn die Führung der SED, daß bei *Normenarbeitern* die Normen erhöht werden sollten? Antwort: Weil sich in der DDR seit 1948, also seit fünf Jahren schon, ausgehend von der berühmten Sonderschicht des Bergmanns Adolf Hennecke (Normenerfüllung mit 380 %), eine allgemeine Praxis der *Normenübererfüllungen* durchgesetzt hatte – auch wenn es nicht immer 380 % waren wie damals bei Hennecke. Aus der Zeit „übererfüllung“ resultierte auch eine Lohn-übererfüllung“. Kein Stücklöhner arbeitete noch nach Tariflohn.

Andererseits muß immer gesagt werden, daß es sich in diesem Fall nicht um reine Geldbildungen gehandelt hat, der Übererfüllung der Norm lag ja die reale Mehrproduktion zugrunde. Waren 100 % sagen wir = 1 Stück, dann waren 150 % eben 1 ½ Stück. Und da das Preissystem der DDR ein Festpreissystem war, wuchs die zirkulierende Geldsumme (deren Teilmenge nur die Löhne und Gehälter waren) mit der in die Zirkulation geworfenen naturalen Menge an Produkten. D.h. der Übererfüllung der Normen wie der Übererfüllung der Löhne lag eine wachsende Produktionsmenge zugrunde.

Was regte dann aber die Parteiführung auf? Die Normen – gleich Geldübererfüllung – war geldseitig nur abgedeckt durch diejenigen Arbeiter, die ihre Normen übererfüllten, also nicht allgemeingesellschaftlich abgedeckt. Es kam also a) zu einem Einkommensgegensatz bzw. einer gegensätzlichen

Form der Lohnsteigerung zwischen Stücklohn-Arbeitern einerseits und sogenannten Zeitlohn-, resp. Gehaltsempfängern, andererseits, b) einer Zersetzung des sozialistischen Leistungsprinzips, nach dem das Maß der Aneignung die wirklich geleistete Arbeitszeit ist/sein soll. Wie ist diese noch bestimmt, wenn 60 reale Minuten = 70, 80 oder 90 Minuten bedeuten (bei Hennecke waren es ja = ca. 230 Minuten). Die wirkliche Arbeitszeit ist bei ständig übererfüllten Normen kein Maß der Aneignung mehr. Handelte die Partei, das Politbüro nun falsch, wenn sie eine Praxis der Normen-Übererfüllung abschaffen wollte? Nein.

Nur, abschaffen ist das eine. Normenerfüllungen wieder auf 100 % zurückzuführen kann nur die Voraussetzung für den Übergang zu einer anderen, gesellschaftlich entwickelten Lohnpolitik bedeuten. Löhne beziehen sich doch auf Preise. Welches Preissystem lag denn der Lohnzahlung der DDR zugrunde? Löhne müssen, wenn sie sich auf einen Anstieg in der Summe der Produktion für Konsumtionsmittel beziehen, steigen! Doch diese Realität ist in den Beschlüssen des Politbüros von 1953 noch nicht gegeben gewesen. „17. Juni 1953“ heißt eben auch, daß die Partei in der Normenfrage zurückwich, um nicht in der Frage der Lohnhöhen zurückweichen zu müssen, es also a) bei der 1948 begonnenen Praxis der Normenübererfüllungen, aber b) bei der viel früher schon, ab 1945 (!) begonnenen Preispraxis blieb. Kein 17. Juni 1953 ist verstanden, wenn nicht als die Aufnahme einer für den Sozialismus richtigen Lohnpolitik auf Basis der für ihn richtigen Preispolitik verstanden.

Aber wie lange blieb der Punkt einer richtigen Normenpolitik, aber noch keiner richtigen Lohnpolitik erhalten? Keineswegs bis 1989/90, sondern in der Tat nur bis 1962! Damals kam es zu der Lohnreform, die in der ökonomischen Wissenschaft vom Sozialismus bislang unbeachtet geblieben ist (und auch bei Friedrich Dieckmann nicht erwähnt wird), die aber zeigt, daß die Partei dennoch lernfähig (aus Fehlern, oder besser: Fehlendem Schlußfolgerungen ziehend) war.

Selber von dieser Praxis betroffen (ich war Stahlbauer im Metalleichtbau-Kombinat Werk III in Berlin), weiß ich zu berichten: 1. Es wurde zur Praxis von zu 100 % erfüllten Normen zurückgekehrt – die Partei hatte ihre Position von vor dem 17. Juni 1953 durchgesetzt (erlaubt waren maximal Übererfüllungen von bis zu 10 %); bei Überschreitungen, resp. bei Veränderung der technischen Parameter der Arbeit, wurden neue, höhere Normen eingeführt. 2. Der Lohn selbst wurde ab 1962 in zwei Teilen ausgezahlt: 1. dem Tariflohn (es gab insgesamt 8 Tarife in der DDR, bei Gehältern waren es tausende verschiedene), 2. dem Lohnanteil, der aus der Normenübererfüllung stammte; sein Name war Mehrleistungslohn. *Es trat also keine Kürzung der Löhne der Stücklohn-Arbeiter*

*ein. Damit wurde die Position der Arbeiter des 17. Juni 1953 behauptet.*

Quasi wurde damit das Leistungsprinzip des Sozialismus, wie es schon Karl Marx bzw. dieser eben als erster formulierte, hergestellt. Also nicht etwa *wieder* hergestellt! Nein, es existierte bislang in der Praxis des Sozialismus noch gar nicht – und theoretisch bewußt ja bis heute nicht, und 2. wurde es endlich ergänzt um die Praxis, von der Marx und der Sozialismus bis dahin auch nicht wußten: *Zeitbestimmung* des Lohnes und *Geldbestimmung* des Lohnes sind zwei verschiedene Verhältnisse wie Größen. Mit anderen Worten: 60 Minuten Arbeit, egal ob in der Stücklohn-Arbeit oder der Zeitlohn-Arbeit geleistet, sind und bleiben 60 Minuten, aber der Lohn auf diese 60 Minuten ist ein gesellschaftlicher Bezug auf die gesellschaftliche Produktionsabteilung II/Konsumtionsmittel; und er wächst anteilig für jeden Werktätigen in dem Maße, wie dieser Fonds wächst.

Damit wäre dann auch klargestellt, daß Löhne gar nicht durch Normenbewegungen bestimmt werden können, das ist nur Schein – wenn auch, wie wir gelernt haben, mit makabren Auswirkungen, wenn Verhältnisse noch unbegriffen sind.

Rein praktisch blieb hier noch einiges ungelöst im realen Sozialismus, da Löhne bzw. Gehälter nicht von VEB zu VEB gleichermaßen wuchsen (aber ich kann aus meiner Betriebspraxis – und nur stellvertretend für alle meine Kollegen – immerhin informieren, daß mein Mehrlohnleistungsanteil ab der Mitte der 80er Jahre den Tariflohnanteil um 2.70 MDN (Mark der Deutschen Notenbank) überstieg, mein Lohn also insgesamt 4.50 MDN betrug. Nach alter Methode wäre das eine Normenerfüllung von rd. 250 % gewesen. Was 1953 noch wie eine Pression/Provokation gewirkt haben mag, fand sieben Jahre später eine überraschende, ganz pragmatische und ... *praktisch richtige Lösung*.

Hermann Jacobs  
Berlin

## Das Versandkollektiv des „RotFuchs“ benötigt Verstärkung

Wer kann an einem der letzten beiden Werktage jeden Monats bei der Kuvertierung der Zeitschrift helfen?

**Ort:** KulturKantine, Saarbrücker Straße 24, Prenzlauer Berg

**Zeit:** 8 Uhr bis 10.30 Uhr

### Bitte um Rücksprache mit

Rainer Behr, 030 983 898 30 oder  
Wolfgang Dockhorn, 030 241 2673

# Dem Freundschaftsgedanken verpflichtet

Freundschaftsfahrten nach Rußland sind bei uns fast schon Tradition. Nachdem sie drei Jahre lang aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten, gelang es uns, 2022 eine solche Reise zu organisieren. Die Initiatoren der „Druschba“-Fahrt waren Inge Moser und Reinhold Groß, die schon Wochen vorher in mühevoller organisatorischer Arbeit eine Reiseroute zusammengestellt und im „Druschba“-Newsletter 7/2022 darüber informiert hatten. Die Teilnehmerzahl mit 15 Personen war begrenzt, denn die Exkursion 2016 und besonders 2017 mit 120 Fahrzeugen und 345 Teilnehmern erforderte eine immense logistische Arbeit, die gegenwärtig in dieser Größenordnung für uns nicht leistbar ist. Gemeinsam aber war allen das Bedürfnis, einen Beitrag zur Völkerverständigung und Freundschaft zwischen den deutschen und russischen Menschen zu leisten. Um dieser Absicht gerecht zu werden, hatten die beiden Initiatoren in der Zeit der Reisevorbereitungen Kontakte mit russischen Partnern und Organisationen aufgenommen, die sich ebenso wie wir auf ein gemeinsames Treffen vorbereiteten. Somit war klar, daß diese Fahrt kein rein touristischer Ausflug werden würde. Nachdem jeder Teilnehmer sich die Reiseunterlagen wie Visum und Auslandskrankenversicherung beschafft sowie die Aktualität der „Grünen Karte“ für die Autoversicherung überprüft hatte, konnte am 13. August 2022 der Start zur über 8000 km langen Reise beginnen. Die Fahrtroute durch Polen, Litauen und Lettland mit drei Übernachtungen verlief problemlos und auch die Kontrollen am Grenzübergang von Estland nach Rußland, Luhamaa-Shulmilkino, bereiteten keine Probleme. Die erste Übernachtung auf russischem Territorium war in Opotschka, einer kleinen Stadt im Gebiet Pskow. Nun konnten auch die PKW mit den Symbolen der Druschba-Fahrt ausgestattet werden: Magnet-Schilder an den Autotüren und Fähnchen für die Seitenscheiben. Das rief bei den Menschen natürlich Aufmerksamkeit hervor, wenn wir durch die Ortschaften fuhren. Außerdem hatte jeder Teilnehmer noch ein T-Shirt und eine Jacke

mit dem Druschba-Symbol im Gepäck. Über Brjansk ging es am 17. August zum ersten Treffen nach Apazha weiter, wo wir auf Einladung von Christian und seiner Frau Anna ihren landwirtschaftlichen Betrieb besichtigen konnten. Auf 7000 ha betreibt der deut-



sche Landwirt mit ca. 100 Mitarbeitern eine Getreidewirtschaft. Beeindruckend die neue Silo-Anlage und die die Milchwirtschaft mit 500 Kühen. Am Nachmittag dann die Weiterfahrt nach Woronesch, wo wir bei Regenwetter am Abend ankamen. Nach der Hitze der vorangegangenen Tage eine Erholung. Die Weiterfahrt nach Wolgograd am 19. August begann bei strömenden Regen, doch die Temperaturen stiegen, je weiter wir nach Süden fuhren, auf über 30 Grad. Ein Sandsturm unterwegs erforderte zusätzliche Aufmerksamkeit auf der Landstraße. Noch am Tag der Ankunft besuchten wir die russische und deutsche Kriegsgräberstätte bei Wolgograd in Rossoschka und am nächsten Tag natürlich den Mamajew-Hügel mit der imposanten Statue „Mutter Heimat ruft“. Ein Besuch im Panoramamuseum über die Schlacht bei Stalingrad und im Museum für die Geschichte zum Bau des Wolga-Don-Kanals war ebenso interessant, wie die Diskussion mit den Mitgliedern im russischen „Verein für den Frieden“.

Die Stadt Marx, früher Katharinenstadt, war das nächste Ziel. Einen sehr herzlichen Empfang bereitete uns der Seniorenverein. Die russische Gastlichkeit war unbeschreiblich. Daß auch einige Jugendliche mit anwesend waren, ist der Vereinspolitik geschuldet, welche die Senioren- und Jugendpolitik gemeinsam gestaltet. Nach einem Besuch im Stadt- und Heimatmuseum war noch etwas Zeit für ein Bad in der Wolga.

Im sonnigen Samara bei 35 Grad angekommen, besuchten wir das Raketenmuseum und unternahm eine Schiffstour auf der Wolga. Ein Treffen mit den Mitgliedern des Motorradclubs, verbunden mit einer kleinen Stadtrundfahrt, beendete unseren Aufenthalt in Samara. Zur Reiseroute gehörte auch eine Fahrt nach Uljanowsk, der Geburtsstadt W.I. Lenins. Natürlich war eine Besichtigung des Lenin-Museums und seines Geburtshauses das Ziel unseres Aufenthaltes.

Ein besonderes Erlebnis hatten wir auf dem Weg nach Nischni Nowgorod. Während der Rast an einer Tankstelle kurz vor der Stadt interessierte sich Wladimir für uns. Er sprach uns auf Deutsch nach dem Woher und Wohin an. Auf unsere erstaunte Frage, wo er Deutsch gelernt hatte, erwiderte er: in Leipzig, während seiner Armeezeit in der DDR. Unser herzliches Gespräch wurde mit Brot und Salz als Symbol der deutsch-russischen Freundschaft beendet.

Der Besuch des Kreml in Nischni Nowgorod und das Treffen im Regierungsgebäude mit Vertretern der Regierungsverwaltung war ein besonderer Höhepunkt. Am Nachmittag gab es dann noch ein Gespräch mit einer Jugendorganisation und zum Abschluß des Tages folgten wir der Einladung des „Piano“-Theaters. Unglaublich, was uns diese gehörlosen Kinder und Jugendlichen in einer Pantomimenvorstellung zeigten.

Wir meinen, mit dieser Druschba-Fahrt einen Beitrag im Sinne des Friedens und der gegenseitigen Achtung geleistet haben. Für 2023 ist wieder eine Exkursion in Planung.

**Peter Müller**  
Freital

## Kultur zum 25. Jahrestag des „RotFuchs“-Fördervereins

Die „RotFuchs“-Singegruppe wird am 1. März mit einem etwa 25minütigen Programm die Dankeschönveranstaltung für die ehrenamtlichen Mitarbeiter bereichern und mit ihren Arbeiter- und Kampfliedern zugleich den Bogen zum Tag der Nationalen Volksarmee schlagen, der einzigen Friedensarmee auf deutschem Boden. Damit setzen die heutigen Sängerinnen und Sänger die Tradition derjenigen fort, welche die Gruppe vor 10 Jahren gründeten.



Mitglieder der RF-Singegruppe 2022

# Der Berliner Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus

Die Geschichte des Klubs beginnt am 2. Dezember 1991. Damals rief die in der PDS gegründete Senioren-Arbeitsgemeinschaft auf einer ersten Veranstaltung zum Widerstand gegen das Rentenüberleitungsgesetz auf. Dieses Treffen fand regen Zuspruch und weckte bei den Teilnehmern das Bedürfnis nach soliden Informationen über das aktuell-politische Geschehen. Ich selbst engagierte mich in der Partei Die Linke und bin sehr interessiert an Möglichkeiten, politische Zusammenhänge aus sachkundiger Quelle zu hören, um so besser den Manipulationen der bürgerlichen Medien begegnen zu können und mit Gleichgesinnten in die Diskussion zu kommen. Beim Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus bin ich in jeder Hinsicht fündig geworden.

Aus einer ersten Zusammenkunft wurde mehr. Eine Gruppe von 20 Engagierten griff die Idee zu einer Veranstaltungsreihe auf, aus der schließlich der Seniorenklub entstand.

Fortan finden wöchentlich dienstags von 10 bis 12 Uhr Vortragsveranstaltungen mit anschließender Diskussion statt. Die gesamte Organisation liegt in den Händen eines ehrenamtlichen Klubrates, dem gegenwärtig sechs Seniorinnen und Senioren angehören. Der Klub ist mittlerweile als eine Veranstaltungsreihe bei der Hellen Panke angesiedelt und gehört somit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

Er erweist sich als ein lebendiges geistig-kulturelles Zentrum für Ältere und für alle Interessenten gleich welchen Alters, die sich ihre Würde, ihr Bildungsbedürfnis und ihre Lernlust lebenslang bewahrt haben und am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben wollen. Das Veranstaltungsprogramm ist so vielseitig wie das Leben der älteren Generation noch ist. Es reicht von aktuell-politischen nationalen und internationalen Themen über Geschichte, Literatur, Philosophie, Ökonomie, Ökologie, Kunst, Kultur, Religion bis hin zu Fragen der

Gesundheit, der Rente und gesunder Lebensweise. Namhafte Wissenschaftler, Politiker, Abgeordnete, Künstler und Kulturschaffende zählen seit Jahren zum Kreis qualifizierter Referentinnen und Referenten.

Themen, die sich mit der Geschichte und den Erungenschaften der DDR beschäftigten, finden besonderen Anklang. So kamen Generaldirektoren von Kombinat, Wirtschaftsfunktionäre, ehemalige Diplomaten, Armeeangehörige, Historiker und Mediziner zu Wort. Traditionell im Monat Januar referierte Professorin Annelies Laschitzka über ihre Forschungsergebnisse zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Auch Themen zur Marx/Engels-Forschung gehören zum Programm des Klubs. Unsere Gäste sind auch Politiker der Linkspartei von Landes- und EU-Ebene, die über aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen informieren. Künstler und Kulturschaffende bereichern das Klubprogramm mit Vorträgen, z.B. zu Bertolt Brecht, Anna Seghers, Heinrich Heine, Gerhart Eisler, Ernst Busch, Erich Weinert, KuBa u. a. Die einzigartige Brecht-Interpretin Gina Pietsch erfreut die Klubgäste regelmäßig mit ihren Programmen. Der Klub lud zu Bussexkursionen in das Museum der Bildenden Kunst der DDR nach Beeskow ein, an das Schiffshebewerk nach Niederfinow, nach Frankfurt/Oder und ins Gerhardt-Hauptmann-Museum.

Das hohe Niveau der Veranstaltungen, die klare Parteilichkeit und die Möglichkeit, eigene Gedanken in die Diskussion einzubringen und seine Fragen und Befindlichkeiten zu äußern, sind sicher der Grund für den großen Zuspruch, den der Klub findet. Waren es anfangs 40 bis 50 ständige Besucherinnen und Besucher, so sind es gegenwärtig 50 bis 70.

Sie kommen in der Regel aus Berlin, aber auch aus dem Umland und selbst aus anderen Bundesländern ist einigen der Weg nach Berlin nicht zu weit. Willkommen ist jeder, der sich

fortschrittlichem, linkem Gedankengut verpflichtet fühlt und den Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten sucht. Gern nutzen auch Studentinnen und Studenten das Angebot des Klubs, wenn die Themen ihrer Studienrichtung dienlich sind. Bedingt durch die Corona-Pandemie mußte die Senioren-Arbeitsgemeinschaft im Sommer 2021 vom Karl-Liebknecht-Haus in den Münzenberg-Saal ins nd-Gebäude umziehen. In der Hoffnung, eines Tages wieder zurück in das Karl-Liebknecht-Haus zu ziehen, soll der Name des Klubs – so hat es der Klubrat entschieden – weiterhin mit Karl Liebknecht verbunden bleiben.

Mein Anliegen ist es, den Lesern des „RotFuchs“ dieses Forum der politischen Weiterbildung und Begegnung vorzustellen sowie den Organisatoren der AG, die sich stets für ein abwechslungsreiches und niveauvolles Programm engagieren, Dank und Anerkennung zu sagen. Vielleicht findet der eine oder andere den Weg in diese „Bildungseinrichtung“. Es lohnt sich, erhält man doch dort viele Anregungen und die nötige „Durchsicht“, die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge in dieser bewegten Zeit zu erkennen.

Und, liebe Freunde des „RotFuchs“, Euer Name, der auch Programm bei Euch ist, machte mich neugierig, wie Ihr auf diesen gekommen seid. Im Lexikon\* nachschlagend erfuhr ich folgendes: „Der Rotfuchs hat ein weites Verbreitungsgebiet, das fast ganz Europa, Teile Nord- und Zentralasiens sowie Nordamerika einschließt.“ Ich weiß zwar nicht, wie weit Euer Verbreitungsgebiet reicht, aber über einen Teil Europas sicherlich. Ich wünsche Euch von Herzen, daß Ihr, liebe „RotFuchs“-Freunde, das Gebiet erweitern könnt.

Elisabeth Ittershagen  
Berlin

\*Universal Lexikon, A-Z, Mohndruck GmbH, Gütersloh, 2003, S. 290

## „Fake News“ haben Tradition

Ein neuer Ort in Berlin präsentiert Bürgern den Kalten Krieg. Das Cold War Museum auf der Straße Unter den Linden hat Anfang Dezember letzten Jahres eine neue Ausstellung eröffnet. Die interaktiv angelegte Schau dokumentiert verschiedene Ereignisse des Kalten Krieges zwischen 1947 und 1991, darunter den Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion zum Mond sowie bestimmte Praktiken der jeweiligen Geheimdienste. Damit soll das Deutsche Zeitungsmuseum Wadgassen im Saarland über die Geschichte der Falschinformation weiter ergänzt werden.

Diese Einrichtung widmete vor einiger Zeit der Geschichte der Falschinformation im medialen Nachrichtenwesen unter dem Titel „Making News – Breaking News – Faking News“ eine ganze Ausstellung. Sie führte die, Besucher durch 600 Jahre Mediengeschichte. Die LÜGE baumelte dort von der Decke, als Sprechblasen auf Karton gedruckt, und

zeigte die vielen Gesichter der Lüge: die freche, die raffinierte, die schmutzige und die niederträchtige. Georg Christoph Lichtenberg, der große deutsche Literat, verwies in einem Zitat auf die „mäßige“ Lüge hin, die er als die „gefährlichste Unwahrheit“ bezeichnete. Die mäßige Entstellung der Wahrheit ist auf sehr verschiedene Art und Weise möglich, z. B. Begriffsapologetik und Wortmonotonie,

- durch Verniedlichung oder Verharmlosung eines Sachverhaltes;
- durch Überzeichnung („Hochschaukeln“, Hochspielen) einer Situation;
- durch Diffamierung von Personen, Sachen oder Maßnahmen mittels Bezeichnungen, - die jedweden Realbezug vermissen lassen; durch absichtliches Weglassen von Worten bzw. Begriffsteilen (Begriffsverfälschung erster Ordnung);
- durch unzulässiges Verändern nichtaustauschbarer Wörter bzw.

Begriffe (Begriffsverfälschung zweiter Ordnung);

- durch bewußtes Vermeiden von notwendigen Bezeichnungen zur exakten Kennzeichnung eines Sachverhalts. Fassen wir zusammen:

Unsaubere Wörter und Begriffe können Ausdruck mangelnder Beherrschung der Sprache sein. Sie können aber auch ein Versuch sein, Wahrheit und Wirklichkeit hinter hochtönenden Worten oder verwachsenen Begriffen absichtlich zu verbergen oder zu entstellen. Die damit gewollte Sprachverwirrung ist zugleich ideologisch determiniert. Die semantische Kriegführung („verbal warfare“) ist ein bedeutender Bestandteil der psychologischen Kriegführung, deren Wiederauferstehung die Beendigung des Ukraine-Konflikts stark behindert und dem Weltfrieden schadet.

Dr. Dieter Langer  
Bernau

# Personalchef Knapp beurlaubt

Schlagzeile des Westberliner Telegraf vom 11. März 1949: „Entsprechend dem Beschluß des Vierziger-Ausschusses der BVG-Betriebsräte am Dienstag, den kommunistischen Personaldirektor der BVG, Knapp, nicht weiter im Amt zu dulden, hinderten am Donnerstagmorgen BVG-Betriebsräte Direktor Knapp am Betreten seiner bisherigen Amtsräume in der Potsdamer Straße. Dabei kam es zwischen den BVG-Betriebsräten und einer FDGB-Leibgarde des Herrn Knapp zu Tötlichkeiten. Knapp und einige seiner Begleiter wurden vorübergehend in Haft genommen. Am Nachmittag verfügte Oberbürgermeister Professor Reuter die sofortige Beurlaubung des Herrn Knapp.“

Mit der Beurlaubung von Wilhelm Knapp ging ein jahrelanger Kleinkrieg zu Ende. Mit Geschick und Konsequenz hatte Wilhelm Knapp die 19 000 BVGer seit Mai 1945 geführt. Der Kommunist war den „Reuterlingen“ und anderen Spaltern ein Dorn im Auge. Nach fast zehnjähriger Haft in den Nazizuchthäusern Luckau und Brandenburg war er mit einer Kolonne von 200 ehemaligen politischen Gefangenen in Berlin eingetroffen. Bei Annäherung der Roten Armee übernahmen am 27. April 1945 die politischen Häftlinge die Macht im Zuchthaus. Auf dem Treck nach Berlin lernten sich auch meine Eltern kennen.

Ein Zeitungsartikel mit der Überschrift „Noch immer ein Kommunist in der Direktion der BVG“ war das Zeichen, daß er zum Abschuß freigegeben war. Die UGO, die sich 1948 vom FDGB abgespalten hatte, forderte seinen Rücktritt. Worin bestanden seine „Verfehlungen“? Er weigerte sich, den Betriebsangehörigen für eine Großkundgebung mit Ernst Reuter am 9. September 1948 arbeitsfrei zu geben. Er hatte die Kapelle der BVG zu kulturellen Umrahmung der Auszeichnung von Betriebsangehörigen als Aktivisten eingesetzt. Die BVG war damals das letzte städtische Unternehmen, das noch nicht gespalten war. 6 000 Beschäftigte arbeiteten im Ostsektor. Ab 30. November 1948 gab es in Berlin zwei Magistrate. Mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte wurden Dienststellen, Betriebe und Material in die Westsektoren verlagert. Schon mit seiner ersten Ansprache auf der

Direktionssitzung der BVG 1945 hatte er sich nicht nur Freunde gemacht. Er wurde übrigens von einem Hauptmann der Roten Armee mit Namen Arthur Pieck in sein Amt eingeführt. Der neue Direktor trug noch seine Zuchthauskleidung mit gelben Streifen. „Meine Herren, Sie sehen mich im Ehrenkleid der Kommunisten. Jetzt sind wir dran. Hitler und die Nazis haben Deutschland ins Unglück gestürzt. Sie haben unser Land in eine Trümmerwüste verwandelt und viel Leid und Elend über die Menschen gebracht. Viele haben ihm dabei geholfen und allen Grund, darüber nachzudenken. Wer Blut an den Fingern hat, wird sich verantworten müssen. Alle anderen werden nach Kräften helfen und zupacken, um wieder alles in Ordnung zu bringen.“ Das Leitmotiv seiner Tätigkeit war nicht Rache, sondern Wiedergutmachung. Er säuberte die BVG nicht nur von den aktiven Nazis, sondern einsichtige kleine Mitläufer erhielten durch ihn eine Chance. Eine Maßnahme „Der neue Weg“ mit einer Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus und Sondereinsätze beim Enttrümmern gaben ihnen die Möglichkeit der Bewährung. Er war sich bewußt, daß die neue Gesellschaft mit den Menschen, die von der alten Ausbeutergesellschaft geprägt waren, aufgebaut werden muß.

Der gelernte Exportkaufmann Wilhelm Knapp war kein Parteibonze. Ab 1923 arbeitete er als Verlagsleiter der Parteipresse in Deutschland, Österreich und im Saargebiet. Nachdem bei der Wahl 1946 in Berlin die SED nur 19,8 % der Stimmen erhalten hatte, die SPD massive Unterstützung durch die westlichen Besatzungsmächte bekam und das Westgeld eingeführt wurde, stand die SED in Westberlin mit dem Rücken zur Wand. Die Verteufelung der SED als Partei von Russenknechten und die Luftbrücke wurden grundlegend für die Frontstadt Westberlin. Die schreckliche Hinterlassenschaft der Nazis war im Wahlkampf 1946 dem 1945 berufenen Magistrat angelastet worden. Als politischer Gegner der „Reuterlinge“ verteidigte Wilhelm Knapp die letzte wichtige Position seiner Partei in den Westsektoren. Er war kein Angsthase. Sein Vorgesetzter Ernst Reuter war eine merkwürdige schillernde

Gestalt. Von Lenin persönlich als Kommissar eingesetzt, setzte er mit eiserner Faust die Sowjetmacht im Gebiet der Wolgadeutschen durch. 1921 wurde er auf dem 7. Parteitag der KPD zum Generalsekretär gewählt. Er landete später aber als fanatischer Antikommunist in der SPD, erhielt aber nach dem Wahlsieg seiner Partei bei den Wahlen 1946 in Berlin keine Bestätigung durch die SMAD.

Mein Vater stand nicht allein in der BVG. Mit seinen Mitkämpfern versuchte er, den Weg in die Büroräume freizumachen. Bei der Massenschlägerei kam es zu Sachbeschädigungen im Eingangsbereich. Die UGO rief die Stummopolizei. Weitere 15 Kollegen wurden entlassen. Der Zwischenfall in der Potsdamer Straße zeigte, wer die Spalter Berlins waren. Am 11. März 1949 erschien die Berliner Zeitung mit der Schlagzeile „Reuter versuchte, die BVG zu spalten“. „UGO-Terror bei der BVG, unabsehbare Folgen für die werktätige Bevölkerung Berlins“.

Die Berliner Zeitung betonte, der Gewaltakt gegen einen altverdienten und bei der Belegschaft der BVG außerordentlich beliebten führenden Funktionär ist die konsequente Fortsetzung der Politik der Spaltung. Wilhelm Knapp ließ sich aber vom UGO-Rollkommando nicht einschüchtern. Auf einer Pressekonferenz erklärte er die Bereitschaft zur Fortsetzung seiner Arbeit für die Einheit Großberlins. Der Oberbürgermeister der Frontstadt Westberlin bekam in diesem Gefecht des Kalten Krieges kalte Füße. Er schrieb einen Brief an meinen Vater, in dem er ihm die Weiterzahlung seines Gehalts zusicherte und ihm die dringende Bitte übermittelte, vorläufig die Dienststellen in den Westsektoren nicht mehr zu betreten.

Am 12. März 1949 erschien im ND ein Artikel zum Zwischenfall in der Potsdamer Straße. Ironie der Geschichte ist es, daß gleich daneben als Schlagzeile das Schreckgespenst für die Kalten Krieger „Der Geist von Rapallo“ auftauchte.

1949 berief der Magistrat von Ostberlin Wilhelm Knapp zum Hauptdirektor der BVG.

**Jan Knapp**

Wolgast, Juli 2022

## „Oberhof 1949 – Wendepunkt im Deutschen Sport“

Dieses vieldeutige Motto entstammt einer Information zur Ostzonen-Wintersportmeisterschaft in Oberhof vom 11. bis 15. Februar 1949. Die Sowjetische Besatzungszone befand sich im gesellschaftlichen Umbruch. Auch in Oberhof (dem deutschen Sankt-Moritz) hatte die Hitler-Diktatur ein materielles und geistig moralisches Trümmerfeld hinterlassen. Der Raum von Oberhof war nicht zufällig in den ersten Apriltagen 1945 ein wichtiges Angriffsziel der US Army. Im Jonastal wurde bis zuletzt noch fieberhaft an der deutschen Atombombe gearbeitet. Ab Februar

1945 richteten die Berliner Reichsministerien in den großen Oberhofer Hotels ihre Zweigstellen ein. Jungen ab 14 Jahren, die zur Kinderland-Verschickung im Lazarettort der Luftwaffe untergebracht waren, erhielten Gewehre und Panzerfäuste. Sie wurden zum Grenzdadler geschickt. Die von Oberschönau kommende amerikanische Artillerie eröffnete das Feuer. Das Schloßhotel brannte bis auf die Grundmauer nieder. Das Starthaus mit dem elektrischen Aufzug an der weltmeisterlichen Wadeberg-Bobbahn wurde bei einem nächtlichen Gegenstoß zerstört. Die 1928 eingeweihte „Hindenburg-Schanze“

war nur noch eine Ruine, aber zu den Sprungwettbewerben 1949 erstrahlte sie als Thüringen-Schanze in neuem Glanz. Zu den Meisterschaften 1949 kamen über 100 000 begeisterte Zuschauer. Durch die Landesmeisterschaften in Wernigerode, Mühlleiten und Lauscha waren die Sportler vorbereitet. Die Sportler aus Sachsen dominierten. Herbert Leonhardt erkämpfte vier Meistertitel. Die Damen sausten vom Rennsteig zum Bahnhof hinunter.

Die alpine Piste auf dem Schneekopf konnte ab 1950 genutzt werden. Die Rodel- und Bobmeisterschaften gab es aber erst wieder

ab 1951. Für die Meisterschaften im Eishockey und Eiskunstlauf war die Eisfläche im Kurpark mit Tribünen hergerichtet worden. Das große Eisstadion mit 20 000 Plätzen war erst 1952 fertiggestellt worden. Beim Eishockey sorgte der Fotoreporter Harry Thürk als unfreiwilliger Komiker für Heiterkeit im Stadion. Junge Sportler wie Harry Schweitzer, Werner Lesser und Helmut Recknagel zeigten ihr Können.

Die später entstandenen Kinder- und Jugend-Sportschulen wurden dann die Basis für den Aufstieg des DDR-Sports. Führende Staatsmänner der Ostzone waren 1949 anwesend und suchten das Gespräch mit den Sportlern und Gästen. Die Oberhofer Gespräche (1951 bis 1970) wurden dann zu einem wichtigen Bestandteil der Deutschlandpolitik der SED. Der „Oberhof-Fan“ Walter Ulbricht gilt zu recht als ein Vater des DDR-Sports. Sein Anteil an der Gründung der DHFK und der KJS ist unbestritten. 1949 gab es in Oberhof die

Sportgemeinschaft „Eintracht“. In dem Zeitraum bis 1951 formierten sich überall in der DDR Betriebssportgemeinschaften. Zu den II. Wintersportmeisterschaften 1951 in Oberhof gingen sie bereits an den Start.

Das Jahr 1949 sah noch ein gemischtes Publikum. In Oberhof traf sich wie eh und je der „Geldadel“, der natürlich unter sich bleiben wollte. Selbst in dieser Zeit, als Hunger grassierte, servierte im Golfhotel befrackte Kellner ausgesuchte Speisen. Die Speisekarten waren natürlich von einem Künstler gestaltet. Als Walter Ulbricht mit Frau Lotte während der Meisterschaften das Hotel-Restaurant betreten wollte, versuchte der Türhüter ihn abzuweisen. Die Begründung lautete: unpassende Bekleidung. Die Reaktion von Walter Ulbricht war eindeutig: „Wir werden unseren Pionieren keinen Frack anziehen, aber den Frack ausziehen.“ Die Meisterschaften von 1949 waren der erste Schritt zur Umgestaltung Oberhofs in das

sozialistische Sankt-Moritz. Das Golfhotel verwandelte sich in das Pionierhaus „Bruno Kühn“. Walter Ulbricht, der schon in den 20er Jahren mit Skiern auf dem Rennsteig lief, nahm persönlich Anteil an den gesellschaftlichen und baulichen Veränderungen in Oberhof. Als Politiker zum Anfassen war er sportlich im Ort und seiner Umgebung unterwegs.

Die Wintersportmeisterschaften von 1949 in Oberhof standen am Anfang einer Entwicklung, die uns in die höchsten Höhen des Welsports führte. Sie gelten als 1. Deutsche Meisterschaften der DDR im Wintersport. Die erfolgreichen Sportler von 1949 wurden die Trainer der nächsten Sportlergeneration, die als Diplomaten im Trainingsanzug einen bedeutenden Beitrag für die Deutsche Demokratische Republik Deutschland und dem Welsport leisteten.

J. K.  
Wolgast

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im Februar

### ■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

**Am 8. Februar um 15 Uhr** – Gespräch mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“, Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt. Das Buch kann auf der Veranstaltung käuflich erworben werden.

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

### ■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

**Am 16. Februar um 17 Uhr** – Diskussion mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“, Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt zum Thema: **„Wir dienten der DDR, konnten sie nicht retten und waren nicht schuld an ihrem Untergang“**

**Ort:** Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 18. Februar um 10 Uhr** spricht Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt über sein Buch „Der letzte Mann“.

**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 18. Februar um 10 Uhr** spricht Edmund Pelzer, Vorsitzender der „RotFuchs“-Regionalgruppe Leipzig, zum Thema: **Vom Bruderkuß zum Antiruß – Die unheilvolle Tradition des ukrainischen Nationalismus**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe Teterow

**Am 21. Februar um 15 Uhr** spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Feindbild China – Der Umbau der Welt**

**Ort:** Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 21. Februar um 18 Uhr** spricht Dr. Ingar Solty, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zum Thema: **Gibt es noch die historische Mission der Arbeiterklasse im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt?**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Potsdam

**Am 21. Februar um 18 Uhr** – Ellen Schernikau blickt zurück auf das Leben ihres Sohnes Ronald M. Schernikau (Schriftsteller) im geteilten Deutschland – **Rückblick, um nach vorn zu schauen.**

**Ort:** Bürgertreff Waldstadt (BIWA e. V.), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

### ■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

**Am 22. Februar um 18 Uhr** spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen.**

**Ort:** Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin (am S-Bahnhof Wartenberg, S 75)

### ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 22. Februar um 18 Uhr** spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsens, zum Thema: **Die faschistische Gefahr und die heutigen Bedingungen im Spiegel der Lehren des 30. Januar 1933**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

### ■ Regionalgruppe Harz

**Am 24. Februar um 14.30 Uhr** spricht Dr. Wilhelm Rettler zum Thema: **Stufen der Manipulation – Von der Lüge bis zur Liquidierung des Begriffs**

**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 24. Februar um 15 Uhr** spricht Brigitte Queck (Staatswissenschaftlerin-Außenpolitik) zum Thema: **Gibt es einen Ausweg aus der Militäroperation Rußlands in der Ukraine – verbunden mit der Buchbesprechung „Russen und Ukrainer sind ein Volk! Sie haben nur einen Feind – den Faschismus“**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

**Am 25. Februar um 10 Uhr** spricht Brigitte Queck zum Thema: **Gibt es einen Ausweg aus der Militäroperation Rußlands in der Ukraine? – verbunden mit der Buchbesprechung „Russen und Ukrainer sind ein Volk“**

**Ort:** Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 25. Februar um 10 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **100. Jahrestag der Sowjetunion – Rußland nach 30 Jahren Kapitalismus**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg



### „Wer den Krieg nicht will, muß sich für den Krieg rüsten“

Diese Aussage von Frau Strack-Zimmermann, nachzulesen u.a. in der SVZ vom 8. Januar, beinhaltet eine düstere Prognose für das Leben auf unserer Erde. Sie will uns einreden, daß sich die Spirale von Krieg und Aufrüstung zwangsläufig immer weiterdrehen muß, um den Frieden zu erhalten. Damit spricht sie der Menschheit den Willen und die Möglichkeit ab, eine Zukunft ohne Krieg zu gestalten. Deutlich wird mit dieser Haltung, wes Geistes Kind diese Frau ist und welche Interessen sie vertritt. Sie ist ohne Zweifel eine harte Lobbyistin des militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland und den USA. Solche Politiker an der Macht sorgen dafür, daß der Krieg in der Ukraine immer weiter eskaliert. Den Waffenlieferanten kann doch gar nichts besseres passieren, als die Fortsetzung des Völkermordens. Rheinmetall verkündet triumphierend, daß sein Gewinn 2022 um 20 Prozent gestiegen ist. Es ist keineswegs so, daß die Waffen der Ukraine geschenkt werden. Wie schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg erfolgen Waffenlieferungen auf der Basis von Lend-Leasing-Verträgen. Das bedeutet, sie werden geliehen oder vermietet. Nun werden im Krieg Waffen vernichtet und nicht zurückgegeben. Das heißt, sie müssen bezahlt werden. Wer die Zeche zu bezahlen hat, ist sonnenklar. Die Zukunft Deutschlands und der gesamten EU sieht dunkel aus.

**Ralf Kaestner, Bützow**

### Politik der atomaren Teilhabe beenden!

Statt auf friedliche Lösungen zu setzen, wird mit immer mehr und moderneren Waffen gerüstet. Die elf Atommächte verfügen über 13 400 nukleare Sprengköpfe, ausreichend, um 150 Mal die Existenz der Menschheit zu beenden. Mit der Entscheidung, 35 Kampfflugzeuge F-35 von den USA zu kaufen, hält die Bundesregierung an ihrer Politik der atomaren Teilhabe fest. Die in Büchel stationierten amerikanischen Atombomben machen Deutschland zum Ziel russischer Raketen. Die Regierung sollte den Göttinger Appell der Atomforscher von 1957 berücksichtigen, der sich gegen die Pläne Adenauers, die Bundeswehr atomar auszurüsten, richtete. Die atomare Teilhabe verstößt gegen den Atomwaffensperrvertrag, den Deutschland 1976 unterschrieb. Am 26. März 2010 beschloß der Bundestag, parteiübergreifend, daß die Regierung von den USA den Abzug ihrer Atomwaffen aus Büchel

fordern soll. Der Bundestag faßte leider nur einen „schlichten“, keinen „echten“ Beschluß. Der „schlichte“ ist rechtlich nicht verbindlich. Daß die Ampel-Koalition auf dem Papier für nukleare Abrüstung und Atomwaffenfreiheit ist, in der Praxis aber moderne Atombomber für modernisierte US-Atombomben kauft, ist schlicht schizophran. Alles sollte für „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ unternommen werden.

**Wilfried Schubert, Güstrow**

### Keine Panzer-, keine Waffenlieferungen!

In seltener Einigkeit schicken SPD, Grüne und FDP, unterstützt von der CDU/CSU, nunmehr Panzer in die Ukraine. Die offiziellen politischen Zeichen stehen in tiefer Verbundenheit mit den USA und der NATO auf Konfrontation um jeden Preis. Hofreiter von der ehemaliger „Friedenspartei“ fordert in beispielloser ideologischer Verblendung und bar jedweder Vernunft, endlich deutsche Kampfpanzer zu liefern.

Von den Regierenden und verantwortlichen Politikern, abgesehen von verhaltenem Widerspruch aus der Linksfraktion, werden Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und der vorgeschlagenen Waffenruhe in einer sturen Art und Weise abgelehnt bzw. sogar der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die Lage wird vom Wertewesten wissentlich und permanent zugespitzt, und die Atommacht Rußland wird weiter provoziert und in die Enge getrieben. Die Außenminister der USA und der EU haben das diplomatische Zepter an die kriegsbessenen Regierungschefs und Kriegsminister abgegeben. Vernunft und politischer Pragmatismus werden im Interesse der westlichen Vorherrschaft im Osten Europas gnadenlos geopfert. Daß Menschen dies mit ihrem Leben bezahlen, spielt bei den gut behüteten Politikern keine Rolle. Mögen die Friedensbewegung erstarben und Politiker zur Vernunft kommen, um dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten!

**Raimon Brete, Chemnitz**

### Propagandaschlacht ohne Ende

Beispiel: „Leopard“. Das Geschrei nach todbringenden Waffen ist wohl nur „Transkompetenz“. Bis zum Auftauchen des russischen „Armata“ galt der Leopard 2 als bester Kampfpanzer der Welt. Sein erster echter Einsatz 2016 in der Türkei gegen den IS geriet allerdings zum Desaster. Der 70 Tonnen schwere Koloß zeigte sich gegenüber der Abwehr, vor allem den russischen AT-7 „Metis“, AT-5 „Konkurs“ oder 9k 111 „Fagott“ anfällig. Die Türken sollen 8 bis 12 Panzer bei ihrer kurzen Operation gegen die Gotteskrieger in Syrien bei Al-Bab nahe Palmyra verloren haben.

Die olivgrünen Pseudo-Militärs wie Hofreiter und Parteikollegen ohne jegliche militärische Kompetenz wollten bereits in Afghanistan mit dem „Leo 2“ den Endsieg erringen. Sogar die „Barfußkrieger“ aus der syrischen Wüste vernichteten ein Drittel der eingesetzten Leopard 2 A4. Doch jetzt heißt es: stop! Die Schwachstellen des Superpanzers sind der Unterboden, die Verwundbarkeit des Geschütz-Turmes und die Panzerhöhe von drei Metern, die gerade bei der Asymmetrie der Kampfhandlungen heute zu beachten sind. Diese von den deutschen Entscheidungsträgern in ihrer Machtarroganz und Überheblichkeit großmäulig aufgeblasene

„Wunderwaffe“ sei zwar „riesig, einschüchternd, aber veraltet“, heißt es nun. Deshalb soll es jetzt den Panzer, „den noch keiner geknackt hat“ geben, wird im Netz verkündet.

Da haben die Russenfresser wohl eine Anleihe aus dem Propaganda-Ministerium in Berlin von April 1945 aufgenommen.

**Dr. Gerd Machalet, Siedenbollentin**

### Druckfehler?

Dem angeblich so mündigen, pluralistisch informierten Bürger könnte lange aufgefallen sein, wie jeder medien- und regierungsseitig verkündete Satz zum Krieg in der Ukraine pflichtgemäß mehrfach die Bezeichnungen „Angriffskrieg“, „völkerrechtswidrig“, „mit nichts zu rechtfertigen“ u.ä. einschließt. Zufall kann es nicht sein. Der wirklich gebildete Teil der Bevölkerung müßte doch erkennen, wieviele Kriege davor, Kriege des Westens nach 1945 und seit 1990 stattfanden, ohne daß je diese Begriffe Verwendung gefunden hätten. Einige stolperten auf der Karriereleiter, weil sie Krieg Krieg genannt haben, zu falscher Zeit. In *Die Zeit* dürfte ein offenes Wort der Ex-Kanzlerin eher kein Druckfehler gewesen sein. Der Redaktionsverantwortliche hätte seinen Hut nehmen müssen. Warum jetzt diese Offenheit von Merkel, wonach das Minsker Abkommen nur eine Finte des Westens gewesen sei, um den Widerstand der Ukraine militärisch zu konsolidieren, Zeit zu gewinnen? Ohne zu spekulieren, warum sie das tat, ist eines daraus zu schlussfolgern: Vom „Kriegsverbrecher“, „Völkerrechtsbrecher“, „Putins Krieg“ bis zum „Angriffskrieg“ müßte ab sofort sehr viel leiser gesprochen und geschrieben werden. Doch offenbar wurde das Volk der Deutschen bereits ausreichend in Kriegseuphorie versetzt, so daß jedes Denken ausgesetzt, totaler Krieg wieder denkbar ist. Es ist imperialistischer Krieg mit allen seinen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Erscheinungen bis zu den unverblühten, offenen Bekenntnissen zu Kriegszielen.

**Roland Winkler, Aue**

### Deutschland auf dem Weg Karthagos

Die BRD ist in ihrem Streben, ein anerkannter machtstarker Staat zu werden, wieder einen Schritt weitergekommen. Mit der Übernahme der DDR ist eine entsprechende Ausgangsposition dafür geschaffen worden. Im Rahmen der NATO ringt Deutschland um die Vormachtstellung und eine Führungsrolle. Das Gerangel um Teilhabe an Massenvernichtungswaffen artet schon in Kampfstimmung aus. Am 1. Januar hat die BRD das Kommando über die Schnelle Eingreiftruppe erhalten. Menschen, die sich Sorgen um den Erhalt des Friedens machen, fragen sich mit recht, wo soll das hinführen? Die verstärkten Waffenlieferungen in die Ukraine sind als direkte Kriegsbeteiligung zu sehen. Die Beschlüsse der Bundesregierung, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, sind Schnee von gestern.

Berthold Brecht sah Deutschlands Endwicklung voraus. Er mahnte:

„Das große Karthago führte drei Kriege: Nach dem Ersten war es noch gewaltig Nach dem zweiten war es noch bevölkert Nach dem Dritten war es nicht mehr zu finden.“ Viele Bürger sind wie ich fassungslos und können nicht begreifen, daß keine politische

Kraft aufsteht und laut protestiert, das Volk zum Widerstand aufruft: Jetzt ist es genug. Wir wollen Frieden und kein Karthago.

**Gerhard Perlick, Bützow**

### Den Lösungsschlüssel ergreifen

Mit dem neuen Jahr steht uns ohne Zweifel ein weiteres Multikrisenjahr ins Haus. Wir leben in einer aufregenden Zeit, Konterrevolution und Revolution liegen dicht beieinander und stapeln Zündholz und Dynamit auf.

Als Imperialismus ist der Kapitalismus ein monopolistischer, faulender und sterbender. Er befindet sich im freien Fall. Deshalb wird 2023 nicht das letzte Krisenjahr sein. Der von bürgerlichen Ideologen und Journalisten ausgeheckte Grundirrtum besteht in der massenmedial stark verbreiteten Illusion, der sterbende Kapitalismus kann durch ein Wunder wieder ein Jüngling werden. Als es mit der faschistischen Kriegführung nach der Wehrmachtzniederlage von Stalingrad am 2. Februar 1943 dem Ende zuzuging, sang die schwedische Schauspielerin Zarah Leander den Gassenhauer: „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen ...“ Das ist die Melodie, die heute tagein tagaus in den bürgerlichen Massenmedien abgenudelt wird: Die parasitäre Bourgeoisie wird schon die Krisen in den Griff bekommen, der Brandstifter wird auch das Feuer löschen können, das er selbst gelegt hat. Was für ein tragischer Wahnsinn! Penetrant wird die grassierende Inflation mit dem Ukraine-Krieg in Verbindung gebracht, die dem Kapitalismus anzulastende Klimakatastrophe wird zur Naturkatastrophe, die der Natur immanent sei, kleingeschrieben. Das ist ganz nach dem Geschmack der Umweltvergifter, die über eine Presse verfügen, die ihre global lebensbedrohlichen Schandtaten stets zu verniedlichen wissen.

Doch der Schlüssel zur Lösung von geschichtlichen Krisen universellen Ausmaßes kann niemals in den Händen von unproduktiven Klassen, also in denen einer Minderheit, liegen. Es bedarf des Kampfes der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antikapitalistischen, antifaschistischen, demokratischen Kräften als Antipoden der Bourgeoisie, den Lösungsschlüssel zu ergreifen.

**Heinz Ahlreip, Hannover**

### Eine Meinung aus Österreich

Inzwischen kommt es mir vor, als würde die deutsche Regierung im Bündnis mit der EU unter Ursula von der Leyen Hitlers Ziele vom „Lebensraum im Osten“ anstreben und verwirklichen wollen. Daß es ihnen um Rohstoffquellen und Absatzmärkte geht, ist ganz offensichtlich, ebenso die Absicht der Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland zu schwächen, um die eigene weltweite wirtschaftliche und militärische Dominanz zu sichern.

Die Geschichte der chilenischen faschistischen Militärdiktatur, derzeitige Ereignisse in Bolivien, Peru, Brasilien und viele andere Beispiele bestätigen für mich die These Mao Tse-tungs: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“ Wer diese nicht hinter sich hat, kann sich noch so lammfromm und sozialdemokratisch gebärden, er stellt eine Gefahr für die uneingeschränkte Herrschaft des Kapitals dar und wird deshalb vertrieben und kaltgestellt werden. Diese Ansichten finden in den gleichgeschalteten Medien weder von

redaktioneller Seite noch in Leserbriefen einen Platz. Auch habe ich bemerkt, daß es hier seit Pandemieausbruch keinerlei Vorträge oder Diskussionsveranstaltungen mehr gibt, wo man eine dem Mainstream abweichende Meinung kundtun könnte. Man will mit aller Kraft das „Ende der Geschichte“, die unumkehrbare Herrschaft des Kapitals zementieren. Jedes andere oder gar ein revolutionäres Gesellschaftsmodell wird als antidemokratisch, terroristisch und kriminell diffamiert, so wie jede Kritik an der israelischen Landraub- und Besatzungspolitik in Palästina als antisemitisch und jüdenfeindlich gebrandmarkt wird.

**Wilfried Bader, Angerberg/Tirol**

### Sie haben ihr Ziel erreicht

Es ist geschafft. Die EU hat mit der Deckelung des Preises für russisches Erdöl alle „Empfehlungen“ der USA erfüllt. Nach dem Gas-Boycott, dem zur Sicherheit gegen Rückfälle gleich die Sprengung der Nordstream-Leitungen folgte, jetzt der Öl-Boycott. Da die Russen sich verständlicherweise nicht den Preis für ihr Öl von den USA und der EU diktieren lassen werden, liefern sie kein Öl, und wir werden bald an der Tankstelle noch höhere Preise fürs Benzin bezahlen müssen. Möglicherweise wird es auch keine Weizentransporte mehr durchs Schwarze Meer geben. Merken diese Politiker denn nicht, welchen ökonomischen Irrsinn sie betreiben? Krieg ist schlimm. Ich habe ihn selbst erlebt und durch ihn meine Heimat, meinen Vater, meine Familie, deren Hab und Gut verloren. Die eigentlichen Ursachen, die Peter Scholl-Latour schon 2006 in seinem Buch „Rußland im Zangengriff“ vorausahnte, erfährt der durchschnittliche Medienrezipient nicht. Dieser Krieg wird zur Durchsetzung geopolitischer und ökonomischer Interessen der USA und der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft geführt, die sich in ihrer Arroganz immer wieder anmaßt, anderen Ländern vorzuschreiben, wie sie ihre Gesellschaft zu organisieren haben.

„Sie haben ihr Ziel erreicht“, sagt mein Navi: Die USA werden ihr teures Fracking-Gas los, sie profitieren vom weiter steigenden Ölpreis, ihre Rüstungsindustrie profitiert vom Konjunkturprogramm „Ukraine-Krieg“ und schwächt zusätzlich mit dem eigenen Subventionsprogramm die Wirtschaftskraft der EU. Daran konnte selbst Macron nichts ändern.

Und dazu die Heuchelei, die Russen mögen für die Zerstörungen in der Ukraine Reparationen zahlen. Weder Vietnam noch der Irak, weder Grenada noch Serbien oder Afghanistan haben bis heute von den USA für die von ihnen angeordneten Zerstörungen Aufbaugelder erhalten. Aber auch wir im Osten, die die Ölleitung „Drushba“ mit gebaut und finanziert haben, bezahlen diese verfehltete Politik mit inflationären Preisen, der Aufnahme von Millionen Flüchtlingen, mit Abstrichen im Bildungs- und Gesundheitswesen, mit höheren Mieten. Daran war die Bundesregierung unter Führung ihrer giftgrünen Außenministerin erfolgreich beteiligt.

**Joachim Kirmis, Magdeburg**

### Wer hat noch die Übersicht über den Schuldenberg Deutschlands?

Die rot-grün-gelbe Bundesregierung sicher nicht. Wenn man hört, daß die Außenministerin Baerbock wieder irgendwohin in die weite Welt

fliegt, dann wartet man nur noch auf die Höhe der dort übergebenen Millionen Euro.

Weil das Geld für die reichlich in Deutschland zu lösenden Probleme nicht ausreicht, nimmt diese Regierung neue Schulden auf und schöpft die gesetzliche Schuldenbremse dabei voll aus. Da bereits so viel Geld in der Welt verteilt wurde, reicht das noch nicht und man erfindet neue Namen für weitere Schulden. 300 Milliarden Euro werden einfach „Sondervermögen“ genannt. Diesen Schuldenberg können unsere Kinder und auch unsere Enkelkinder nicht zurückzahlen. Wann besinnt sich diese Regierung, denn so wird es keine Zukunft für dieses Land geben. Wer denken kann, der hat längst erkannt, daß Deutschland auf diese Weise sowohl wirtschaftlich und finanziell als auch für die Bürger moralisch an die Wand gefahren wird.

Wann kommt diese Regierung zur Besinnung und erinnert sich an ihre Wahlversprechen und an den Eid, den sie geleistet haben?

**Axel Klatt, Bernau**

### Die wirkliche Zeitenwende und die Folgen von Merkels Falschspiel

Das war ja alles nicht so gemeint, das mit dem Frieden in der Ukraine durch die Minsker Abkommen. So der neue Tenor der Herrschenden – ganz ohne Scham, wie es scheint, ohne gesunden Menschenverstand sowieso schon lange.

Irgendwie fühle ich mich an den nun schon länger zurückliegenden historischen Sachverhalt erinnert, als es diesen Nichtangriffsvertrag zwischen dem faschistischen Deutschland und der Sowjetunion gab, bekannt auch unter dem Begriff „Hitler-Stalin-Pakt“. Seinerzeit wußten die sowjetischen Politiker, daß dieser Pakt ihnen nur Zeit verschaffen konnte, die sie für die Vorbereitung auf den von Hitler geplanten Überfall auf ihr Land bitter nötig hatten. Ihnen war aber klar, ein Hitler hatte nicht vor, sich ewig an diesen Vertrag zu halten.

Jetzt höre ich von einer deutschen Kanzlerin, daß die Minsker Verträge eine groß angelegte Täuschung waren, auf den die russische Seite offenbar baute, und aufgrund dessen scheinbar doch ein gewisses, wenn auch nach dem Hasardspiel mit Griechenlands Krise schon unerklärliches Vertrauen in die handelnden Politiker des Westens setzte. In analoger Weise, nur mit umgekehrten Vorzeichen, sollte er Zeit verschaffen, um die Ukraine durch den Westen hochzurüsten, angeblich um vor russischen Angriffen gefeit zu sein. In Wirklichkeit ging es dem Westen darum, russisch besiedelte Gebiete zu „ukrainisieren“ und eine weitere militärische Ausgangsstellung für einen Angriff auf Rußland durch den Westen zu errichten. So ist ohne Wenn und Aber die in sich logische Konsequenz der Offenbarung von Merkel zu interpretieren, daß man an diesen Verträgen nie festhalten sollte.

Verständlich, daß man nach einem solchen Skandal und der Hinnahme aller absehbar gewordenen Folgen durch den Westen kein Vertrauen mehr aufbringen kann.

**Renato Lorenz, Berlin**

### NATO-Beitritt

Ich habe mich aus anderen Gründen mit dem Jahre 1943 beschäftigt. Dabei stieß ich auf den Plan eines Herrn Richard Riedl, der vorsah, daß

sich Finnland Murmansk, die Halbinsel Kola und Karelien einverleibt. Mein Schluß: Die finnische Regierung hofft darauf, im Rahmen der NATO eben die genannten Gebiete zu besetzen und doch noch ein Großfinnland zu werden, wie es vor 80 Jahren geplant worden war. Anders kann ich mir den überstürzten Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO nicht erklären.

**Norbert Jarisch, Olbernhau**

#### Der Weg Chinas

Wie die Geschichte des Imperialismus zeigt, begnügt sich der Kapitalismus nicht damit, Märkte zu erschließen. Marktöffnung und Markteintritt sind immer nur der erste Schritt. Wenn die auf diesem Anfangsniveau erzielten und erzielbaren Gewinne an ihre Grenzen stoßen, wachsen Drang und Forderung nach größeren Anteilen am geöffneten Markt.

Im Falle Chinas zeigt sich dieses Drängen derzeit in den Forderungen der kapitalistischen Staaten nach Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und der Öffnung weiterer chinesischer Märkte. Hier hat man besonders den Kapitalmarkt im Auge. Die chinesische Regierung gibt diesen Forderungen nach und nach statt.

Meines Erachtens erfolgt das aber nicht aufgrund eigener Schwäche gegenüber imperialistischem Druck, sondern nach Abwägung der Vor- und Nachteile. Es ist deutlich zu sehen, daß China seine Interessen dabei nicht aus dem Auge verliert.

China ist eine Welt- und Atommacht, die nicht durch militärischen Druck zur Abkehr von einer sozialistischen Entwicklung gezwungen werden kann. Kein anderes Land der Welt und keine Epoche der Menschheitsgeschichte hat innerhalb so kurzer Zeit die intellektuelle Leistungskraft des Menschen in einem solchen Maße weiterentwickelt und in Lebensqualität umgesetzt wie die Volksrepublik.

Ich denke, die chinesische Führung ist sich dessen bewußt, daß die Entwicklung trotz der gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte nicht unumkehrbar ist, wie man über lange Zeit in der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten dachte. Die politischen Gegner des Sozialismus im Wertewesten werden keine Gelegenheit ungenutzt lassen, die Schwächen der Volksrepublik China für die Durchsetzung ihrer Ziele zu nutzen. Zudem ist nicht außer acht zu lassen, daß sich die großen Kapitalbesitzer im Lande selbst für ihre Interessen und als eigene Klasse organisieren könnten. Wichtig ist deshalb, die jetzigen neuen Machtverhältnisse stabil zu halten. Mehr als 92 % der Bevölkerung befürworten die führende Rolle der kommunistischen Partei. Weit über 100 Millionen Mitglieder sprechen eine deutliche Sprache: Der Charakter von Staat und Gesellschaft ist sozialistisch und soll es auch bleiben.

**Helmut Ische, Göttingen**

#### Der 9. Mai 2022 am Ehrenmal in Berlin-Treptow

Wenn es einen Moment gibt, der das ganze Jahr 2022 in gewisser Weise zusammenfaßt, dann war das der 9. Mai in Treptow. Alles, was das Jahr prägte, war dort zu finden.

Die Berliner Regierung hatte es für angemessen gehalten, Ukrainer auf dem Gelände des Ehrenmals gegen die Feier demonstrieren zu lassen, sie hatte die Siegesfahnen verboten, russische Fahnen, die Fahnen der Donbass-

Republiken, Militärmusik, also fast alles, was diesen Tag sonst ausmachte. Die Ukrainer, die als Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen worden waren, liefen herum und suchten nach Verstößen, und die deutsche Polizei verfolgte sie dann ...

So, wie es in Deutschland inzwischen strafbar ist, zu sagen, die Ukraine werde von Nazis regiert, und wenn das russische Militär dem ein Ende setzt, ist das gut; wenn Strafen verhängt werden für das Zeigen des Buchstabens Z, so liefen sie in Treptow herum, um die Feiernden anzeigen zu können. Aber wir haben trotzdem gefeiert, und das war die andere Seite dieses Tages. Trotz all jener, die blau-gelbe Fahnen schwenkten, standen plötzlich Hunderte zusammen und sangen Lieder. Auch die verbotenen. Die Polizisten kannten die Lieder nicht. An anderer Stelle kamen, ganz ungeplant, viele Menschen nacheinander in einen Kreis und zeigten die Fahnen der verschiedenen Sowjetrepubliken, die sie – unabhängig voneinander – mitgebracht hatten, und ich hielt dort eine Rede.

An diesem Tag an diesem großartigen Mahnmal war alles präsent: die Erinnerung an die Vergangenheit, an den Sieg über den Faschismus, aber auch die immer engere Nähe der deutschen Behörden zum Faschismus. Doch wir spürten auch, daß es die Freundschaft zwischen einem Teil der Deutschen und den Russen immer noch gibt, und den Willen, zu widerstehen, erlebten, wie List, Mut und Kühnheit, die es dafür braucht, uns stark machen. Es war schlimm zu sehen, wie die Ehrung gestört wurde, aber es war gut und richtig, trotzdem zu feiern.

Es ist keine Metapher, sondern politisch und sogar juristisch belegbar, daß der Nazismus, der in der Ukraine gezüchtet wurde, sich immer tiefer in Westeuropa ausbreitet. Man denke nur an den Beschluß des Bundestags zum „Holo-domor“, der es jetzt zu einer Straftat macht, einer Geschichte zu widersprechen, die von der Nazi-propaganda erfunden wurde! Wenn man all das sieht, kann man sich für 2023 nur eines wünschen – daß dieser Nazismus in der Ukraine eine gründliche Niederlage erleidet, daß die Antifaschisten, die es dort nach wie vor gibt, endlich wieder frei atmen können und dieser irrsinnige Haß, der in diesem Land auf alles Russische gezüchtet wird, endet.

In der Ukraine ist dieses Geschwür aufgebrochen, in der Ukraine muss es geheilt werden.

**Liane Kilinc, E-Mail**

#### Die Linke klebt sich an

Wahlniederlagen, Parteiaustritte, Stimmenverluste, sinkende Umfragewerte, innere Zerstrittenheit zwischen Regierungswilligen, Programmtreuen und Grüppchen dazwischen, strategische Hilflosigkeit der Vorstände und verpufftes Wirken der Parlamentsfraktionen – das ist die momentane Visitenkarte der noch existierenden Partei Die Linke.

Auf der Klausurtagung vom 10. Dezember 2022 in Leipzig scheinbar bemüht, die Partei wieder zu einen und auf einen einheitlichen Kurs zu bringen, kam es hingegen zu einer Wischi-Waschi-Erklärung ohne klare Ausrichtung auf eine antikapitalistische, antimilitaristische, Antikriegs- und Anti-NATO-Politik, auf eine Verurteilung des US-Stellvertreterkrieges in der Ukraine und des Sanktionskrieges gegen Rußland. Dem Zuspruch zur NATO, der Befuerung und

Unterstützung des US-Stellvertreterkrieges in der Ukraine sowie dem Wirtschaftskrieg gegen Rußland bleiben mit der Erklärung von Leipzig Tür und Tor geöffnet.

Mit dieser Erklärung wird die Partei keine Wende im Urteil der Öffentlichkeit erreichen und auch nicht das geschlossene Handeln ihrer Mitglieder. Diese Erklärung ist eher ein weiteres Spaltungsdokument mit Folgen.

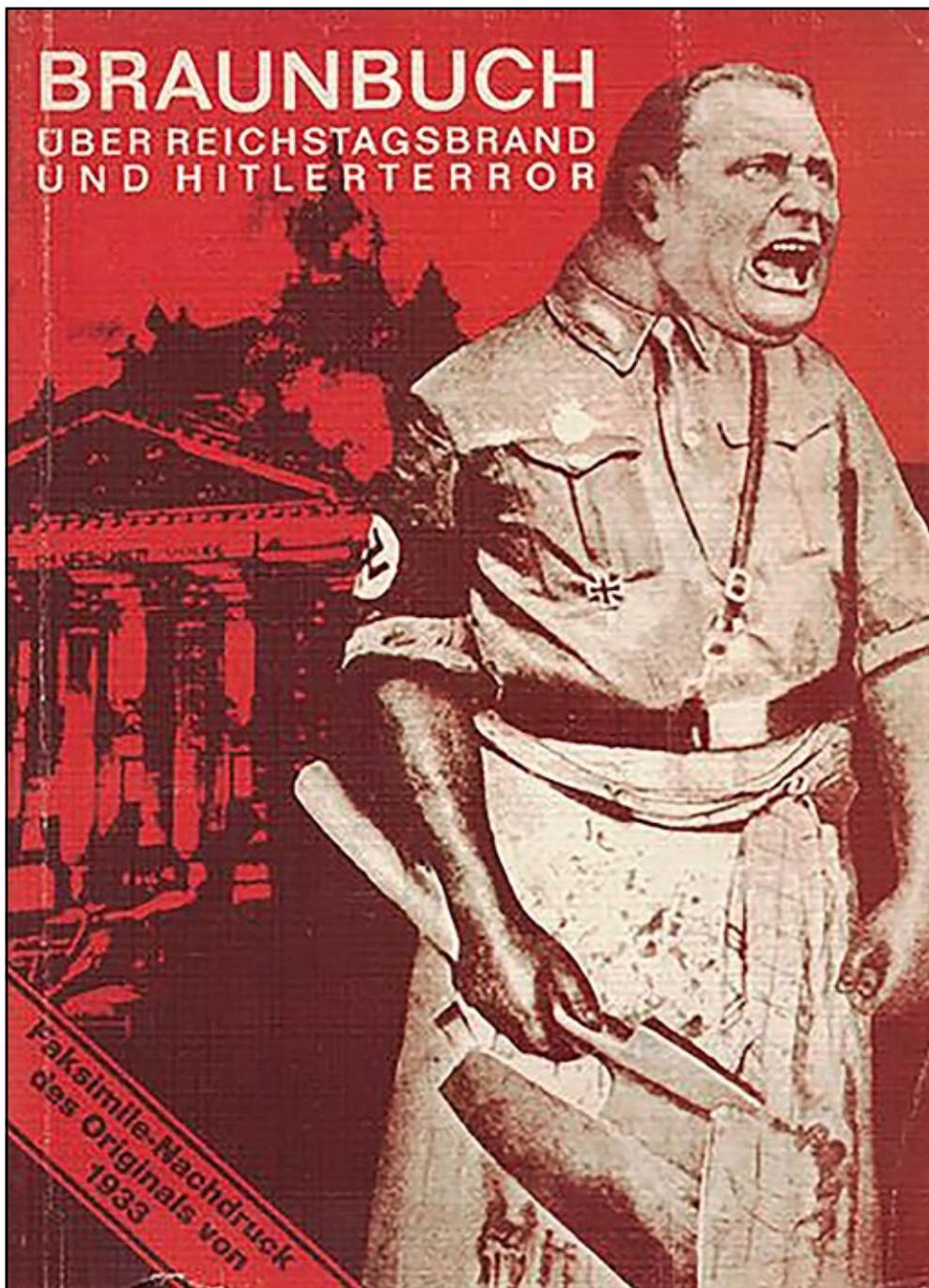
Wo nun findet Die Linke Wähler, zumindest zunächst Sympathie? Bei sozial Bedrängten und Betrogenen, die sich inzwischen von der AfD einfangen ließen, wohl kaum noch. Dazu hat sie schon seit Jahren den Zeitpunkt verschlafen und auf 's falsche Pferd gesetzt. Unter wirtschaftlich Ruinierten des Mittelstandes vielleicht, weil ihnen die FDP keine Rettung anbietet? Aus den Kreisen der Unternehmer, die grundsätzlich von der CDU/CSU hofiert werden, wird die PDL garantiert weiterhin keinen politischen Bonus erwarten können.

Es bleibt also die Umweltschutz-Bewegung, die sich von der bundesdeutsche AMPEL-Regierungspolitik, insbesondere der in ihr tonangebenden Partei „Die Grünen/Bündnis 90“ enttäuscht, ja verraten fühlt. Hier sieht Die Linke ihre Chance. Rot-grüne Färbung könnte der PDL tatsächlich gegenwärtig und für die Zukunft nützlich sein. Vorausgesetzt aber, sie wägt das Verhältnis gründlich ab zwischen der Wirkung des Umweltprotestes für eine Änderung der politischen Entscheidungen der Machtstrukturen in der BRD und andererseits seiner Auswirkungen auf das Alltagsleben der werktätigen Bevölkerung.

Die Linke muß sich fragen: Sind das Ankleben von Protestierenden auf Autobahnen, Lande- und Startpisten von Flughäfen, auf verkehrsreichen Straßen und Plätzen, die Blockierung öffentlicher Verkehrsmittel, die Beschädigung von Exponaten in Museen und öffentlichen Denkmälern, das Stören von religiösen Veranstaltungen, das sinnlose Inkaufnehmen juristischer und brutaler polizeilicher Gegenmittel durch die Aktivist:innen der weltweit fragwürdigen Aktionen der „Letzten Generation“ tatsächlich wirksame Maßnahmen, welche die umweltschädigende BRD-Regierungspolitik derart beindruckt, daß sie sich zu Änderungen ihrer Politik veranlaßt sieht? Oder sind solche Aktionen nicht eher geeignet, eine Mehrheit des werktätigen Volkes zu verärgern und den an sich gut gemeinten Protest abzulehnen? Sie muß sich fragen und Antwort darauf suchen, ob sie einen hier erhofften Stimmengewinn nicht gleich wieder im sozial bedrückten, von Vernunft geleiteten und für die Zukunft hoffnungsschwächeren Teil des Volkes verliert. Selbst ein Patt brächte dann die Partei nicht aus ihrer Krise.

Die Linke sollte gewarnt sein, sich einer Klientel zuzuwenden, die nicht das System des Kapitalismus ändern, sondern lediglich darin „Staub wischen und saugen“ will. Hat sie sich schon mal gefragt, wer den „Klebstoff“ für „Die letzte Generation“ bezahlt, bevor sie sich damit festklebt? Ein „Ankoppeln“ an die ehrliche Friedensbewegung, die sich gegen US- und NATO-Kriegspolitik in der Welt, in Europa und in ihrem eigenen politischen Einflusssbereich Bundesrepublik Deutschland engagiert, wäre für eine Reaktivierung des politischen und ideologischen „Motors“ der Partei dienlicher.

**Manfred Wild, Berlin**



#### ■ Regionalgruppe Bernau

**Am 25. Februar 2023, 15 Uhr**, spricht Oberst a.D. Gerhard Giese zum Thema: **Wieder eine Wende? Der Westen und ein Jahr Krieg**

**Ort:** Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstr. 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

#### „RF“-Veranstaltung im März

#### ■ Regionalgruppe Rostock

**Am 4. März um 10 Uhr** – Vortrag von Dr. Volker Hermsdorf (Journalist) zum Thema: **Kubas Rolle in der Übergangsphase von einer uni- zu einer multipolaren Weltordnung“**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

**Die Regionalgruppen freuen sich über die Teilnahme zahlreicher Interessenten an den Veranstaltungen.**

**Vor 90 Jahren: Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag**

### IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

#### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

#### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

#### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

#### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. sc. Gerhard Giese  
Bernd Gutte  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki  
Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Holger Michael  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

#### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

#### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

#### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

**Finanzen:** Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
j.claussner@rotfuchs.net  
Tel. 030-427 27 66

#### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEVXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.